

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hafenmelodie

Von Uwe Bahnsen

Mit bemerkenswerter Ehrlichkeit hat Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in einer Rede vor hohen Polizeiführern seiner Stadt bekannt, der von ihm geführte Senat habe falsch gehandelt, als er den Gewalttätigen in den städtischen Häusern an St. Pauli Hafenstraße Mietverträge gab. Fast gleichzeitig bekamen die Polizeiführer von Untergebenen Mitteilungen darüber, wie zutreffend die Beurteilung ihres obersten Dienstherrn war: Vermummte hatten in der Hafenstraße wieder einmal Barrikaden aus Sperrmüll angezündet und die anrückende Feuerwehr mit Stahlkugeln beschossen, bis die Bereitschaftspolizei dem Spuk ein Ende machte. Geschehen war das Ganze, wie die Schläger per Sprühdose kundgetan hatten, „wg. Göttingen“. Gemeint war die polizeiliche Räumung des dortigen Jugendzentrums.

Wiederum zur selben Stunde wurde in der Hansestadt ein Treffen einflussreicher SPD-Politiker der linken und rechten Parteiflügel „von Freimut Duve bis Alfons Pawelczyk“ bekannt, zu der der SPD-Landesvorstand eingeladen hatte. Thema: die Zustände an der Hafenstraße. Dazu, so ließ Parteichef Ortwin Runde wissen, werde es demnächst „eine interbehördliche Kommission“ des Senats geben, um „über die zukünftige Situation der Hafenstraßen-Bewohner zu beraten“.

Bislang hieß es stets, insbesondere aus dem Munde des Innensenators Pawelczyk, nach Auslaufen der Mietverträge zum Jahresende würden die Häuser geräumt und abgerissen. Von Ersatzwohnungen für die Chaoten war nicht die Rede. Nun aber haben die Spitzengossen sich überlegt, ob man den bisherigen „Mietern“ der Hafenstraße vielleicht Einzelwohnungen und kleine alternative Wohnprojekte „in einer Größenordnung von vier bis sechs Wohnungen in der Innenstadt oder im Randbereich des Zentrums“ anbieten könnte.

Angst? Gedankenlosigkeit? Oder Konzeption an die Grünen, mit denen längst unter der Hand Kontakte gesucht werden? Jedenfalls wird damit ein Slogan der alternativen Szene in die Praxis umgesetzt: „Schafft viele Hafenstraßen!“ Metastasen dieses sozialen Krebsgeschwürs in den noch nicht befallenen Stadtteilen Hamburgs – der Fehler wäre viel schlimmer als der, den Dohnanyi eingeräumt hat.

Mock in Not

Von Carl Gustaf Ströhm

Wie steigert man den Begriff Feind? Antwort: Feind – Todfeind – Parteifeind. An dieses Wort, das Konrad Adenauer zugeschrieben wird, mag sich der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Alois Mock, erinnern. Er wird für die Niederlage – oder genauer gesagt: für den Nicht-Erfolg – der ÖVP bei den Parlamentswahlen vom 23. November verantwortlich gemacht, obwohl die Verluste seiner Partei im Vergleich etwa zur massiven Niederlage der Sozialisten eher bescheiden ausgefallen sind.

Ob Mock, der ein grundständiger Mensch, aber kein Volkstribun und auch kein durchtriebener Taktiker ist, im Wahlkampf gut beraten war, ist eine legitime Frage. Kritiker meinen, die Oppositionspartei habe sich zu sehr von der Idee einer großen Koalition faszinieren lassen und das Feld der Oppositionspolitik groteskweise der bisher mit den Sozialisten verbündeten Regierungspartei FPÖ freigegeben. Diese tat unter ihrem neuen und dynamischen Parteichef Jörg Haider so, als habe sie niemals mit den Regierungen Sinowatz und Vranitzky etwas zu tun gehabt, und heimste auf sensationelle Weise die Stimmen der Unzufriedenen für sich ein.

Aber indem lokale ÖVP-Funktionäre – vor allem aus der Steiermark – Mock demonstrieren, zerstören sie nicht nur die Verhandlungsposition ihrer Partei gegenüber den Sozialisten. Sie nehmen ihr auch den einzigen taktischen Vorteil, den die ÖVP nach der Wahltäuschung behalten hat: die Möglichkeit, nicht nur mit den Sozialisten eine Elefantenhochzeit zu feiern, sondern auch mit den Freiheitlichen eine solide Parlamentsmehrheit zustandezubringen.

Mit einer ähnlichen Mehrheit bastelten 1969 Willy Brandt und Walter Scheel eine Koalition gegen die damals stärkste Partei, die CDU zusammen. Sie hielt länger als ein Jahrzehnt. Und Scheel hatte nicht lange gefragt, sondern gehandelt.

Ob Mock bleibt oder geht – die ÖVP muß wissen, daß sie in einer großen Koalition ein Juniorpartner sein wird. Die beiden wichtigsten Posten in der Regierung haben sich nämlich die Sozialisten bereits vorbehalten: den Finanzminister und den Bundeskanzler. Auf diese beiden aber kommt es an.

Kinnocks Fiasko

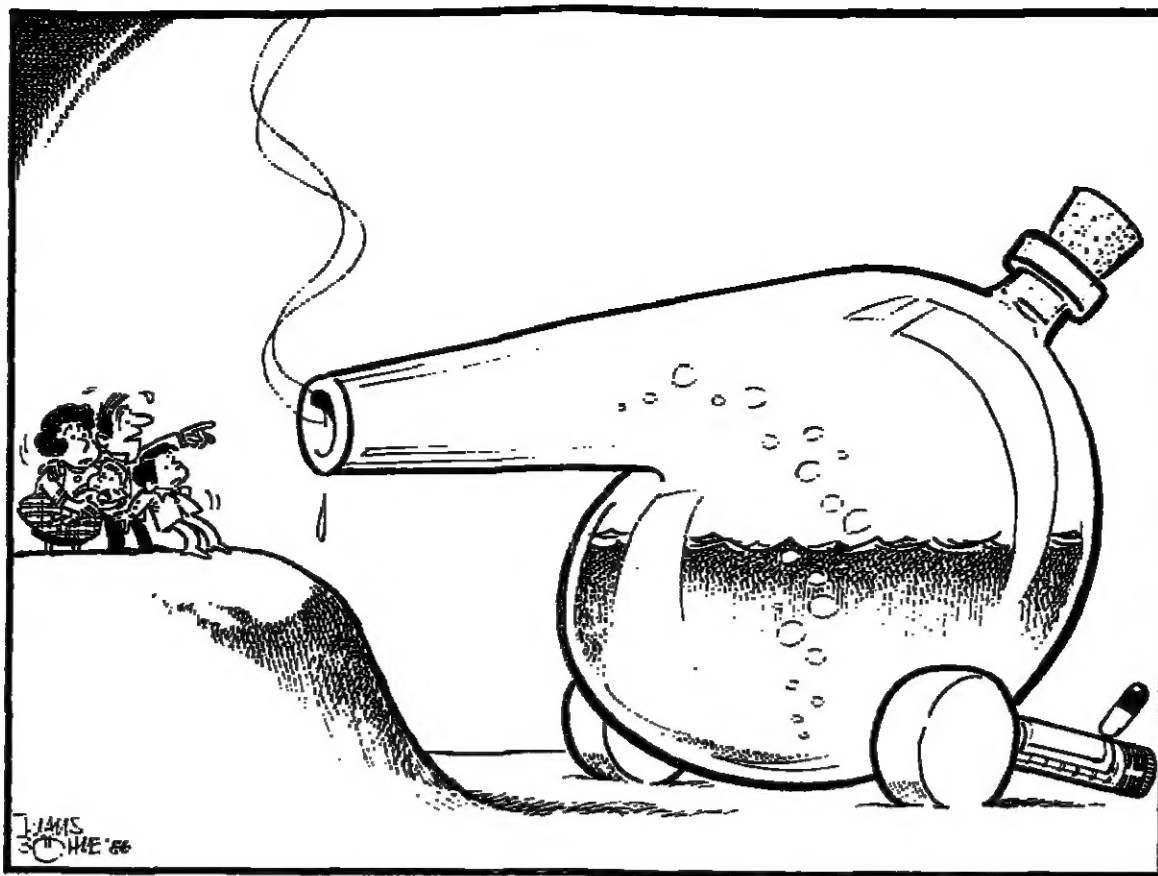
Von Reiner Gatermann

Neil Kinnocks einwöchige USA-Reise sollte dem britischen Labour-Führer die Gelegenheit bieten, vor allem unter liberalen Demokraten für seine radikale Antinuklearkpolitik zu werben. Sie sieht nicht nur die Aufgabe der britischen Atomstreitmacht, sondern auch den Abzug der amerikanischen Kernwaffen von britischem Territorium sowie den Verzicht auf den amerikanischen Atom-Schutzschirm vor. Aber der von seiner eigenen Idee so begeisterte Kinnock hat die Amerikaner völlig falsch eingeschätzt.

Der Grund dafür, daß sich sein Ausflug über den Atlantik immer mehr zu einem Fiasko entwickelt, liegt nicht nur daran, daß die Amerikaner mit ihrer Iran-Affäre voll beschäftigt sind (während der Labour-Führer wiederum bei der Auseinandersetzung seiner Partei mit den Tories über den Geheimdienst M-I-5 in London hätte präsent sein müssen). Sondern Neil Kinnock ist den Amerikanern mit seinen antinuklearen Luftschlössern ganz einfach zu weit gegangen – und zwar nicht nur den Republikanern, sondern auch, wie er jetzt schockiert feststellen muß, auch den Demokraten.

Der liberale Demokrat Stephen Solarz nannte gegenüber britischen Journalisten eine solche Politik, die für die NATO größte Krise seit dem Bau der Berliner Mauer. Da hilft es Kinnock wenig, den Amerikanern zu versichern, daß ihre Atomschläge, anders als in Neuseeland, auch ein nukleares Großbritannien anlaufen dürften.

Wenn Neil Kinnock sich selbst gegenüber ehrlich ist, muß er sich eingestehen, daß die USA unter keiner Administration seinen isolationistischen Plänen Sympathie entgegenbringen werden. Leider ist nicht zu erwarten, daß diese Erkenntnis die Labour-Politik von ihrer verhängnisvollen Bahn ablenkt. Dafür hat sich Kinnock allzu stark mit ihr identifiziert. Die Labour Party wird ihre Überredungskampagne fortsetzen und damit Moskau viel West-Arbeit abnehmen. Aber sie findet nicht einmal unter den europäischen Genossen größere Unterstützung. Darüber kann auch das gemeinsame von Labour und der SPD ausgearbeitete Verteidigungspapier nicht hinwegtäuschen.



„Da braut sich was zusammen!“

KLAUS BÖHLE

Vor dem Marsch auf Paris

Von Peter Ruge

Mancher stellt sich bereits die Frage, ob überhaupt noch eine Erziehungsreform in Frankreich möglich ist. Die nationale Protestwelle, die sich im Schneeballsystem durch die V. Republik wälzt, hat die bürgerliche Regierung völlig überrascht. Die parlamentarische Beratung des neuen Hochschulgesetzes wurde am Freitag unter dem Eindruck der Kundgebung vor der Nationalversammlung abgebrochen. Die Vorlage soll bis Weihnachten überarbeitet werden. Das sieht für die Betroffenen – und nicht nur für sie – bereits nach Rücksprache von Premierminister Jacques Chirac aus; also soll heute die Machtprobe stattfinden, durch den landesweiten Marsch auf Paris.

Wenn Studenten, Schüler und Eltern auf die Straße gehen, wie 1968, 1984 und 1986, dann drängen sich Vergleiche auf. Solchem Druck der Massen mußte sich nämlich bisher jede Regierung in Frankreich beugen.

Nach den Mai-Unruhen 1968 begann der Verfall der Ära de Gaulle. Vor zwei Jahren – mitten im sozialistischen Frühling – wurde die Regierung Mauroy sofort und schließlich die Linke schlechthin in den Sog des Unterganges gerissen. Nach dieser Logik sah die Perspektive für die Nach-Gaullisten aus Jacques Chirac düster aus.

Doch Vergleiche hinken. Geschichte wiederholt sich allenfalls in sich ähnelnden Abläufen. Zu unterscheiden sind die Motive der Jugendproteste bei diesen drei großen Erhebungen. Sie lassen sich drei Begriffen zuordnen: université – liberté – égalité.

Vor achtzehn Jahren ging es darum, Eigenständigkeit für die französischen Hochschulen zu gewinnen. Diese Los-vom-Staat-Bewegung bekam schnell politische Dimensionen, die die V. Republik in ihren Grundfesten erschütterte. Die Nation geriet an den Rand einer Revolution. Gewalt und Terror regierten im Quartier Latin, dem historischen Studentenviertel. Es war die Zeit der Straßenschlachten, der brennenden Autos, der Anarchie.

Vor zwei Jahren wiederum brach der Protest los, als die Linken mit ihrer Bildungsreform die Privatschulen in Frankreich abschaffen wollten. Der Lehrerschaft in wenigen staatlichen Erziehungsanstalten,

den dem sogenannten Fortschritt aufgeschlossen war, standen die auf traditionellen Wertvorstellungen aufbauenden privaten Bildungsinstitutionen gegenüber. In den Augen der Sozialisten waren sie Hochburgen des Konservatismus. Der Frankreich hindere, seinen Platz in einer neuen Welt zu sichern. Die Freiheit der Schulwahl sollte also eingeengt werden, die staatliche Einflußnahme dagegen wachsen.

Die jüngste Manifestation entzündete sich vor wenigen Tagen eigentlich nur an einem Wort: Elite-Auslese. Einige Studenten hatten damit den „Plan Devaquet“ belegt. Das vernichtende Urteil machte den landesweiten Marsch auf Paris. Denn Erziehungsminister Morin hatte es versäumt, rechtzeitig über die Reformabsichten aufzuklären. Es rächte sich vor allem, daß anscheinend niemand im Regierungsapparat es für nötig befunden hatte, die Schüler- und Studentenvertretungen zu den Beratungen hinzuzuziehen.

Für linke Agitatoren war es daher ein leichtes Spiel, die Angst vor einer „rechten Elitebildung“ zu schüren. Drei Schlagworte genügt: Finanzielle Hürden würden die Minderbemittelten künftig von den Universitäten abhalten – eine zweite Barriere werde in Form von Zugangstests zu den Hochschulen errichtet – der Universitätsname auf

den nationalen Diplomen müsse diejenigen benachteiligen, die ihre Prüfung in Besançon statt in Paris ablegten.

In dieses Vakuum hinein stieß die linke Lehrgewerkschaft FEN. Als sie die Parole ausgab, „zur Verteidigung unserer Kinder“ auf die Barrikaden zu gehen, war damit das Signal für Streikaktionen ausgelöst, die den Schülern und Studenten die Besetzung der Lehranstalten eröffnete, ohne daß Sanktionen zu befürchten waren. Das war der erste Schlag, den die Bürgerlichen nach dem Machtwechsel im März hinzunehmen hatten.

Dabei will die Regierung Chirac nur das Beste. Sie nennt für ihre Universitätsreform zwei Gründe: Nur jeder zweite Student in Frankreich schließt mit einem Diplom ab. Von drei Diplomierten wiederum findet einer keine Beschäftigung. Also solle dem Studium eine Orientierung vorausgehen, um ein Scheitern zu vermeiden. Und es sollte alles getan werden, um nicht Spezialisten zu produzieren, die sich später kaum noch in die Berufswelt eingliedern ließen.

Es spricht einiges für den Mut der Bürgerlichen, die Auslese vom Arbeitsmarkt in die Hochschule zurückzuverlagern. Frankreichs Jugendarbeitslosigkeit ist die höchste in Europa. Unter den Heranwachsenden grassiert die Existenzangst. Darin könnte also das eigentliche Motiv der neuesten Protestbewegung gesehen werden. Dem ist dann aber auch nicht mehr mit dem einfachen Glauben an eine Erziehungsreform beizukommen, wie er dem doch von Zukunftserwartungen ausgehenden „Plan Devaquet“ zugrunde liegt.

Alle warten also auf den Ausgang des Marsches auf Paris heute: Die jungen Leute, die Lehrer, die Gewerkschaften, die Regierung. Denn die Gefahr droht, daß die bisher friedfertig, aber machtvoll verlaufende Massenbewegung von den Sozialisten und den Gewerkschaften umfunktioniert wird. Die Protestwelle gegen die Hochschulreform soll einmünden in eine politische Demonstration gegen die bürgerliche Regierung. Die Lösung ist ausgegeben: An der Bastille stürzten vor 1789 die Monarchie. Von da aus marschieren wir jetzt zum Invalides, um Jacques Chirac das Fürchten zu lehren.



Chirac das Fürchten lehren: Studentin ruft in der Sorbonne zum Marsch auf

FOTO: AP

Aufschwung im Westen, Klagen im Osten

Der „Spätkapitalismus“ blüht, die „Zukunft der Menschheit“ sucht Abhilfen / Von Hans-Jürgen Mahnke

Es ist ein Phänomen eigener Art. Während im Westen – einschließlich seinem fernöstlichen Teil – Aufschwungsprognosen umgehen, hört man aus dem Osten nur Klagen über die schlechter werdende Wirtschaftslage. Dabei sollte es doch der „Spätkapitalismus“ sein, der verfällt, während der Sozialismus sich zu immer besserem Leben aufschwingen müßte.

Aber der private Pro-Kopf-Verbrauch ist und bleibt in der „DDR“ nur halb so hoch wie in der Bundesrepublik. Daran hat sich seit 1970 nichts geändert. Und die „DDR“ ist Spitze im Ostblock. Die Versorgung in der „DDR“ hat nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) seitdem zwar um rund 50 Prozent zugenommen. Die Klagen jedoch sind nicht geringer geworden, im Gegenteil.

Dabei wird nicht nur in der „DDR“ wieder einmal versucht, an Symptomen herumzukurieren. In Ost-Berlin stehen wieder die privaten Handwerker hoch im Kurs. Sie werden mit Krediten und Steuerer-

leichterungen gefördert, denn die Versorgung gerade mit Dienstleistungen funktioniert nicht. Das gilt selbst für den täglichen Bedarf. Brötchen vom privaten Bäcker oder Wurst vom privaten Metzger sind begehrt als das, was es in den staatlichen HO-Läden gibt. Die Rolle, die das Angebot der Kolchos-Bauern, und zwar das, was sie auf ihrem bescheidenen Privatland erwirtschaften, für die Versorgung in der Sowjetunion spielt, ist Legende. Jetzt wurde in Moskau, nach heftigen Klagen Gorbatschows über die Wirtschaftslage, die „private Arbeit“ offiziell noch einmal aufgewertet.

Dabei handelt es sich im Kern nur um die Legalisierung der Schwarzarbeit. Nach dem neuen Gesetz, das kürzlich vom Obersten Sowjet verabschiedet wurde, können vom 1. Mai an private Einkommens- oder Familien-Unternehmen in bestimmten Bereichen im Nebenerwerb aktiv werden. So soll der Kritik an der Versorgung mit Dienstleistungen und Konsumgütern begegnet werden.

Auch in Vietnam wurde in diesen Tagen ein Dekret zur Förderung der Familienwirtschaft veröffentlicht. So sollen auf dem Lande die Familien eine Parzelle verlangen können, um ihr Gemüse für sich, aber auch zum Verkauf auf den freien Märkten ziehen zu können. Auch das ist ein Eingeständnis, daß die Versorgung in der Planwirtschaft nicht funktioniert.

Fidel Castro hat jetzt das getan, was in der Sowjetunion Michail Gorbatschow seit längerer Zeit macht. Er hat die Kubaner zu mehr Arbeit aufgefordert; sie sollten kein „Volk von Faulpelzen“ werden. Ohne ein arbeitsames Volk sei der Sozialismus nicht zu erreichen, sagte er auf einem Parteikongreß, auf dem er große wirtschaftliche Schwierigkeiten für das nächste Jahr prognostizierte. Amtliche bzw. parteiliche Klagen hört man sogar aus Ungarn, dem Wunderland des Gulaschkommunismus.

Es gehört schon ein gewaltiges Maß an Überzeugungsarbeit dazu, jemanden zu motivieren, mehr und besser zu arbeiten, wenn er sich für

IM GESPRÄCH Frank Carlucci

Mut und Härte

Von Fritz Wirth

In Washington nennt man ihn den „Lee Iacocca der Diplomatie“. Vielleicht war es nur der exotisch klingende Name, der zu diesem Vergleich einlud, vielleicht jedoch auch die Eigenschaften, die beide Männer verbindet: ein außerordentliches Maß an Mut und Härte.

Diesen Mut bewies Carlucci in seiner Diplomatenzeit in Zaire, als er einem amerikanischen Touristen zu Hilfe eilte und dabei mit Messerstichen verletzt wurde. Er erhielt dafür die Tapferkeitsmedaille des amerikanischen Außenministeriums.

Dieser Mut war im Leben des Frank Carlucci niemals so gefragt wie bei seiner letzten Entscheidung, das Amt des Nationalen Sicherheitsberaters des Präsidenten anzunehmen. Nachdem in den letzten sechs Jahren vier Männer in diesem Amt gescheitert sind, bedarf es schon eines außergewöhnlichen Maßes an Selbstvertrauen, als fünfter auf diesem Schleudersitz Platz zu nehmen.

Das Bemerkenswerte an Frank Carlucci: er ist offenbar der erste unter den bisherigen Sicherheitsberatern, der für dieses komplizierte und leicht schizophrene Amt geschaffen ist, das so gefährlich zwischen den Interessen des Pentagon, des Außenministeriums, des Weißen Hauses und des Geheimdienstes CIA angesiedelt ist. Denn Frank Carlucci hat in seiner Karriere ein außergewöhnliches Maß an politischer Allgemeinbildung erhalten. Er diente als stellvertretender Budgetchef im Weißen Haus, als zweiter Mann im CIA in der Carter-Ära und als stellvertretender Verteidigungsminister unter Caspar Weinberger, der seit Jahrzehnten sein politischer Mentor ist. Außerdem hat er seit seiner Tätigkeit als Botschafter in Portugal einen exzellenten Ruf im State Department.

Mit Frank Carlucci zieht ein neuer Typ von Sicherheitsberater im Weißen Haus ein. Als „ewiger zweiter Mann“ ein hervorragender Zuarbeiter, der jedoch zugleich mit seiner Expertise, seiner Härte und seinem Selbstbewußtsein genug Profil hat, nicht zwischen den verschiedenen



Ringen kann er auch: Neuer Chef des Sicherheitsrats Carlucci

FOTO: DPA

Stühlen, zwischen denen sein Amt angesiedelt ist, zu verschwinden. Das alles sind keine guten Nachrichten für Donald Regan, den Stabschef des Weißen Hauses, der ein strenges Regiment führt und seine letzten beiden Sicherheitsberater fest in den Griff nahm. Frank Carlucci, seit seinen Studententagen ein gut trainierter Ringer, ist physisch und seelisch kaum in der Griff zu bekommen, zumal er in der Sache, also in der Außen- und Verteidigungspolitik, versierter ist als der Stabschef.

Und so hat der Präsident seitens für eine Personalentscheidung höheres Lob geerntet als im Falle Carlucci. Dieser sagte ja, ohne eine Minute Bedenkzeit zu erörtern. Sein Comeback konnte für beide Seiten zu keinem günstigeren Zeitpunkt kommen.

Der Präsident brauchte niemals zuvor in diesem Amt eine stärkere Stütze, und der sechsundfünfzigjährige Carlucci selbst steht an der Endstation eines etwas fehlgeschlagenen Abenteuer-Ausflugs in die Wirtschaft, der in den letzten Wochen mit der Auflösung der von ihm geleiteten Firma endete. Die Lee Iacoccas dieser Welt brauchen wohl Niederlagen, um sich an ihnen aufzurichten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Allgemeine Zeitung

Der Mainzer Blick beschäftigt sich mit Kohls Rolle in Rheinland-Pfalz:

Heimat, Freundschaft und Geborgenheit gehören für Helmut Kohl in den erweiterten Katalog der Grundwerte. In Mainz, bei der Zehnjahresfeier der Ministerpräsidentenwahl, Bernhard Vogels, fühlte sich der Bundeskanzler sichtlich zu Hause. Hier hatte er seinen politischen Weg begonnen, zu einer Zeit, in der es noch als modisch chic galt, Rheinland-Pfalz als ewiges Flaschenkind, als kaum lebensfähiges „Land aus der Retorte“ zu bezeichnen. Hier auch war es ihm gelungen, jene Männer auszuheben und um sich zu scharen, die mit ihm Landes- und Bundespolitik entscheidend neugegalteten sollten: Gellner, v. Weizsäcker, Blum, Vogel. Die Erfolge in Mainz und Bonn haben Kohls Gesamtkonzept bestätigt.

Fuldaer Zeitung

Sie meint zu den Schülern an der Grenze:

Die Grenztruppen, so zitiert die Ostberliner „National-Zeitung“ deren stellvertretenden Chef, Generalleutnant Lorenz, schützen eine Gesellschaftsordnung, „in der durch die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten der jahrhundertalte Traum vom wahren Humanismus, von Freiheit und Würde des Menschen sich erstmals für das ganze werktätige Volk verwirklicht“. Da drängen sich unwillkürlich Fragen auf. Bedeutet es Freiheit, wenn jemand mit Waffengewalt, mit elektronischen Sicherungs- und Überwachungsanlagen daran gehindert wird, zu gehen, wohin er gerne möchte? Verträgt es sich mit der Würde des Menschen, den zu erschießen, der sei-

ne Heimat in westlicher Richtung verlassen will? Der Traum vom wahren Humanismus sieht anders aus. Ein sehr guter Vorschlag kam von Dregger, dem Vorsitzenden der Unionsfraktion. Er appellierte an die Soldaten, die jenseits der Demarkationslinie Dienst tun, nicht selten zu tun gezwungen sind: „Ich flehe Sie an, schießen Sie in die Luft, aber nicht auf Menschen, nicht auf unsere deutschen Landsleute.“ Wenn das wegen der genau aufpassenden Vorgesetzten und wegen zu befürchtender schwerer Strafen nicht möglich ist, könnten sie ja vorbeiziehen. Das geschieht gewiss schon heute manchmal, trotz der Erziehung zum Haß und zur Unterdrückung, die ihre Spuren hinterläßt.

WIESBADENER KURIER

Zu Fragns Abgang heißt es hier:

Daß Fragns letztendlich scheiterte, dürfte er zweifellos als persönliche Tragik empfinden. Schließlich war es der früher engagierte Franco-Anhänger, der nach dem Tod des Diktators einen wesentlichen Beitrag zum reibungslosen Übergang von der Diktatur zur Demokratie leistete. Um Unruhen zu verhindern, hatte er in der von ihm gegründeten „Volksallianz“ zwar auch demokratiefeindliche rechtgerichtete Kräfte gesammelt, diese aber mit großer Beharrlichkeit zu Vernunft und Einsicht zu bewegen versucht. Als die Sozialisten unter Felipe Gonzalez dann im Oktober 1982 die Wahl gewannen, versuchte er, ein Mitte-rechts-Gegengewicht zur demokratischen Linken zu schaffen. Richtungskämpfe konnten nicht ausbleiben: Den Ultrarechten war es zu links, den liberalen Bürgerlichen zu rechts.

Das Weiße Haus erwacht aus der Krisen-Trance

Der Präsident ist wieder da. Die Lähmung, der erste Schock in der Iran-Affäre ist überwunden. Doch für Ronald Reagan ist der Fall noch nicht zu Ende. Zu viele politische „Krisen-Schmarotzer“ und „journalistische Haie“ umkreisen ihn.

Von FRITZ WIRTH
Die „Haie“ waren ausgesperrt worden. Ronald Reagan tat das, was er am besten kann: Er sprach direkt zum Bürger aus dem Oval Office im Weißen Haus, fern von der skandalumrungenen Meute der Journalisten, die er in dieser Krise, die ihn seit drei Wochen verfolgt und lähmt, zu verachten begonnen hat.

Es war ein anderer Ronald Reagan als jener bedrückte, zerknirschene Mann, der vor einer Woche im Presseraum des Weißen Hauses die Wendung der Iran-Affäre zum Skandal mit dem zerknirschten Satz „Ich war nicht voll informiert“ begleitete und die Szene den Gerüchten und Spekulationen überließ. Er sprach dieses Mal mit fester Stimme, formulierte kürzere, prägnantere Sätze, entschuldigte nichts und verteidigte nichts und schien zum ersten Mal Distanz zu dieser Krise gewonnen zu haben. Er regierte nicht mehr, er handelte und verkündete die Berufung eines neuen Sonder-Anklägers in dieser Affäre und eines neuen Sicherheitsberaters.

Es war ein Signal: Das Weiße Haus war aus seiner Krisen-Trance erwacht. Erste Anzeichen eines konstruktiven Krisen-Managements wurden sichtbar. Zum ersten Mal in dieser Affäre agierte der Präsident nicht mehr aus der Defensive heraus. Man spürte es mit jedem Satz: Das Weiße Haus hatte begonnen, die Krise in den Griff zu bekommen.

Diese Krise ist noch fern einer Lösung und hat möglicherweise noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Dennoch wird man wahrscheinlich bei einer späteren Rückschau diesen 2. Dezember und diese kurze, achtminütige Fernsehrede Reagan an die Nation als jenen Punkt orten, an dem diese Affäre eine Wende nahm.

Ein Ankläger, der über den Parteien steht

Es ist eigenartig und ironisch: Mit einem Griff in den Watergate-Nachlaß – denn der Sonder-Ankläger, den Reagan an diesem Tag einsetzte, ist ein Erstbester dieses Skandals – hat Ronald Reagan wahrscheinlich verhindert, daß diese Affäre in die gleichen Niederungen der düsteren Spekulationen und Verdächtigungen jenes fernen Skandals, der den Amerikanern immer noch so nahe ist, abgleitet.

Die Affäre hat mit diesem Tag festere Konturen bekommen: hier ein unabhängiger Ankläger, der über den Parteien steht und dessen Schlußwort gilt, obwohl es möglicherweise erst in einem halben Jahr vorliegen



Präsident Ronald Reagan tut das, was er am besten kann: Er spricht direkt zum amerikanischen Bürger

Und bei den Republikanern, die seit Tagen nicht nur Schaden für die Präsidentschaft, sondern Dauerschaden für die Partei über das Wahljahr 1988 hinaus befürchtet hatten, entdeckt man seit langer Zeit wieder erste Spuren der Erleichterung. Bob Michel, republikanischer Chef im Repräsentantenhaus, kehrte am Dienstag von einem Schicksalstreffen im Weißen Haus wie ein Krisen-Neugeborener zurück: „Ich fühle mich jetzt wesentlich besser als vor einer Stunde, als ich zu ihm hineinging.“

Nicht alle jedoch entdecken so behende die ersten Krisen-Entspannungssignale. Eine Reihe von Leuten, besonders in den Medien, sind noch ganz auf Watergate programmiert und sie veranlassen in ihren Zeitungen und auf den Bildschirmen Gestalten jenes Skandals der Dunkelkammer holen. So sind denn plötzlich wieder Leitartikel und Skandal-Erinnerungen von John Ehrlichman gefragt, und auf den Fernsehschirmen ist wieder der Glatzkopf des Gordon Liddy zu besichtigen, der Skandal-Söldner von Watergate, der in Niksons „Komitee zur Wiederwahl des Präsidenten“ die Abteilung für schmutzige Tricks leitete und dafür später im Gefängnis landete.

Und in der „Washington Post“ ist wieder regelmäßig die sonst nur sporadisch zu vernehmende „deep throat“-Stimme des Bob Woodward zu vernehmen. Man neigt, wie stets in der amerikanischen Presse bei Großereignissen, zuweilen zu Überreaktionen, doch ebenso war die verachtende Aburteilung dieser Presse als „Haifische“, die im blutgetränkten Wasser kreisen, eine unakzeptable Überreaktion des Präsidenten.

Die Skandalglocken der Medien hatten insgesamt noch nicht den schrillen Watergate-Klang und es war bisher auch nicht wie einst ein Schlachtfeld der Ostküsten-Presse. Es ist dieses Mal nicht die „Washington Post“, die mit immer neuen Enthüllungen das Feuer dieser Iran-Affäre heiß hält, sondern die „Los Angeles Times“, die offenbar den besten Draht zum Krisen-Untergrund hat.

Bedrückend jedoch ist der Anblick der Krisen-Schmarotzer, die plötzlich auf der Szene erscheinen, um uralte Rechnungen zu begleichen. Die trau-

Eine Lehrstunde der Krisen-Loyalitäten

Auch sonst war diese Affäre bisher eine faszinierende Lehrstunde des Krisen-Optimismus und der Krisen-Loyalitäten. Da gibt es Männer, die seit zehn Tagen von der Krisen-Bildfläche verschwunden scheinen wie Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger, Jack Kemp, der Präsidentschaftskandidat, Edward Kennedy und Jesse Helms. Sie waren bisher die großen Krisen-Schweiger dieser Affäre, während andere Politiker glaubten, dies sei die Stunde der Profilierung. Zu ihnen gehören Robert Dole und Alexander Haig, die beide Präsidentschaftsambitionen haben. Richard Lugar und Robert Byrd, die wortreichen Krisen-Heroide, denen lange nicht immer weise Worte entschlüpfen.

Besonders Richard Lugar, der führende republikanische Außenpolitiker im Kongreß, ist zu einem perso-

Stolz tragen Maos Söhne ihre ersten Aktien nach Hause

Den orthodoxen Kommunisten jagt es kalte Schauer über den Rücken. Angerechnet die Börse, für sie Markenzeichen der kapitalistischen Ausbeutung und Sklaverei feiert ein Comeback – in Shanghai. Die chinesischen Anleger sind begeistert.

Experiment innerhalb der chinesischen Führung sehr groß.

Die Pragmatiker und Befürworter des Börsenmarktes betreiben zur Unterstützung in zahlreichen Veröffentlichungen Seelenmassage. „Durch Aktienmärkte kann der Staat seiner chronischen Kapitalknappheit abhelfen, ferner die Produktion fördern und die Arbeitnehmer dazu erziehen, sich intensiver um die Zukunft ihrer Betriebe zu kümmern“, schrieb die führende Wirtschaftszeitung des Landes. Sie mahnte an, endlich die „traditionellen Auffassungen über Aktien und Börsenmärkte (zu) ändern“.

Mit klarem Bezug auf marxistische, orthodoxe Ansichten beschwichtigt das Blatt, der Staat werde selbstverständlich den Aktienmarkt genau kontrollieren, als Käufer würden nur Arbeitnehmer zugelassen, und das Problem, daß jemand über Aktienbesitz die Gelegenheit erhalte, die Produktion eines Betriebes auszuhebeln und Arbeiter zu versklaven, sei völlig ausgeschlossen.

Solcherlei Argumente bedarf es offenbar, denn die konservativen Kräfte in der Partei sehen schon wieder jenes Shanghai aus der Vergangenheit heraufdämmern, das vor allem in den späten 30er Jahren ein Tummelplatz für Abenteuer, Glücksritzer und gerissene Geschäftsmänner war. Ein Platz, der erst 1949 von den kommunistischen Truppen Mao Zedongs „vom kapitalistischen Joch befreit“ wurde. Viele der „Betreiber“ – in erster Linie Bankiers, Geschäftsleute und der gesamte Geldadel – zogen es allerdings vor, nach Hongkong übersiedeln und dort ihren Geschäften nachzugehen. Sie haben die Stadt dann zu dem gemacht, was sie heute ist: der drittgrößte Finanzplatz der Welt, eine würdige Nachfolgerin von Shanghai.

Die Möglichkeit, daß clevere Spekulanten in der Volksrepublik China nun in kurzer Zeit ein Millionenvermögen zusammenraffen könnten, sieht Hong Ming, ein leitender Angestellter der Bank of China, nicht. „Wir wissen das zu verhindern, doch ist es mit unseren Grundsätzen vereinbar, gute Gewinne zu machen, und auch, daß einige schneller reich werden als andere.“

Schnellem Reichtum durch Aktien sind auch noch ganz andere Grenzen gesetzt. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen eines Chinesen liegt trotz erheblicher Steigerungsraten in den vergangenen Jahren noch immer bei nur 400 Yuan (etwa 230 Mark). Damit könnte man gerade sieben der zur Zeit zum Kurswert von rund 55 Yuan gehandelten Aktien (Nennwert 50 Yuan) erwerben. Doch selbst das höhere Einkommen eines Facharbeiters läßt noch keine großen Spekulationsgewinne zu.

Die Erfahrungen von Shanghai werden nicht nur von der chinesischen Führung, sondern im ganzen Land mit Argusaugen verfolgt. Andere Firmen würden liebend gern dem Beispiel der beiden Shanghai Unternehmen folgen und durch Aktienemissionen ebenfalls zu Kapital kommen, das die Hausbank Chinas, die

Bank of China, mangels genügender Kapitaldecke nicht allen bereitstellen kann. Viele Firmen helfen sich daher seit einhalb Jahren mit der Ausgabe von „Belegschaftsaktien“ – und das mit Billigung der Zentral- und Provinzregierungen.

In Shanghai, der größten Industriestadt des Landes, haben inzwischen über 1400 Firmen „Aktien“ in Form festverzinslicher Wertpapiere an ihre Belegschaftsmitglieder herausgegeben. Und diese Firmen bleiben nicht auf ihren Anteilen sitzen.

Schlangestehen für die begehrten Wertpapiere

Letzte Woche standen in Shanghai über 1000 Leute Schlange, um eines der begehrten Wertpapiere zu ergattern. Das Shanghai Petrochemie-Gesellschaft in Kooperation mit einem weiteren Chemiewerk zum Kauf angeboten hatte. Mit diesen Anteilen, die eine Laufzeit von drei Jahren haben und mit – nicht nur für chinesische Maßstäbe – guten zwölf Prozent verzinst werden, hofft das Unternehmen 240 Millionen Yuan (132 Millionen Mark) für den Bau einer Ethylen-Anlage aufzubringen. Die Tatsache, daß die Wertpapiere zu 1000 Yuan gestückt sind, zeigt, daß es schon viele Bürger Shanghai zu mehr als nur bescheidenem Wohlstand gebracht haben müssen.

Wer in Hongkong miterlebt, wie selbst einfache chinesische Haus- und Marktfrauen, Gelegenheits- und Fabrikarbeiter mit der größten Selbstverständlichkeit an der Börse spekulieren, kann kaum daran zweifeln, daß das Börsen-Experiment in Shanghai erfolgreich sein wird. Entscheidend für die Weiterführung des Versuchs wird jedoch weniger die große Nachfrage in der chinesischen Bevölkerung, sondern der Ausgang der ideologischen Diskussion innerhalb der Partei sein.

Doch auch bei einem Ja für eine landesweite Einrichtung von Aktienbörsen – acht weitere Plätze sind neben Shanghai im Gespräch – bleibt noch viel Gesetzesarbeit zu leisten, damit nach dem Willen Pekings der „sozialistische Charakter“ des Börsengeschäfts erhalten bleibt. „Wir werden dabei vom Ausland lernen“, meinte ein chinesischer Bankier dazu, „aber nicht blindlings. Wir nehmen nur das an, was gut für China ist.“ Gut für China soll auch eine geldpolitische Neuheit sein: Die einst von den Kommunisten verstaatlichte Bank of Communication wird wiedereröffnet, die dann als erste Bank Chinas seit der Revolution 1949 nicht mehr völlig dem Staat gehören wird. Sie wird – für sozialistische Länder ungewöhnlich – die Erlaubnis zum Geldhandel in Yuan und Devisen sowie die Vergabe von Krediten haben. Die Bank muß nicht mehr, wie in kommunistischen Ländern üblich, ihre Profite an den Staat abgeben, sondern wird wie westliche Institute besteuert. Das Kapital will sie sich durch Aktien-Ausgabe besorgen.

TEST ERLEBNIS

Ein Wochenende im CX.

Jetzt können Sie was erleben: einen CX. Und mit etwas Glück haben Sie ja sogar schlechtes Wetter. Dann können Sie ein Wochenende lang nicht nur einen CX, sondern auch seine Wintertauglichkeit testen: Sein beruhigend sicheres Citroën HP-Fahrwerk (Hydropneumatik) mit automatischem Niveaueingleich. Seinen spurstabilen Frontantrieb. Sein drehmoment-optimiertes Triebwerk. Sein stufenlos einstellbares Belüftungssystem. Seine automatische Heizungsregulierung. Oder das bei den meisten Modellen lieferbare Anti-Blockier-System (ABS). Aber testen Sie selbst: Sie schicken uns den Coupon, und wir vermitteln Ihnen einen Citroën-Händler, der Ihnen für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Einverstanden?

Citroën CX. 25 Modellvarianten. Von 54 kW/75 PS bis 122 kW/168 PS. Als Diesel oder Benzin, mit und ohne Turbo. Als Limousine oder Break. In insgesamt 15 schadstoffarmen Versionen, mit und ohne Katalysator. Leicht zu finanzieren und zu leasen durch die Citroën Partnerbank, die P.A.-Creditbank. Citroën empfiehlt Total.

Einverstanden.

Ich schicke Ihnen diesen Coupon. Sie vermitteln mir einen Citroën-Händler, der mir für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Hier ist meine Anschrift:

Name, Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Wohnort: _____
Telefon: _____
(Bitte senden Sie diesen Coupon an die Citroën AG, Abteilung Vertrieb, Nikolausstr. 84 - 90, 5000 Köln 90.)

CITROËN

Die Kraft der Kreativität.

438 Flüchtlinge im November aus der „DDR“

W.K. Bonn

Die Zahl der Flüchtlinge aus der „DDR“, die im vergangenen Monat das Bundesgebiet erreichten, überstieg mit 438 Personen um rund zehn Prozent den monatlichen Jahresdurchschnitt. Das ergibt sich aus der Statistik der Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland für den Monat November.

Von diesen Flüchtlingen konnten 410 Personen über Drittländer in den Westen entkommen. Die restlichen 28 Personen gelang die Flucht über die Berliner Mauer oder die Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze. Auch diese Zahl liegt deutlich über dem bisherigen Durchschnitt von 18 „Sperrbrechern“ im Monat. Eine Ausnahme stellt der Oktober dar, in dem 50 Flüchtlinge die Mauer und andere Sperranlagen überwinden konnten.

Die Zahl der Übersiedler im November entsprach mit 1346 Personen etwa den Werten der früheren Monate. Durch die Bemühungen der Bundesregierung werden in diesem Jahr rund 1550 politische Gefangene aus „DDR“-Strafanstalten vorzeitig entlassen.

2011 deutsche Aussiedler aus osteuropäischen Ländern kamen im November im niedersächsischen Grenz-durchgangslager Friedland an. Das waren 507 Aussiedler weniger als im Oktober.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Düsseldorfer CDU-Fraktion startet Frontalangriff gegen Biedenkopf

Unmut über Grünen-Zitate des Landesvorsitzenden wächst / Geharnischter Brief Geißlers

HELMUT BREUER, Düsseldorf: Die fein zisierte, druckreife Rhetorik gehörte immer schon zu den größten Talenten des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf. Daher muß das dröhnende Gelächter, mit dem die Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion am Dienstagmittag auf einen unerwarteten Versprecher ihres Starredners reagierte, dem CDU-Chef bitter in den Ohren geklungen sein, da schließlich gerade die Fraktion des sprachlichen Unsäglichkeiten jederzeit fähigen Bernhard Worms längst in verbaler Toleranz geübt ist.

Aber die Fraktion, in der sich seit Jahren kein Schnabel mehr dem flinkzungen Professor gewachsen zeigte, hatte ihm zuvor auch ein Scherbengericht bereitet, wie es Biedenkopf zumindest in diesem Kreis noch nie erlebt haben dürfte. Was Worms gestern als „großen Unmut“ umschrieb, war ein Frontalangriff auf den Mann, der erst vor acht Monaten mit mehr als 91 Prozent Zustimmung zur Nummer eins der vereinigten CDU an Rhein und Ruhr gewählt wurde.

Ungeliebter Stellvertreter

Dieser unerwarteten Attacke waren allerdings auch Ereignisse vorausgegangen, die innerhalb von nur einer Woche deutlich machten, daß die vielbeschworene politische Großart der Fusion die schon historischen Rivalitäten in der Partei nicht gebannt hat.

Die Woche der Festschneide für Biedenkopf begann mit seinem von der Fraktion noch umjubelten Angriff auf seinen ungeliebten Stellver-

treter Dieter Pütz, der dem Vorsitzenden erzürnt wahlkampfschädliches Verhalten vorwarf. Das Oberhaupt der niederrheinischen Seidenstadt Krefeld, über den wegen seiner bisher nicht überwundenen ideologischen Blässe in westfälischen CDU-Kreisen bereits als „Worms in Samt und Seide“ gelächert wird, hatte zuvor in einem Journalistengespräch möglicherweise angebliche Biedenkopf-Pläne gestört. Pütz sprach sich nämlich entschieden gegen einen Sonderwahlkampf mit „Biedenkopf-Plakaten“ aus, nannte betont Helmut Kohl „unseren besten Mann auch in Nordrhein-Westfalen“, warb für die Wiederwahl von Fraktionschef Worms und stellte sich gegen die Berufung eines „Statthalter“-Generalsekretärs in Düsseldorf nach der Wahl Biedenkopfs in den Bundestag. Der eroberte Professor rügte dieses „den Wahlkampf“ störende Gerede und vergaltete die Fraktion nachdrücklich, seine Schelte nur ja nicht öffentlich zu machen. Während die Abgeordneten eisern schwiegen, verbreitete der gerade sieben Wochen amtierende neue Pressesprecher von Worms ohne Wissen seines Chefs, auf Anweisung von Herrn Biedenkopf die Attacken des Professors.

Der Zorn der sich dupiert fühlenden CDU-Parlamentarier kochte noch höher, als das wie ein Loblied auf die Grünen gewertete Biedenkopf-Interview bekannt wurde. Der Krach war da, und der 29-jährige Journalist Ludger Baumann aus dem Münsterland wurde geüffelt. Worms entließ ihn wegen mangelnder Loyalität, nachdem sich auch Biedenkopf von dem jungen Mann distanzierte, der übrigens im Wahlkampf 1985 in

Kommentaren seinem späteren Chef Worms jede Fähigkeit für das Ministerpräsidentenamt abgesprochen hatte.

„Die Basis ist nicht länger bereit, diesen Spuk mitzumachen“, hielt dann am Dienstag ein erregter westfälischer Abgeordneter Biedenkopf vor. Andere nannten die grünen Thesen des Professors „unerträglich“, man sei „stinksauer“ und habe bisher ein solches Verhalten eines Parteivorsitzenden für „unmöglich“ gehalten.

„Eindringliche Mahnung“

Der sichtlich getroffene Professor wehrte sich eher matt, griff dann seinerseits Graf Lambsdorff wegen dessen Biedenkopf-Schelte an und sagte wörtlich: „Wenn das die künftige Sprache der FDP sein soll, dann kann ich diese Partei nicht mehr wählen.“ In das aufbrandende Gelächter korrigierte sich Biedenkopf verlegen mit dem Zusatz, dann könnten „die Menschen nicht mehr FDP wählen“. Er brach dann wegen dringender Wahlkampftermine die Diskussion ab, obwohl noch zahlreiche Wortmeldungen zu diesem Thema vorlagen. Die Debatte soll in der kommenden Woche fortgesetzt werden.

Dann wird wahrscheinlich auch ein Brief von CDU-Generalsekretär Geißler zur Sprache kommen, in dem der Vorsitzende des größten CDU-Landesverbandes „eindringlich ermahnt“ worden sei, wie es in Bonn hieß, sich an die Beschlüsse der Partei zu den Grünen zu halten und Biedenkopf das Recht bestritten wird, „aus dem Zusammenhang gerissene Geißler-Zitate“ für seine Zwecke zu nutzen.

SPD sorgt sich um Abgrenzung zu den Grünen

HARALD GÜNTHER, Stuttgart

Mit den Grünen hatte Baden-Württemberg „erneuerte“ Sozialdemokratie schon lange nichts mehr im Sinn. Seit Hamburg, Synonym für einen beängstigenden Wählerschwund, ist in der Landes-SPD jedoch eine verschärfte Abgrenzungsdiskussion im Gange.

Dieter Spöri, Spitzenkandidat für die Bundestagswahl und designierter Herausforderer von Ministerpräsident Späth, sieht die Partei mittlerweile in „existentiellen Konkurrenzkampf“ mit den Grünen verstrickt, in dem es keine Kompromisse geben dürfe. Ein Kampf um die „Selbstbehauptung der sozialdemokratischen Positionen“, wie auch Landesgeschäftsführer Siegmund Mosdorf in einem Brandbrief an alle Funktionsträger und Kandidaten hervorhebt. Die SPD habe sich derzeit eines Zangenangriffs von „Schwarzen und Grünen“ zu erwehren. „Wenn wir nicht anfangen, nach beiden Seiten unsere Standpunkte und unsere inhaltlichen Positionen deutlich zu markieren“, schreibt Mosdorf, „werden wir in dieser Negativ-Koalition zerrieben.“

Mit anderen Worten: Aus baden-württembergischer SPD-Sicht ist die Auseinandersetzung mit grünen Positionen bisher zu kurz gekommen. Es sei „zu wenig inhaltlich argumentiert“ worden, klagt Mosdorf in seinem Rundbrief, die bloße Absage an ein Bündnis links von der Mitte „reicht nicht aus“. Die irritierende Tatsache, daß Baden-Württemberg Jungsozialisten noch vor drei Wochen in aller Form die Zusammenarbeit mit den Grünen gefordert hatten, bleibt unerwähnt.

Dafür bringt Mosdorf einen Katalog von „20 Einwänden“ gegen eine solche Zusammenarbeit in Umlauf. Grundlage des Argumentationsmaterials ist das „ein wenig in Vergessenheit geratene“ Wahlprogramm der Grünen, von dem Mosdorf glaubt, daß es vor allem bei unentschiedenen Wahlen „großes Erstaunen“ hervorrufen könne. Deshalb müsse das Programm jetzt „dringend zur Sprache gebracht“ werden.

„Das Demokratie- und Staatsverständnis der Grünen“, schreibt Mosdorf, „entspricht nicht entfernt dem Verständnis der Sozialdemokraten.“ In ihrem Wahlprogramm entwickelten die Grünen ein „naiv-anarchistisches Menschenbild“, machten „Minderheitengewohnheiten“ zum Maßstab für gesamtgesellschaftliche Regeln und diskreditierten die Parteien-demokratie. Die Programmbeträge zum Thema Innere Sicherheit, in denen „kein einziger kritischer Satz“ zum RAF-Terrorismus vorkomme, seien „absurd und für uns unakzeptabel“, ihre friedens- und abrüstungspolitischen Forderungen „völlig unrealistisch“.

Keine Ansätze für eine rot-grüne Annäherung sieht Mosdorf auch im Ökologiebereich. Hier habe die SPD „konzeptionell einen meilenweiten Vorsprung“, die Grünen verbreiteten nur „radikale Allgemeinplätze“, „Plattitüden“ und „völlig absurde“ Forderungen wie die nach Abschaltung aller Kernkraftwerke.

Waigel: Die Union muß Visionen entwickeln

PETER PHILIPPS, Bonn

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel hat die Unionsparteien, insbesondere aber die CDU aufgefordert, in den kommenden Wochen „um jede Stimme zu kämpfen“. Die FDP müsse „aus eigener Kraft“ wieder in den Bundestag kommen.

Während eines WELT-Gesprächs sagte er: Man dürfe zwar „eine absolute Mehrheit weder herbeireden noch kann man sie durch bewußtes Dagegenreden verhindern“, weil sich sonst „der Wähler von den Parteien als Verfügungsmasse mißbraucht sieht“. Aber er könne als einer, der „aus Bayern kommt, nur sagen, daß man absolute Mehrheiten nicht fürchten darf“. Sie habe sich schließlich nicht zum Schaden des Freistaates ausgewirkt. Die Diskussion über eine mögliche absolute Mehrheit der Union in Bonn sei vor allem „ein Instrument der FDP, um ihre Rolle in der Koalition zu begründen“.

„Orientierung jenseits von Angebot und Nachfrage“

Theo Waigel hatte sich bequem in seinem Stuhl zurückgelehnt, als er diese Sätze sprach. Er war Gast der WELT-Redaktion in Bonn und nutzte die mehr als zwei Stunden zum umfassenden Gespräch über alle aktuellen Fragen der Politik.

Aber er griff auch über den Tag hinaus, als er mehnand davon sprach, daß CDU und CSU die anstehende Wahl vor allem mit wirtschafts- und finanzpolitischen Erfolgsbilanzen gewinnen werden, jedoch schon jetzt „Visionen entwickeln“, andere Themenfelder besetzen müßten, um dort kein „Vakuum“ entstehen zu lassen.

Die Union würde die „Macht in den folgenden vier bis sechs Jahren“ genauso wie in den sechziger Jahren wieder verlieren, wenn sie nicht die „Grundwerte“ offensiv aufgreife. Waigel nannte als Beispiele die Fragen der „nationalen Identität, der Heimat, Freundschaft zwischen den Generationen und Schutz des Lebens“.

Die Bürger erwarteten Orientierung jenseits von Wachstum und Innovation, von Angebot und Nachfrage. Auch der Bundeskanzler greife immaterielle Werte und die Frage der Nation beispielsweise in Fraktions-Gremien auf.

„Die FDP ist eine Partei der Tausendfüßler“

Zum anderen müsse zum „Schutz des ungeborenen Lebens, zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie der Familie insgesamt die FDP zu Zugeständnissen herausgefordert werden, weil sonst die Union einen Teil ihrer Identität verliert“. Er „fürchte“ zwar, daß es in Koalitionsverhandlungen nach dem 23. Januar mit der FDP (Waigel: „Partei der Tausendfüßler“ -

klein, aber mit vielen Füßen“) nicht möglich sein wird, sich über eine Änderung des § 218 StGB bzw. des § 200 Reichsversicherungsordnung zu verständigen. „Aber über die Beratung für das Leben, über Sanktionen für Ärzte, die sich nicht an die gesetzlichen Bestimmungen halten“, hoffe er schon, mit der FDP zu einem tragbaren Ergebnis zu kommen.

Die CSU merke jedenfalls heute, daß sie vor rund einhalb Jahren mit der Wiederaufnahme der Diskussion über den Schutz des ungeborenen Lebens „einen Stein ins Wasser geworfen hat, der jetzt Wellen schlägt“.

Zweiter Schwerpunkt für den Fall neuer Koalitionsverhandlungen mit der FDP sei aus CSU-Sicht der Bereich der inneren Sicherheit. Er hoffe auf „mehr Offenheit bei der FDP“, wenn man dann wieder über eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, Vermummungsverbot und die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchs-Paragraphen spreche.

Die außen- und sicherheitspolitischen Fragen seien der dritte Schwerpunkt. Waigel nannte die Stichworte „realistische Entspannungspolitik, Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen, Mittelamerika, Südafrika“. Er unterstrich: „Mit uns gibt es keine Entspannungspolitik nach dem Muster und mit den Fehlern der siebziger Jahre“.

„Kein verklemmtes Verhältnis zu Südafrika“

Und gegenüber Südafrika und zur USA-Politik gegenüber Mittelamerika habe die CSU kein „verklemmtes Verhältnis“. Wir wehren uns gegen die irrationale Haltung, sich gegenüber totalitären Systemen im Osten zurückhalten und etwa in Mittelamerika, ohne die Folgen zu bedenken, lautstark zu agieren.“

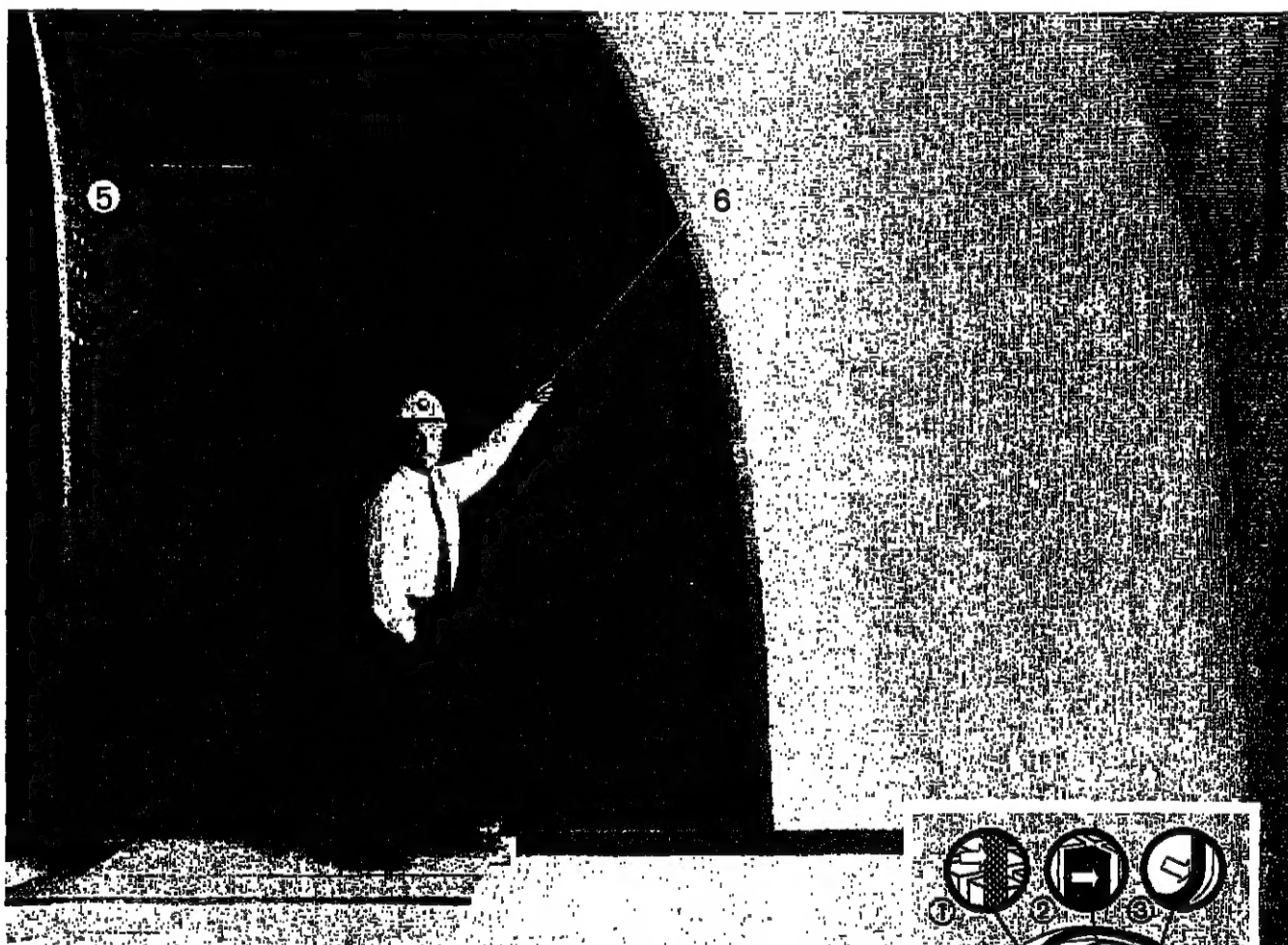
Natürlich mußte Waigel auch die Stellung der CSU-Landesgruppe in Bonn und die Frage eines möglichen Strauß-Wechsels ins Bundeskabinett darlegen: Strauß werde „selbst entscheiden“ und der Bundeskanzler wird diese Option des CSU-Vorsitzenden zur Kenntnis nehmen. Außerdem sei Strauß „noch nicht einmal in dem Alter, in dem Adenauers Kanzlerschaft begann“.

Im übrigen könne er nur jeden potentiellen Nachfolger warnen: Man habe schon ganze „Generationen Kronprinzen kommen und gehen sehen“.

Er, Waigel, würde gerne auch in der nächsten Legislaturperiode zum CSU-Landesgruppenchef wiedergewählt werden, weil er hier „mehr Gestaltungsfreiheit habe, als in fast jedem anderen Amt“. Im übrigen sei das „Erfolgsgeheimnis der CSU-Landesgruppe, daß sie aufgrund ihrer Selbstständigkeit ihre fruchtbare Unruhe umsetzen kann“.

Zu Wort gemeldet: Dr. Gunter Domin

Verheiratet, Vater von zwei Kindern. Ich bin Hauptprojektor des im Bau befindlichen Kernkraftwerks Lingen und mit meinen Kollegen verantwortlich für die Einhaltung des durch das deutsche Atomgesetz vorgegebenen strengen Sicherheitsstandards sowie des Termin- und Kostenrahmens. Wir sind ebenso verantwortlich für die Motivation von ca. 2.500 Mitarbeitern aus 700 Zulieferfirmen zu einer gemeinsamen technischen Spitzenleistung.



Im Bild: Unser Mitarbeiter Dr. Gunter Domin, Hauptprojektor des im Bau befindlichen Kernkraftwerks Lingen.

Sechs Barrieren für die Sicherheit

Für die Sicherung der öffentlichen Stromversorgung gibt es derzeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie keine vernünftige Alternative. Also heißt es, Kernkraftwerke zu bauen und sie auch deshalb, weil ich weiß, daß es verantwortlich ist.

Die deutschen Kernkraftwerke sind so konstruiert, daß alle für die Sicherheit notwendigen Systeme mehrfach vorhanden sind. Durch massive Sicherheitsbarrieren werden alle Spaltprodukte innerhalb des Reaktor-gebäudes zurückgehalten.

Hätte die Anlage in Tschernobyl die gleichen automatisch funktionierenden Sicherheitsbarrieren gehabt wie in der Bundesrepublik, dann wüßten wir von Tschernobyl so gut wie nichts.

Diese Sicherheitsbarrieren sind Bestandteil unseres Konzeptes. Es sind sechs Barrieren, die als passiver Schutz vorhanden sind und die Umgebung selbst bei Störungen vor nennenswerten Beeinträchtigungen bewahren.

So wirken die sechs Barrieren:

- 1 durch Zurückhaltung der Spaltprodukte im Kristallgitter der Urantabletten,
- 2 durch Einschluß der Urantabletten in gas- und druckfesten Brennstoffhüllrohren aus Zirkaloy,
- 3 durch den Kühlkreislauf aus Schmiedestahl (Reaktor Druckgefäß), der allen Belastungen durch Druck und Temperatur standhält,
- 4 durch die meterdicke Stahlbetonschirmung (biologischer Behälter),



- 5 durch den kugelförmigen Sicherheitsbehälter aus Sonderstahl; er umschließt den nuklearen Teil der Anlage,
- 6 durch die fast 2 m starke Stahlbetonhülle mit einem Durchmesser von 60 m; sie schirmt auch das Reaktor-gebäude gegen Einwirkungen von außen ab.

Die sicherheitstechnischen Überwachungsmaßnahmen neutraler Gutachter und Behörden sind für uns selbstverständlich. Wir begrüßen es, denn Sicherheit ist unser Grundgesetz.

Sicherheit ist unser Grundgesetz.



Kraftwerk Union Aktiengesellschaft · Wiesenstraße 35 · D-4330 Mülheim an der Ruhr

Gewalt gegen Masten und Bahn – die Anstifter bleiben unbestraft

Von PETER SCHMALZ

Der Elzug E 3105, der jeden Werktag nachmittags in Frankfurt abfährt, mußte am Dienstagabend auf seinem Weg nach Regensburg etwa zehn Kilometer hinter Nürnberg auf das Gegengleis umgeleitet werden. Die Strecke war von einem Nahverkehrszug blockiert, der wenige Minuten nach 18 Uhr mit hundert Stundenkilometern gegen einen mächtigen Fichtenstamm gerast war: Unbekannte Täter hatten den 70 Zentimeter dicken Stamm mit Motorsägen umgesägt und auf die Gleise gestürzt.

Fünf Kilometer weiter war auch die Fahrt von E 3105 zu Ende. In voller Fahrt und mit 250 Fahrgästen vollbesetzt prallte der Zug ebenfalls gegen eine umgesägte Fichte. Ein Polizeisprecher: „Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt.“

Die beiden jüngsten Anschläge in diesem Jahr gegen Einrichtungen der Bundesbahn in Bayern trugen die Nummern 35 und 36. Das sind zwölfmal mehr als im vergangenen Jahr. Die Täter geben sich mit Flugblättern oder Sprühschriften wie „WAA nie“ zumeist als militante Kernkraftgegner zu erkennen und stellen damit einen unmittelbaren Bezug zum Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf her. In internen Papieren lassen sie jedoch eine Strategie erkennen, die auf „die Abschaffung des Staates überhaupt“ zielt.

Die militanten Täter nehmen dabei die Gefahr für Leben und Gesundheit unschuldiger Menschen offenbar ohne Skrupel in Kauf. So wurde im Oktober auf der S-Bahnstrecke München-Tutzing eine Katastrophe nur dadurch verhindert, daß ein angesagter Stahlmast in der Oberleitung hängen blieb und der stark besetzte Zug unter ihm durchfahren konnte.

Für Bayerns Innenminister August Lang erfüllen diese Anschläge den

Tatbestand des versuchten Mordes. Und seinem Staatssekretär Peter Gauweiler läuft es angesichts der erkennbaren kriminellen Energie „kalt den Rücken hinunter“. Tief besorgt zeigte sich auch Ministerpräsident Franz Josef Strauß, als Lang und Gauweiler dem Kabinett am Dienstag Fotos, Tatgegenstände und Zahlen vorlegten.

Denn mehr noch als die Bahnanschläge haben haben die Angriffe auf Strommasten zugenommen: Wurde 1985 in Bayern nur ein Anschlag verübt, so waren in den elf Monaten dieses Jahres bereits 61 Strommasten betroffen, von denen 30 einstürzten.

Landesbericht Bayern

Mehrfach wurde die Stromversorgung unterbrochen – einmal sogar im Nachbarland Österreich – nur glücklichen Umständen war es zu vermeiden, daß ein 50-Tonnen-Mast nicht auf eine Autobahn kippte. „Die Berührung der noch unter Spannung stehenden Leitung hätte höchstwahrscheinlich tödliche Folgen gehabt“, meint Präsident Helmut Trometer vom Bayerischen Landeskriminalamt.

Auch der wirtschaftliche Schaden ist bereits beträchtlich, wobei die bisher höchsten Kosten außerhalb Bayerns auftraten, als ein Mast beim Kernkraftwerk Krümmel gekippt und eine Schnellabschaltung des Reaktors nötig wurde. Das Werk stand auf zwölf Millionen Mark geschätzt. Die Fahndung nach den Tätern, die meist nachts in Gruppen zu sechs bis acht agieren und sich „Sägescheiße“, „Hau weg den Scheiß“ oder „Revolutionäre Heimwerker“ nennen, blieb

bisher erfolglos. Auch eine kürzlich in Bayern gebildete LKA-Sonderkommission mit elf Spezialisten kommt nicht voran. „Im Freistaat gibt es etwa 16 000 Strommasten“, sagt Innenminister Lang, „wir können ja nicht hinter jeden und um die Uhr einen Polizisten stellen.“ Eine Million Fahndungsblätter soll nun die Mithilfe der Bevölkerung anregen, wobei vor allem Forstarbeiter, Jäger, Landwirte, Spaziergänger und Jogger aufpassen sollen, ob ihnen verdächtige Personen auffallen, die einen künftigen Tatort auskundschaften. In Baden-Württemberg will Innenminister Dietmar Schlee den Kampf gegen den Terrorismus durch „vertrauliche Telefonate“ verbessern, über die Mitteilungen ohne Namensnennung auf Band gesprochen werden können.

Empört sind die Fahnder über einen „Großen Strommastenreport“, den eine in München erscheinende selbsternannte „Zeitschrift für Zeitgeist“ in ihrer Dezember-Nummer veröffentlicht. Unter der Überschrift „Einfach umwerfend“ werden Details über die Ausrüstung („Säge-Set“, „Kurzschluß-Set“, „Spreng-Set“), über das Mischungsverhältnis von Puderzucker und Unkraut-Ex (die Mischung, die Siemens-Manager Beckurts das Leben kostete) und über die empfindlichsten Stellen des deutschen Stromnetzes geliefert. Und zum Herausnehmen aus „Service“ gekennzeichnet eine Netz-Karte mit Hervorhebung der „besonders attentatgefährdeten Strecken“ und Lageplänen von drei Kernkraftwerken. Daß die Münchner Staatsanwaltschaft gegen diese Veröffentlichung keine juristische Handhabe sieht, wollen die Fahnder im LKA nicht fassen. „Wenn solche Anleitungen erlaubt sind“, sagte gestern der Soko-Leiter zur WELT, „dann sollten unsere Gesetze überprüft werden.“

Moskau gibt Empfehlungen für den 25. Januar

dpa, Moskau
Über der Bundesrepublik Deutschland liegt nach sowjetischer Darstellung der „Schatten einer schwarzen Republik“. Die Gesamtsituation sei so „angespannt“, daß bei den Bundestagswahlen alles möglich sei, darunter auch eine „schwarze CDU/CSU-Koalition“, kommentierte die Wochenzeitung „Literaturnaja Gaseta“ am Mittwoch. Der Kommentar ist die erste klare sowjetische Stellungnahme zu den Wahlen im kommenden Januar.

Die CSU bewege sich noch weiter nach rechts, und die CDU eile in die gleiche Richtung, hieß es weiter. Beide Parteien lieferten sich einen Wettbewerb in „Antisowjetismus“. Vor Bonn geisterte erneut die Figur des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Er habe in München die Anhänger der „afghanischen Bandenführer“ empfangen, kommentierte das Blatt. Kohl ahme den US-Präsidenten nach und empfangen in Bonn „Disidenten“, die die fehlende Freiheit in der UdSSR beklagten.

Es bleibe zu hoffen, daß die „Welten der Konfrontation und des Revanchismus“ die Wähler nicht vom richtigen Kurs abbringen, und sie eine richtige Wahl treffen würden, empfiehlt die Zeitung.

Der Einstieg in Ihre berufliche Zukunft kostet Sie lediglich 23 Pfennig.
Anruf genügt. Dann erhalten Sie 4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT mit dem großen überregionalen Stellenfeld für Fach- und Führungskräfte plus vielen Tips für mehr Erfolg im Beruf.
Telefon 030-60 60 (Ortstarif).

DIE WELT
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

Während sich Moskau durch Kohl beleidigt sieht, zeichnen Ostblock-Karikaturen den „häßlichen“ Deutschen und Amerikaner

Der Stahlhelm als Christbaumschmuck

H. OHNESORGE, Bonn

Kein Tag vergeht, an dem nicht aus sowjetischem Munde mit immer größerer Vehemenz über die Beleidigung geklagt wird, welche Bundeskanzler Kohl angeblich mit seinem „Newsweek“-Interview nicht nur Generalsekretär Gorbatschow, sondern dem gesamten Volk der Sowjetunion zugefügt habe. Der Text des Interviews ist in der Sowjetpresse nicht veröffentlicht worden – wohl aber werden täglich Karikaturen in der staatlich gelenkten Presse der Sowjetunion und ihrer Satelliten im Ostblock veröffentlicht, welche an der Feindschaft gegenüber anderen Völkern zweifeln lassen.

Mit der Unterschrift „Der Christbaumschmuck eines Revanchisten“ zeigt die „Prawda“ vom 4. Januar 1986 den Deutschen mit den in der sowjetischen Karikatur typischen Attributen: Ritterkreuz und Tirolerhut mit Gamsbart. An seinem Weihnachtsbaum hängt als Glückchen ein Stahlhelm, dessen Klöppel eine Bombe ist.

Die „Prawda“ vom 20. September 1986 zeigt einen US-General, der bequem seine Füße auf dem Globus postiert hat, während Hitlers Totenkopf ihm warnt. Untertitel: „Die Lehren aus der Geschichte“.

Rücksicht auf Gefühle anderer, so wie es Moskau versteht, demonstriert auch die Karikatur aus der „Prawda“ vom 31.

Oktober 1986, auf der ein Wissenschaftler ein Reagenzglas mit als Hakenkreuzen gezeichneten Viren einem US-Offizier für Dollarscheine übergibt. Die Unterschrift: „Aids-Spezialisten des Pentagon“. Die Karikatur bezieht sich auf die in der Sowjetpresse erhobene Behauptung, Aids sei in amerikanischen Laboratorien auf Betreiben des US-Verteidigungsministeriums gezüchtet worden.

Einmütigkeit besonderer Art innerhalb des sozialistischen Lagers demonstriert auch eine Karikatur der polnischen Wochenzeitung „Rzeczpospolita“ („Wirklichkeit“) vom 26. Oktober 1986. Mit einer Standarte, auf welcher ein Wahlplakat der Nationalsozialisten mit Friedrich dem Großen, Bismarck und Hitler abgebildet ist, schreitet Adenauer in der Tracht der Kreuzritter, für Polen Symbol des deutschen „Drangs nach Osten“, munter voran. Die Unterschrift: „Die Vorbilder des Vaters des Volkes – Konrad Adenauer möchte es, wenn man ihn so nannte“.

Vier Karikaturen, alle aus der Zeit vor dem „Newsweek“-Interview Kohls, die unmissverständlich zeigen: Der gleiche Krenel, der lautstark auf tatsächliche oder vermeintliche Beleidigungen reagiert, kennt diese Feindschaft nicht, geht es darum, plump andere Völker und deren Politiker zu kränken.



Einem Pentagon-Mitarbeiter werden Aids-Viren übergeben



Strauß als typischer Deutscher vor Stahlhelm und Bombe als Christbaumschmuck



Adenauer in Kreuzritter-Tracht – ein Symbol des deutschen „Drangs nach Osten“. Die Standarte zeigt ein Wahlplakat der Nationalsozialisten.

Stoltenberg „mutig wie Ludwig Erhard“

HH, Bonn

Die Entscheidung von Finanzminister Gerhard Stoltenberg, in der schwersten Nachkriegsrezession die jährlichen Steigerungsraten der Bundesausgaben von neun auf zwei Prozent herunterzufahren, ist nach der „persönlichen Überzeugung“ des designierten BDI-Präsidenten Tyll Necker nur mit dem Mut von Ludwig Erhard vergleichbar. Der erste Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland war 1948 nach der Währungsreform für die Aufhebung der Bewirtschaftung und für freie Märkte eingetreten.

Die „neue Sparsamkeit“ sei eine wichtige Voraussetzung für neues Wirtschaftswachstum gewesen, erklärte Necker gestern auf einer Unternehmertagung der Ernährungsindustrie in Köln. Das Gerede vom

Anzeige

QUICK hat ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Zeit-Genosse Helmut Schmidt
Der große politische Mächtigste von Bonn ist in Hamburg zum Blattmacher geworden. Der Rentner hat für die „Zeit“ eine Karriere. QUICK hat den 1. Vizepräsidenten der IFA (Industriellen-Facharbeiter-Verband) Helmut Schmidt in der 11. Ausgabe von QUICK exklusiv interviewt. Sie exklusiv in QUICK.

Helmut B., 12 Jahre alt, hat Aids
Bereits mit 12 Jahren erkrankte Helmut an grauem Schickel. Durch eine Bluttransfusion bekam er Aids. Die B-Test wurde von der Schule verboten und in seinem Heimatort mit Aids-Exklusiv in QUICK exklusiv interviewt. Sie exklusiv in QUICK.

QUICK steht für Qualität!

Eine junge GAListin bringt Dohnanyi ganz schön ins Schwitzen

Von UWE BAHNSEN

Als die 13köpfige Frauenriege der Grün/Alternativen Liste (GAL) zur konstituierenden Sitzung der neugewählten „Hamburger Bürgerschaft in Nadelstreifen-Anzügen mit kleinen Kasperle-Puppen am Revers erschien, reagierte die maskuline Mehrheit des Plenums quer durch die Sitzreihen der CDU und der SPD mit Ironie und Spott. Ihren für GAL-Maßstäbe ungewöhnlichen feierlichen Aufzug hatten die Damen gewählt, um das von ihnen als steife und gestelzte empfundene bürgerliche Politikverständnis zu verulken und zugleich Bürgermeister Klaus von Dohnanyi an seine Wahlkampfaussage zu erinnern, die GAL-Frauenliste sei „Kasperltheater“.

Schon vor der ersten regulären Arbeitssitzung des Landesparlaments am 10. Dezember zeigt sich aller-

dings, daß die politischen Darbietungen dieser von den Männern vornehmlich als „Laienstipptruppe“ belächelten GAL-Frauen dem Senat und der in die Minderheit geratenen SPD noch zu schaffen machen werden.

Exemplarisch deutlich wird das durch eine Kleine Anfrage des jüngsten Parlamentsmitglieds, der 29jährigen GAListin Erika Romberg, die offenkundig als Spezialistin in Sachen Energiepolitik – konkret bedeutet das bei der GAL natürlich den „sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie“ – in Erscheinung treten soll.

Sechzehn Fragen soll der Senat beantworten, und zwar zur Person und bisherigen Tätigkeit des technischen Vorstandsmitglieds der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW), Manfred Timm – eines Strommanagers, der den Einsatz der Kernenergie

und den Betrieb entsprechender Kraftwerke nachdrücklich verteidigt.

Der gemeinsame Nenner der von der GAL-Abgeordneten gestellten Fragen lautet: Wenn die Landesregierung und insbesondere der Energiesenator (und HEW-Aufsichtsratsvorsitzende Jörg Kubbler) zum Ausstieg aus der Kernenergie entschlossen ist – wie soll ein solcher Kurs mit einem HEW-Manager in verantwortlicher Stellung verwirklicht werden, der genau das Gegenteil befürwortet? Aus der Sicht der GAL ist das ein unbestreitbar logischer Gedankengang. Auf die Antwort des Senats sind nicht nur die grün-alternativen Bürgerschaftsaktivisten um Frau Romberg, sondern auch die Christdemokraten um Oppositionsführer Hartmut Perschau sowie die Hamburger Wirtschaftsnobeln gespannt, denn man wird daran ablesen können, wie die

Senatsregenten um Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und Energiesenator Jörg Kubbler es künftig mit Managern in öffentlichen Unternehmen zu halten gedenken, die sechlich begründete Überzeugungen haben und auch dann vertreten, wenn sie nicht der Senatspolitik entsprechen.

Das lebhafteste Interesse der hanseatischen Rathauspolitik und Staatsmanager an diesem Vorgang konzentriert sich im übrigen nicht nur auf die Kleine Anfrage, sondern auch auf die Person der Fragestellerin. Diese neue Parlamentarierin ist Diplom-Ingenieurin und wird von jenem Staat bezahlt, den ihre Partei, die GAL, bekanntlich ganz und gar nicht mittragen will: Erika Romberg steht als Baurätin in den Diensten des sozialdemokratischen Bausenators Eugen Wagner, der zu den Säulen des

Mitte-Rechts-Lagers in der Hamburger SPD gerechnet wird und behördenintern für seinen „Herr im Haus bin ich“-Standpunkt bekannt (und gefürchtet) ist. Bislang war die Dame Romberg der Auskunft des Behördensprechers Detmar Müller-Landre zufolge im Hochbauamt tätig. Nun aber habe sie einen „Sonderauftrag des Senats“, mit dem sich auch andere Staatsdiener beschäftigen. Die weitere Frage, welcher Natur dieser Auftrag sei, beantwortete Müller-Landre mit der Auskunft, seines Wissens gehe es dabei um „Baubiologie“ – ein Sachgebiet, für das bekanntlich Fontanes Feststellung gilt, es handle sich dabei um „ein weites Feld“.

Dieses weite Feld gibt Raum genug für allerlei Mutmaßungen – zum Beispiel für die Erwägung, daß die Frau Abgeordnete möglicherweise bei dieser Art von dienstlicher Tätigkeit hin-

reichend Zeit hat, um sich auf ihre parlamentarische Arbeit ganz besonders intensiv vorbereiten zu können. Auch ist es nicht gänzlich von der Hand zu weisen, daß die räumliche Nähe zu den Experten des linken SPD-Flügel verwurzelt und im selben Hause residierenden Energiesenators Jörg Kubbler nicht unbedingt von Nachteil ist.

Aus der vergangenen Legislaturperiode weiß man zudem, daß die GAL-Fraktion ihre seitenlangen und detaillierten parlamentarischen Anfragen insbesondere deshalb hat stellen können, weil sie von Konfidenten in den Behörden mit den entsprechenden Fakten versorgt wurden. Über einen Mangel an entsprechenden Verbindungen wird sich die Baurätin Erika Romberg mutmaßlicherweise nicht beklagen können.

„Kaputtsparen“ und Prophezeiungen von mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen im Jahr 1986 hätten sich als Irrtum erwiesen.

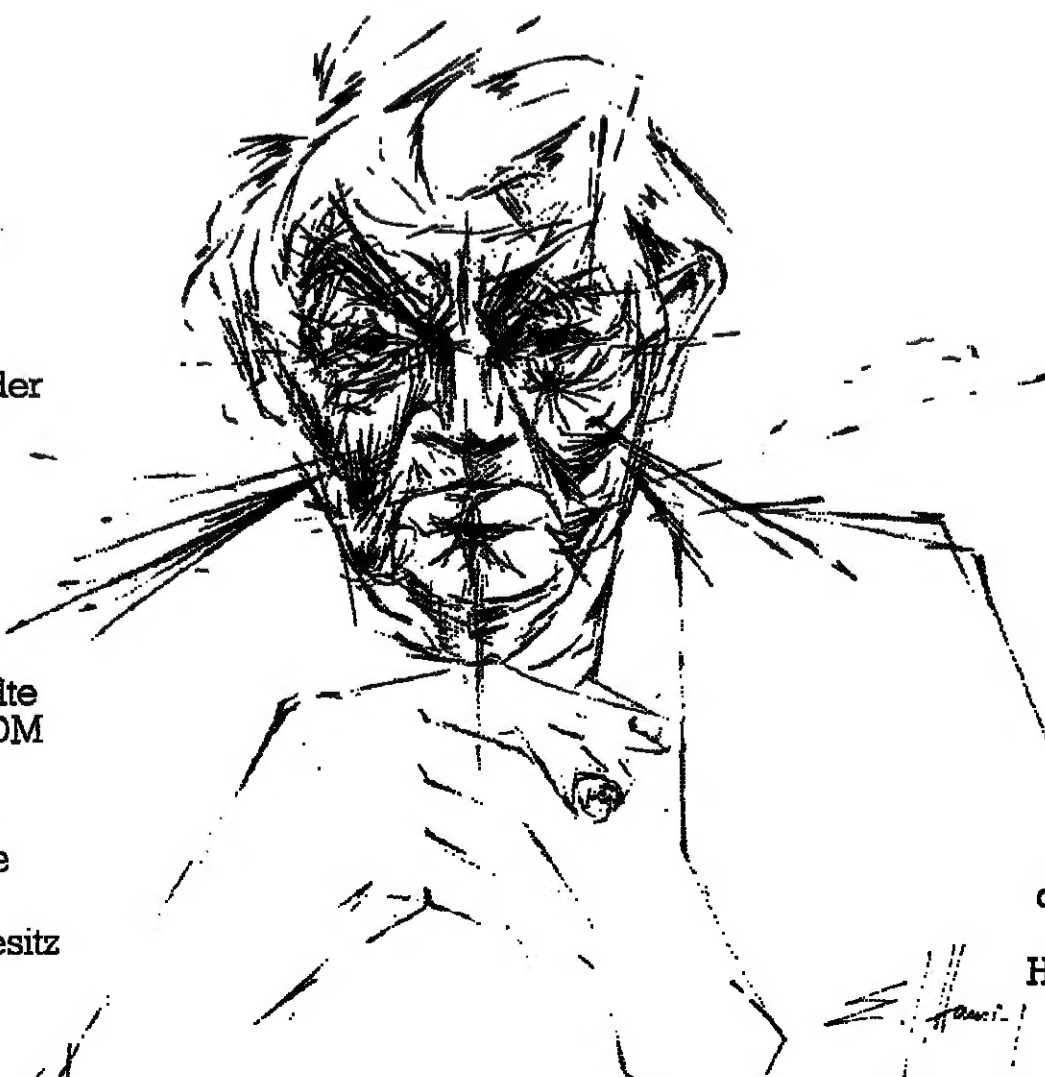
Unternehmen und Unternehmensbesteuerung stünden im internationalen Wettbewerb. Mit Blick auf niedrigere Steuersätze in den USA, Großbritannien oder Frankreich forderte Necker die Abschaffung der Betriebsvermögenssteuer und eine durchgreifende Gewerbesteuerreform. Er warnte vor einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Sonst müßten mit einer schwindenden Zahl von Aktiven und Arbeitsstunden immer mehr Rentner mitversorgt werden. Wer für eine nicht umkehrbare Verkürzung der Wochenarbeitszeit eintrete, gefährde seine Altersversorgung. Zu den jüngsten Wasserversureinigungen erklärte er, daß sich die Industrie den Herausforderungen stelle und Umweltvorkehrungen verstärke.

Die privaten Banken zum „Lebensstandard“ Über soviel Wohlstand für alle hätte sich selbst Ludwig Erhard gewundert

Als alle Welt das deutsche Wirtschaftswunder rühmte, hatte Ludwig Erhard der Wirtschaft bereits ihr Ziel gesetzt: Wohlstand für alle. Das war 1957, neun Jahre nach der Währungsreform.

Was danach kam, ist die Geschichte eines steilen Aufstiegs. Es stiegen

- * das verfügbare Jahreseinkommen der Haushalte von durchschnittlich DM 7.650 auf heute 50.300 DM
- * die Zahl der privaten Autos von 2,4 Millionen auf 22,6 Millionen
- * die Ausgaben für Auslandsreisen und -urlaube von 1,4 Milliarden Mark auf 43 Milliarden Mark
- * die Zahl der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz von 7,5 Millionen auf über 11 Millionen.



Wir privaten Banken meinen: Der Vater des Wirtschaftswunders hat nicht zuviel versprochen. Er würde sich heute über soviel Leistung des einzelnen und soviel Wohlstand für alle sogar wundern.

Bundesverband deutscher Banken.

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken. Btx * 45900#



Verpaßt Irak im Golfkrieg eine Chance?

C. GRAF BROCKDORFF, Khasab

Eine Woche ist vergangen, seit irakische Mirage-F-1-Jagdbomber, mit der seit dem Falkland-Krieg gefürchteten Exocet-Rakete, den südöstlichen Ölverladepunkt Iran bei der Insel Larak in der Seestraße von Hormuz angegriffen haben. Der Angriff wurde nicht wiederholt, was jedoch notwendig gewesen wäre, hätte er strategische Wirkung haben sollen.

Das wirft Fragen auf. Hat die politische und militärische Führung im Irak begriffen, daß Angriffe auf Ölanlagen und Tanker bei Larak den Golf-Krieg zugunsten Iraks entscheiden können, indem Iran vom Export des Öls abgeschnitten wird, mit dem es den Krieg finanzieren muß? Der erste Eindruck spricht dafür. Schließlich sind die irakischen Flugzeuge auf den Golf mit großem Aufwand betriebener Rundtrip von 2200 Kilometern geschickt worden. Er konnte ohne Luftbetankung nicht bewerkstelligt werden.

Die Maschinen hätten sonst die Erlaubnis für eine Zwischenlandung in einem der Golf-Staaten haben müssen. Daß das geschehen sei, daran glaubt am Golf niemand, denn die Anliegerstaaten, voran Saudi-Arabien, wollen es sich trotz der Finanzhilfe für Irak nicht mit Iran verdingen.

Haben in Irak nur Luftwaffenoffiziere mit technischen Möglichkeiten gespielt? Mußte erst die fliegerische Machbarkeit des Raketenangriffs auf den Tankerliegeplatz bei Larak erprobt werden? Ist der Kiarstand der 20 irakischen Mirage F-1EQ5 mit der Exocet-Rakete schlecht? Fehlen Exocet-Raketen? Oder gibt es nicht genügend umgebaute sowjetische AN-12-Tankflugzeuge? Fragen, auf die es derzeit keine Antworten gibt.

Der Angriff auf Larak muß die iranische Führung elektrisiert haben. Hier hatte Irak ein Signal gesetzt, das unmissverständlich war: Iran könnte von Irak in den Würrgriff genommen werden. Das wiederum muß die iranische militärische Führung nach Auswegen sinnlos lassen. Wie ist der Kiarstand der Iran verbleibenden Phantom-Jäger? Warum werden sie nicht benutzt, um die irakischen Mi-8, die den Krieg wunden könnten, auf ihren Basen anzugreifen?

Hat Iran die Möglichkeit, den Golf mit Radar zu überwachen und die irakischen Tankflugzeuge abzuschließen? Muß nicht Iran jetzt seine Luftverteidigungsmittel, nicht zuletzt die amerikanische Luftabwehr, gegen die verbesserten HAWK, nach Larak verlegen? Sie ist gegen Tiefflieger wirksam.

Im Krieg am Golf ist vieles ungeklärt. Dazu gehört auch die Frage, ob Irak bei einer Offensive der iranischen Landstreitkräfte mit Werten angreifender, operierender junger Männer zu chemischen Kampfmitteln in großem Stil greift.

Kuba mobilisiert alle Kräfte - vom Kind bis zum Greis

dpa, Havanna

Der kubanische Staatschef Fidel Castro hat zum Abschluß eines Sonderparties der Kommunistischen Partei seines Landes ein neues Parteiprogramm verkündet, das zum Teil bis über das Jahr 2000 hinaus die Ziele und Aufgaben beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in Kuba beschreibt.

Castro bezeichnete das neue Programm als historisches Dokument, das die Bevölkerung „viel Kampf, viele Anstrengungen und viele Opfer“ anverlangt.

In einem Bericht der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina hieß es, das neue Programm bestehe aus zwei Grundsatzen und umfasse rund 200 Druckseiten. Es sei in der Nacht zum Mittwoch auf der Abschlusssitzung des dreitägigen Parteitag beschlossen worden.

Vor den fast 1800 Delegierten hatte Castro zuvor die Bevölkerung zu verstärktem Arbeitseinsatz angesprochen, der wirtschaftlichen Probleme des Landes ausgerollt. Während der Sonderitzung waren „Intimer und negative Entwicklungen“ in der kubanischen Gesellschaft angeprangert worden. Im Mittelpunkt der Kritik standen vor allem Verschwendungssucht und übertriebene hohe Gehälter.

Zum 30. Jahrestag des Beginns der kubanischen Revolution hatte die Regierung am Dienstag die bisher größte Militärparade in der Geschichte des mittelamerikanischen Landes veranstaltet. Verteidigungsminister Raul Castro erklärte, Kuba sei Dank der sowjetischen Militärförderung „in der Lage, jeden feindlichen Angriff abzuwehren“.

Der Verteidigungsminister kündigte für den kommenden Sonntag eine großangelegte militärische Übung an, an der sieben Millionen Kubaner – das sind fast 70 Prozent der gesamten Bevölkerung – teilnehmen sollen. Kuba sei zu einem „Völkerrückzug“ im Falle einer potentiellen „imperialistischen Invasion“ bereit, erklärte Raul Castro. Man erwarte, daß sich alle Kubaner, vom Kind bis zum Greis, an der Übung beteiligen werden.

In Paris begann Terroristen-Prozeß. Scharfschützen gingen in Stellung

„Action-Directe“-Mitbegründer Schleicher einer der Angeklagten / Angst vor neuen Anschlägen

H. WEISSENBERGER, Paris

Der Pariser Justizpalast auf der Seine-Insel Ile de la Cité glich gestern einer belagerten Festung, als der Prozeß gegen vier Mitglieder der links-extremistischen Terror-Organisation „Action Directe“ begann, die des Mordes an zwei Polizisten angeklagt sind.

Schwerbewaffnete Scharfschützen der Antiterror-Brigade und Dutzende von Polizisten in Uniform und Zivilbewachen schon seit Tagen den Justizpalast. Speziell ausgebildete „Schnüffelhunde“ werden auf verdächtige Pakete und Taschen angesetzt, um eventuell darin verborgene Sprengstoffe aufzuspüren.

Nur drei der vier Angeklagten waren gestern im Gerichtssaal anwesend: Regis Schleicher (29) sowie die Brüder Claude (31) und Nicolas Halphen (33). Gegen den vierten, Mohamed Hammami (31) wird in Abwesenheit verhandelt. Hammami, dessen Vater hoher Offizier der algerischen Armee ist, hält sich vermutlich in Algerien versteckt.

Schleicher ist wie der noch gesuchte Jean-Marc Rouillon einer der Mitbegründer der „Action Directe“, die mit der „Rote Armee Fraktion“ zusammenarbeitet. Ebenfalls gesucht wird Rouillon untergetauchte Gefährtin Nathalie Menigon.

Die Pariser Presse spricht von einem „Prozeß der Angst“, denn es wird befürchtet, daß die „Action Directe“ sich erneut mit einem blutigen Anschlag in Erinnerung rufen könnte. Mehrere bekannte „Action Directe“-Terroristen sind untergetaucht, nachdem sie 1981 und 1982 von der sozialistisch-kommunistischen Regierung amnestiert oder aus „medizinischen“ Gründen auf freien Fuß gesetzt worden waren.

Die französischen Behörden sind inzwischen überzeugt, daß die Ermordung des Generaldirektors der staatlichen Automobilfirma Renault, Georges Besse (58), am 17. November durch zwei Terroristinnen in direktem Zusammenhang mit dem Beginn des Prozesses stand. Schleicher ist mit der im Untergrund lebenden „Action Directe“-Terroristin Joelle Aubron verheiratet, die verdächtigt wird, eine der zwei Mörderinnen von Besse zu sein.

Der Prozeß ist der erste – und letzte – in Frankreich gegen des Mordes angeklagte Terroristen vor einem Schwurgericht mit vom Los bestimmten Schöffen. Früher kamen Terroristen vor den Gerichtshof für Staatssicherheit, der 1981 abgeschafft wurde.

Seitdem gab es in Frankreich kein



In Handschellen zum Gerichtssaal: Regis Schleicher FOTO: AP

nen Mordprozeß gegen Terroristen. Die neue Regierung unter Premierminister Jacques Chirac bestimmte nach ihrem Amtsantritt im März, daß derartige Prozesse in Zukunft vor ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Schwurgerichten stattfinden. Damit soll möglicher terroristischer Druck auf die Schöffen ausgeschlossen werden. Doch das bereits in Gang befindliche Verfahren gegen Schleicher und Komplizen wurde von dieser Neuregelung ausgenommen.

Die Schöffen, die jetzt die Terroristen richten sollen, genießen in- und außerhalb des Justizpalastes besonderen Polizeischutz. Ebenso begleitet bewaffnete Polizeibeamte eine der „Kronzeuginnen“ des Prozesses, die ehemalige „Action Directe“-Helferin Frederique Germain, die im Untersuchungsverfahren die Angeklagten belastete, auf Schritt und Tritt.

Schleicher, die Brüder Halphen und Hammami sind angeklagt, am 31. Mai 1983 in der Avenue Trudaine im Zentrum von Paris die Polizisten Emile Goudry und Claude Caiola erschossen zu haben.

Die beiden Beamtinnen gehörten zu der Besatzung eines Streifenwagens, der eine Gruppe von fünf Männern und einer Frau aufgefallen war, die sie routinemäßig kontrollieren wollten. Was die Polizisten nicht wußten, war, daß es sich um Mitglieder von der „Action Directe“ handelte, die eine nahegelegene Bank überfallen wollten. Die Terroristen schossen sofort und töteten die zwei Polizeibeamten tödlich.

Die Pariser Polizei kam in monatelanger Kleinarbeit Schleicher und seinen Komplizen auf die Spur. Dabei halfen ihnen zwei anonyme Briefe und die Aussagen von Frederique Germain. (SAD)

Mißtrauen im Kreml

Amerikas Kontakte mit Iran treffen empfindlichen Nerv

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

In dem offenkundigen Bemühen Moskaus um eine Verbesserung der Beziehungen zum Regime des iranischen Revolutionsführers Khomeini, scheint die Geheimoperation des Weißen Hauses in Iran die langfristige angelegte Pläne zu durchkreuzen. Die scharfen sowjetischen Vorwürfe zeigen, daß mit der amerikanischen Waffenlieferung ein empfindlicher Nerv in der Kreml-Strategie berührt wurde.

Denn Moskau wartete geduldig, seit die Amerikaner mit dem Sturz des Schahs ihren Einfluß in Iran verloren hatten, dieses Vakuum auszufüllen. Allen ideologischen Gegensätzen zum Trotz bot man sich Khomeini als Verbündeter an.

„Nowoje Wremja“, das außenpolitische Sprachrohr des Kreml, legt in seinem jüngsten Kommentar den Finger auf den neuralgischen Punkt. Die Zeitung schreibt: „Hauptziel der ‚Humanisten‘ aus den USA sei nicht die Förderung des iranisch-irakischen Konflikts, vielmehr handele es sich um eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans, nämlich um die Suche nach einer proamerikanischen Stütze unter den dortigen politischen Kräften.“

Das Blatt stellt fest: „Das Ziel der Amerikaner besteht darin, in Iran eine genügend große Gruppierung an die Macht zu bringen“. Dies sei im Grunde der Plan zur Schaffung einer „Fünften Kolonne“.

„Nowoje Wremja“ mutmaßt, daß Iran erneut als Stützpunkt für amerikanische Radarbeobachtungsstationen dienen soll. Moskau befürchtet eine neue Achse Washington-Islamabad-Teheran. „Den Waffenlieferungen sei in diesem Vorhaben eine wichtige Rolle zugesprochen.“ „Je länger der Krieg zwischen Iran und Irak dauert, desto besser die Chancen dieses Ziel zu erreichen“. Der US-Plan füge sich gemeinsam mit dem Kon-

zept Israels zu einem Ganzen zusammen, nämlich, „den Einfluß in der Region auf die Territorien vom Mittelmeer bis zum Indischen Ozean angesichts der Unfähigkeit der Arabischen Staaten mit Iran zu teilen“.

Das gleiche Ziel jedoch verfolgt nach Ansicht westlicher Beobachter der Kreml. Denn schon seit Jahren unterstützt er Iran indirekt mit Waffenlieferungen aus libyschen und syrischen Arsenalen. Auch das Werben Moskaus um Belutschistan, wo sich seit Jahren die großen Stammesführer mehrheitlich prosovietisch zeigen, ist ein Mosaikstein in diesem großen strategischen Plan. Aus gut unterrichteten Kreisen wurde bekannt, daß seit einiger Zeit drei- bis viertausend Guerrillas aus Belutschistan in der UdSSR ausgebildet werden.

Dieses Grenzland ist für Moskau eine doppelte Trumpfkarte: Einmal kann damit die pakistanische Regierung unter Druck gesetzt werden, um die Unterstützung und den Nachschub für afghanische Freiheitskämpfer zu stoppen, andererseits könnte Teheran mit der Drohung einer Abtrennung der Region dazu bewogen werden, seinen Widerstand gegen die sowjetische Afghanistan-Politik aufzugeben.

Der amerikanische Coup berührt die Sowjetunion deshalb so stark, weil schenbar eine leichte Intensivierung der Kontakte zwischen Moskau und Teheran erreicht wurde.

Doch die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran sind aus dem Blickwinkel des Kreml noch immer problematisch. Nicht vergessen ist das harte Vorgehen der iranischen Behörden, die vor drei Jahren einseitig die Zahl der Diplomaten an der sowjetischen Botschaft in Teheran reduzierten und das Konsulat in Reschid schlossen.

Spanien militärisch stärker gefordert

ROLF GÖRTZ, Madrid

In Madrid fand soeben die dritte Gesprächsrunde über die von Spanien gewünschte „substantielle und signifikante Reduzierung“ (Außenminister Fernandez Ordoñez) der amerikanischen Militärpräsenz in Spanien statt.

Zur Debatte stehen 12 000 Soldaten und Militärpersonal sowie Einrichtungen der vier von den Streitkräften beider Länder gemeinsam benutzten Stützpunkte im Atlantikhafen Rota sowie auf den Militärflughäfen Moron bei Sevilla, Torrejon bei Madrid und Saragossa.

Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben. Doch weiß man, daß die Positionen beider Länder schwer aufeinander abzustimmen sind. Spanien geht von einem rein bilateralen Verhältnis aus. So hatte Ministerpräsident Felipe Gonzalez bei der Volksabstimmung über die NATO im März dieses Jahres seinen linken Kritikern den weiteren Verbleib im multilateralen Bündnis schmackhaft machen wollen, indem er eine Reduzierung der militärischen Präsenz der USA in Spanien versprach.

Den europäischen Verbündeten gegenüber aber stellte er dafür nicht einmal die militärische Integration der spanischen Streitkräfte im Rah-

men der dafür geschaffenen NATO-Strukturen in Aussicht.

Die amerikanischen Vertragspartner betrachten dagegen ihre Präsenz in Spanien als Teil der multilateralen Verteidigungsanstrengungen innerhalb des Bündnisses. Sie sprechen schon in den sechziger Jahren von einem „NATO-Parallelvertrag“. Die USA müssen deshalb schon im Interesse ihrer europäischen Partner bei einer eventuellen Verringerung von Personal und Material auf einen Ausgleich durch die spanischen Streitkräfte dringen.

Wie sehr die europäischen NATO-Partner die Ansichten der Amerikaner teilen, erfährt Gonzalez bei dem Besuch von Bundeskanzler Kohl am 16. November in Madrid. Auch Gonzalez anerkennt grundsätzlich, daß das spanisch-amerikanische Verhältnis nicht isoliert betrachtet werden kann. Auf eine entsprechende Frage der WELT jedenfalls bestätigte Gonzalez seinerzeit in Gegenwart des Bundeskanzlers, auch den multilateralen Charakter der amerikanischen Aufgabe in Spanien.

Als Folge dieser grundsätzlichen Einsicht scheint eine Reduzierung der amerikanischen Luft- und Seestreitkräfte in Rota, dem wichtigsten Seestützpunkt der USA an der euro-

Israel rüstet sich gegen C-Waffen

lav, Jerusalem

Informationen über die Produktion chemischer Waffen in Syrien haben Israel offenbar veranlaßt, selbst chemische Kampfstoffe bereitzustellen. In einem Interview des israelischen Militärsendens sagte Ministerpräsident Shamir auf die Frage, was Israel im Falle eines syrischen Angriffs mit C-Waffen tun wird: „Es ist klar, daß Israel nicht untätig zusehen wird. Ich glaube aber nicht, daß wir heute präzisieren müssen, was wir unternehmen werden.“

Verteidigungsminister Shimon Peres hatte kürzlich in der Knesset erklärt: „Es ist uns bekannt, daß sich Syrien mit chemischen Waffen rüstet in der Form von Artilleriegeschossen, Flugzeugbomben und Boden-Boden-Raketen... Wir tun und werden weiterhin alles tun, um uns auf diese schwere Gefahr vorzubereiten.“

Der israelische Militärsprecher wies in einem Hintergrundpapier darauf hin, daß die Genfer Konvention von 1925 den Einsatz von C-Waffen im Kampf verbietet, nicht jedoch deren Herstellung und Lagerung.

Weiter heißt es, daß bis vor zehn Jahren nur die beiden Supermächte und Frankreich Arsenalen chemischer Waffen besessen hätten. Seither jedoch hätten mehrere Staaten in Nahost industrielle Kapazitäten zur Herstellung dieser Waffen entwickelt; einige von ihnen führten sie bereits in ihren militärischen Arsenalen.

Behauptungen, daß Syrien in die Giftgasproduktion eingestiegen sei, kommen nicht nur von israelischer Seite. Schon vor einem halben Jahr hatte der Sprecher des State Department in Washington erklärt: „Wir sind besorgt, daß Syrien die Fähigkeit besitzt, chemische Waffen herzustellen, und Iran im Kriegseinsatz schon geübt hat.“ (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Im Zweifelsfall gegen uns

„Wer dem Abgrund entrinnen will, muß ihn auch gründen lassen.“ Geistige WELT vom 22. November

Sehr geehrte Damen und Herren, der ohne zureichenden Grund vom Zaune gebrochene „Professorenstreit“ über eine Revision des Hitler-Bildes, das immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert, reflektiert in jedem Fall einen zunehmenden revisionistischen Trend. Sicher wittern die Apologeten der Legende vom „Tepichbeißer“ diese Entwicklung und legen sich deswegen so sehr ins Zeug, um eine Objektivierung einer so kaum noch akzeptablen Vergangenheit abzuwickeln.

Natürlich handelt es sich bei diesem professoralen Sturm im Wasserglas keineswegs um eine pauschale Aufwertung des Dritten Reiches, sondern um die schlichte Überlegung, ob sich unsere Historiographie nicht durch ihr Insistieren auf der Singularität-Doktrin, die uns zudem daran hindert, gegenüber neuen Menschenrechtsverletzungen mit der notwendigen Energie aufzutreten, um die letzte Kreditwürdigkeit bringt. Man kann eben nicht zwischen „edler kommunistischer“ und „böser faschistischer“ Grausamkeit differenzieren, ohne Ranke-Forderung nach geschichtlicher Objektivität grob fälschlich zu desavouieren.

Immer noch sind wir offenbar von der fixen Idee besessen, im Zweifelsfall gegen uns selbst zu optieren. Seit den Tagen der Madame de Staël scheint sich an unserer nationalromantischen Disposition wenig geändert zu haben. Schon sie konnte scharfsinnig bemerken: „Wenn den Deutschen noch so großes Unrecht angetan wird, findet sich immer ein obskurer deutscher Professor, der so lange an der Objektivität herumbastelt, bis er bewiesen hat, daß die Deutschen Unrecht getan haben!“

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Gustav Sichelshmidt, Rude

Voraussetzung

„Klinik-Card“ – Prestigeobjekt oder mehr? WELT vom 24. November

Sehr geehrte Damen und Herren, die Idee einer „Klinik-Card“ ist auf den ersten Blick einleuchtend und bestechend. Doch auch hier steckt – wie so oft – der Teufel im Detail. Die „Medi-Card“, von etwa zwei Drittel der Krankenhäuser akzeptiert, aber oft auch nur dann, wenn ihre Versicherungsgesellschaft alleiniger Kostenträger ist.

Bei Zusatz-Versicherungen (Krankenhauseinweisung, Operationen etc.) zu den gesetzlichen Kassen als zweiter Kostenträger wird die „Medi-Card“ von vielen Krankenhäusern nicht akzeptiert, da deren EDV für zwei Kostenträger nicht ausgelegt ist (unter vielen anderen die hiesige Hesklinik zum Beispiel) und Erweiterungen auch nicht geplant sind. Für eine volle Nutzung aller Möglichkeiten der „Klinik-Card“ müßten daher erst bei allen Krankenhäusern die notwendigen EDV-Voraussetzungen vorhanden sein oder zuvor geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Erich Atzbach, Wetzlar 1

Mit Sachkunde

„Parasit im stetigen Acker der Überlebenskämpfe“, Geistige WELT vom 22. November

Was hier in Frage steht, geht über die Beanstandung einer des Inhalts entstehenden Besprechung eines Buches hinaus: Will man heute immer noch, blind für die heftig in Bewegung geratene religiöse Situation in Deutschland und für die vom Grundgesetz geschützte Freiheit jeder echten religiösen Überzeugung, alles unter die Fittiche des alleinsprechenden Evangeliums bringen und jede Abweichung im Glauben verächtlich machen und entwürdigen, wie jetzt in Ihrer Zeitung durch die durchaus unqualifizierte Abkaskung des Buches „Tod – was ist dein Sinn?“ geschehen? Eines Buches, das ein Beispiel für Sachkunde, Objektivität und Toleranz ist und durch neue, eigene Forschungen – was einer Frau ja wohl nicht erlaubt ist – die bisherigen Horizonte sprengt, dazu, was es über andere Schriften über

den Tod erhebt, bei aller Sachlichkeit durch frauliche Wärme und religiöse Tiefe anfährt.

Prof. Dr. Friedrich Krüger, Köln 41

Prioritäten

Es ist ein Unding, daß die Übertragung jeder Bundestagsdebatte sofort abgebrochen wird, nur weil die Programmplanung gerade etwas anderes vorsieht, hingegen ein Tennismatch sogar zur Sendezeit der „Tagesschau“ weiterübertragen wird. Die Weiterholung im Vormittagsprogramm erfolgt zusätzlich.

In Anbetracht dieser Tatsache muß man sich fragen, was denn die Ziele des öffentlich-rechtlichen Fernsehens sind.

Hochachtungsvoll
Dieter Flohn, Ottobrunn

Glaubwürdigkeit

„Der Reaktion ein Recht“, WELT vom 21. November

Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts der Kontroverse über die „grünen“ Thesen des Professor Biedenkopf stellt sich dem konservativen Bürger die Frage, ob er sich in der Union noch genügend repräsentiert fühlen darf.

Wenn es schon soweit gekommen ist, daß ein maßgeblicher CDU-Politiker seine Fühler in Richtung Grüne ausstreckt, wird der Glaubwürdigkeit der Union Schaden zugefügt.

Auch der CDU-Abgeordnete Todenhöfer stellte unlängst in einem Interview fest, die CDU vertritt konservative Positionen lediglich auf dem Wirtschaftssektor.

Nimmt man noch die relativ unklaren deutschlandpolitischen Positionen innerhalb der CDU (zum Beispiel die Friedmann-Debatte) und die Nichtaufstellung des Schlesier-Vorsitzenden Rupka zur Bundestagswahl '87 hinzu, erscheint ein Anwachsen der Nichtwählerzahl und auch konservativ-nationaler Klemparteien verständlich.

Sicher ist eine Volkspartei keine homogene Masse, die notwendige Glaubwürdigkeit kann vor Wahlen aber nur durch klare Positionen und Geschlossenheit dokumentiert werden. Hier hapert es aber bei der Union.

Mit den besten Grüßen
Stephan Raber, Münster-Hiltrup

Wort des Tages

„Der Sozialismus ist die zu Ende gedachte Herdentier-Moral.“

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844-1900)

Personen

MILITÄR

Brigadegeneral Günter Mai, der Leiter des Materialamtes des Heeres in Sankt Augustin bei Bonn, tritt Ende März 1987 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Oberst i. G. Friedrich Steinseifer, Referatsleiter im Führungsstab des Heeres im Bonner Verteidigungsministerium. Pensioniert wird zum 31. März 1987 auch Brigadegeneral Siegfried Hückel, der stellvertretende Kommandeur der 12. Panzerdivision in Veitshöchheim. Sein Nachfolger wird Brigadegeneral Klaus Goldschmidt, Deputy Assistant Director der Plans and Policy Division beim Internationalen Militärstab (IMS) der NATO in Brüssel.

EHRUNGEN

Mit der Verleihung des Bayerischen Maximiliansordens durch Ministerpräsident Franz Josef Strauß werden heute zehn Wissenschaftler und sechs Künstler geehrt. Für herausragende Leistungen im wissenschaftlichen Bereich werden ausgezeichnet die Professoren Gustav Aufhammer, Ordinarius für Ackerbau und Pflanzenzüchtung an der TH München, Friedrich Bauer, Ordinarius für Informatik und Mathematik an der TU München, Walter Bruch, ehemaliger Leiter der Grundlagenentwicklung der Telefonen Fernseh- und Rundfunk GmbH, Herbert Franke, Ordinarius der ostarischen Kultur- und Sprachwissenschaft an der Universität München, der Direktor am Freiburger Max-Planck-Institut für Immunbiologie, Georges Köhler, der Ordinarius für technische Mechanik an der TU München, Kurt Magnus, der frühere Generaldirektor des Bayerischen Nationalmuseums, Theodor Müller, Hans Raupach, Ordinarius für Wirtschaft und Gesellschaft Osteuropas an der Universität München, der Ordinarius für kanonisches Prozess- und Strafrecht an der Münchener Universität, Adomir Schenckmann, und der Ordinarius für Privat-, Handels- und Urheberrecht an der Universität München, Eugen Ulmer. Für ihre

Leistungen im Bereich der Kunst werden ausgezeichnet: die Schauspielerinnen Marianne Hoppe, der Schriftsteller Ernst Jünger, der Regisseur Rudolf Noelle, der Maler und Grafiker Professor Josef Oberberger, Kammerorganist Hermann Frey und der Dirigent Sir Georg Solti. Die hohe Auszeichnung wurde 1853 von König Maximilian II. von Bayern gestiftet und wird seit 1981 wieder verliehen.

Hoch geehrt hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Wilhelmshavener SPD-Bundestagsabgeordneten und Bundesminister a. D. Dr. Herbert Ehrenberg mit der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der



Herbert Ehrenberg

Bundesrepublik Deutschland. Die Auszeichnung wurde ihm von der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Annemarie Renger im Audienzsaal des Schlosses zu Jever übergeben. Dr. Ehrenberg, Ostpreuße, feiert am 21. Dezember seinen 60. Geburtstag.

WAHL

Zu ihrem neuen Vorsitzenden haben die Direktoren und Präsidenten der niedersächsischen Hochschulen gewählt worden. Wolfgang hat bisher 18 Jahre das Amt für Presse, Rundfunk und Information beim Karlsruher Oberkirchenrat geleitet und war seit einem Jahr bereits kommissarischer Chefredakteur. Der „Aufbruch“ ist mit einer Auflage von rund 60 000 Exemplaren im Bereich der badischen evangelischen Landeskirche verbreitet.

ren in zahlreichen nationalen wie internationalen Gremien tätig.

VERANSTALTUNG

Einen „Genscher“ daheim lassen sich viele in Bonn etwas kosten. 1000 Mark war der höchste Zuschlag für die Genscher-Karikatur: „Außenminister noch im Jahr 2003“ – dann ein Greis mit langem Bart. Karikaturen des Jahres 1986 wurden in der Bonner Diplomatschule auf dem Venusberg versteigert. Die Veranstaltung, für die das Pressereferat im AA mit Sprecher Jürgen Chrobog und Reinhard Bettzweige verantwortlich zeichnete, diente einem guten Zweck: 15 000 Mark, der stolze Erlös für 91 Karikaturen, gehen an den „Förderkreis Dritte Welt“ im AA. Eine Initiative junger Diplomaten zur Förderung von Kleinprojekten in Entwicklungsländern. Hans-Dietrich Genscher, seine Frau Barbara, Protokollchef Werner Graf von der Sollenberg und Gesandter Leonard Kremer, Hausberg und Chef der Diplomatschule, waren beim Versteigerungsspektakel, durchgeführt von RTL-Talkmaster Geert Müller-Gerbes, fleißige Mitbieter. Zu den Karikaturisten, die Arbeiten zur Verfügung stellten, gehörten Josef Partikewicz, Jupp Welter, Klaus Piciet, Mayk Schwedens berühmtester Karikaturist aus Malmö, Romulus Candea, Frank Cerny, Nik Ebert, Klaus Böhle von der WELT, Walter Hanel, Ernst Heidemann, Felix Müssil und Karl-Heinz Schönfeld.

MEDIEN

Zum Chefredakteur der badischen evangelischen Kirchenzeitung „Aufbruch“ ist der 55jährige Theologe Hans Dieter Wolfiger gewählt worden. Wolfiger hat bisher 18 Jahre das Amt für Presse, Rundfunk und Information beim Karlsruher Oberkirchenrat geleitet und war seit einem Jahr bereits kommissarischer Chefredakteur. Der „Aufbruch“ ist mit einer Auflage von rund 60 000 Exemplaren im Bereich der badischen evangelischen Landeskirche verbreitet.

Waschmittel für Abluft

Wie Schadstoffe aus Rauchgasen entfernt werden können

Von KLAUS KÖRTING

Eine neue Versuchsanlage zur Verbrennung von Hausmüll („Tamara“) hat jetzt im Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) den Betrieb aufgenommen. Ziel dieser Neuentwicklung ist es, eine Rauchgasreinigung zu erproben, bei der Schwermetalle und organische Schadstoffe in geschlossenen Kreisläufen recycelt beziehungsweise unschädlich gemacht werden. Insbesondere von der Lösung des Dioxinproblems wird ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Akzeptanz der Müllverbrennung erwartet.

Die Dimensionen des kommunalen Müllproblems verdeutlichen folgende Zahlen: In der Bundesrepublik Deutschland fallen jährlich rund 25 Millionen Tonnen Kommunalmüll an. Davon werden heute rund acht Millionen Tonnen in 46 Verbrennungsanlagen entsorgt. Es entstehen dabei etwa 2,5 Millionen Tonnen Schlacke und etwa 250 000 Tonnen Filterstäube. Die Filterstäube sind mit insgesamt 4000 Tonnen Zink, mehr als 1000 Tonnen Blei und 50 bis 100 Tonnen Cadmium belastet. Sie enthalten außerdem in einer typischen Konzentration von etwa 10⁻⁴ Gramm pro Kilogramm Flugasche das berüchtigte „Seveso-Dioxin“.

Mit der Abluft der Anlagen werden je nach verwendetem Gasreinigungsverfahren etwa 5000 Tonnen Chlorwasserstoff, 10 000 Tonnen Schwefeldioxid und etwa ebenso viele Stickoxide sowie rund 5000 Tonnen Feinstäube abgegeben. Letztere enthalten etwa 400 Tonnen Zink, 150 Tonnen Blei und bis zu zehn Tonnen Cadmium. Quecksilber wird gasförmig in Mengen bis zu zehn Tonnen in die Atmosphäre abgegeben.

Diese Schadstoffströme führen langfristig zu einer Belastung der Umwelt und müssen daher durch verbesserte Rauchgas-Reinigungsverfahren in Zukunft vermindert werden.

Die in den Filterstäuben vorhandenen mobilen Schwermetalle sowie die festgestellten organischen Schadstoffe stellen ein zusätzliches Hindernis für die Akzeptanz der Müllverbrennungsanlage dar.

Zur Rezyklierung der Schwermetalle und zur Beseitigung der Dioxine wird im Laboratorium für Isotopentechnik des KfK folgendes Verfahren entwickelt: Die Reinigung der Rauchgase erfolgt durch eine Naßwäsche, die nicht nur für eine Verminderung der Schadgase Chlorwasserstoff und Schwefeldioxid besonders wirksam ist, sondern auch das flüchtige Quecksilber und die Feinstäube in größerem Ausmaß aus dem Luftpfad fernhält. Mit der bei der Naßwäsche entstehenden Salzsäure werden die mobilen Schwermetalle aus den Flugaschen herausgelöst und in weiteren Schritten konzentriert, abgetrennt und der Wiederverwendung zugeführt. Die ausgetragenen Flugasche werden in die Müllverbrennung zurückgeführt und damit die darin noch enthaltenen organischen Schadstoffe zerstört.

Der Ofen in der Verbrennungsanlage besitzt einen getrennten steuerbaren Zwei-Zonen-Vorschubrost mit variabel einstellbarer Verweildauer des Brennstoffs. Die 1000 Grad heißen Abgase werden über Strahlungszüge, einen Kessel und einen Vorwärmer für die Verbrennungsluft auf 250 Grad Celsius abgekühlt, über Zyklo- ne entstaubt und anschließend naß gewaschen. Die Naßwäsche erfolgt getrennt zur Abscheidung von Chlorwasserstoff und Schwefeldioxid.

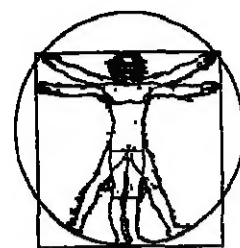
Die Anlage ist für einen stündlichen Durchsatz von 200 Kilogramm Müll mit 30 bis 40 Prozent Feuchte und einem Heizwert von etwa 8500 Kilojoule pro Kilogramm ausgelegt. Konzeption und Aufbau der Anlage haben rund drei Jahre gedauert und 3 Millionen Mark gekostet.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Schutz für Wildbienen

Krefeld (Inw) – Die Insektenlandschaft um den Igelberg im Norden Krefelds (Niederrhein) soll unter Naturschutz gestellt werden, wie der Umweltausschuss der Stadt Krefeld jetzt bekanntgab. Denn in diesem 50 Hektar großen Gebiet, einem der letzten Refugien für Haut-

auswertet, ist jetzt einer französischen Firma gelungen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden auf einem Bildschirm in Form einer Farbkarte der Aktivitäten im Gehirn ausgegeben. Dies ermöglicht den Medizinern, Funktionsstörungen des Gehirns genau zu lokalisieren und damit auf ihre Ursache zu schließen. Das Gerät wird die herkömmlichen Elektro-Encephalographen ablösen.



flüger in der Bundesrepublik, gibt es noch Grabwespen, Wildbienen und Wegwespen, die auf der „Roten Liste“ der vom Aussterben bedrohten Tierarten stehen.

Gesundheits-Statistik

Dortmund (Idr) – Die Gesundheits-Statistik der Bundesrepublik schneidet im Vergleich mit anderen Ländern, insbesondere den USA, Großbritannien und Skandinavien schlecht ab. Nach einer Veröffentlichung von Elisabeth Schach, Leiterin des Bereichs Anwendungssysteme am Rechenzentrum der Universität Dortmund, liegen den Sozial-, Kranken- und Rentenversicherungen hierzulande zwar genügend medizinische Daten vor; diese werden jedoch nicht dazu genutzt, um daraus Gesundheits-Informationen abzuleiten.

Hirnstrom-Karten

Bonn (DW) – Die Entwicklung eines neuartigen Systems, das Hirnströme ableitet und diese gleichzeitig mit Hilfe eines Mikroprozessors

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Kühle Kinderstube“ – Astronomen beobachten erstmals einen „embryonalen“ Stern. Von Rainer Kayser

Wie Gips aus der Entschwefelung zu einem Holz-Werkstoff verarbeitet werden kann. Von Dieter Thierbach.

Nach welchen Kriterien sich Vogelweihen ihre Partner aussuchen, beschreibt Matthias Glaubrecht.

sachen. Wie die Universität weiter mitteilte, habe sich bei Versuchen mit Ratten gezeigt, daß Honig in stärkerem Maße als Zucker Karies verursache. Die Mediziner empfehlen deshalb, nach dem Verzehr von Honig die Zähne zu putzen.



Die Vollerde für das Birkwild inmitten des neuentstandenen Schutzgebietes. FOTO: E. REVERMANN

Alte Bekannte im jungen Torfmoor

Niedersachsen hat jetzt ein vorbildliches Aufzuchtprogramm für Birkwild begonnen

Von MICHAEL JÄCH

In Wirt- und Wohnstuben oder vogelkundlichen Sammlungen Niedersachsens kann man sie – ausgestopft – häufig finden. Aus der freien Wildbahn dagegen sind sie fast verschwunden: Vom Birkwild registrierte die staatliche Vogelschutzbehörde Niedersachsens in diesem Jahr nur noch 135 Exemplare, wo sich zwei Jahrzehnte zuvor noch nahezu 8000 dieser Bodenvögel aus der Familie der Fasanenartigen tummelten.

Seither haben Torfabbau und Agrarkultivierung der ausgedehnten Moorflächen in Norddeutschland die Tiere ihrer Lebensräume beraubt – nicht anders als in den weniger bekannten deutschen Birkwild-Gebieten der holsteinischen Eidermündung (derzeit vielleicht 70 Vögel; 1970 noch 500), der Hochröhren (60) und Oberschwabens (25). Bis vor etwa dreißig Jahren umfaßte die niedersächsische Birkwild-Heimat 33 000 Hektar weite Moore. Unter Naturschutz halbwegs erhalten sind davon heute lediglich noch acht Prozent; von diesen 32 000 Hektar wiederum nur 8000 in unberührtem Zustand.

Angesichts dieser Entwicklung hatten zu dieser Zeit die Jägerverbände die Jagd auf die sterbende Art eingestellt. Diese passive Schutzmaßnahme jedoch vermochte den Arten- und Lebensraumverlust nicht zu stoppen, solange die Lebensräume der scheuen Wildhühner stetig weiter eingeengt wurden. Selbst gezielte Ergänzungen der Bestandsreste durch Auswilderungen von Zuchtvögeln änderte nichts.

Die Lebensräume sollen wiederhergestellt werden

Eine letzte große Hoffnung auf Rettung dieser Tiere setzen Niedersachsens Naturschützer nun auf das 1981 angelaufene Moorschutzprogramm der Landesregierung. Dessen Ziel ist es, 70 000 Hektar Feuchtwiesen zu schützen und zu renaturieren. Dies ist jedoch nur mit erheblichen Kosten zu erreichen, da Eigentums- und Nutzungsrechte zu beachten sind.

Unterdessen hat, abgestimmt auf das Moorschutzprogramm und dessen finanzielles Förderangebot, die

Landesjägerschaft Niedersachsen im „nassen Dreieck“ zwischen den Unterläufen von Weser und Elbe ein Art-erhaltungsprojekt in Angriff genommen, das von Vogelschutz-Fachleuten als beispielhaft eingeschätzt wird: Auswilderung junger Tiere aus der Gehegeaufzucht bei gleichzeitig gezielter Wiederherstellung birkwildgerechter Moorbiotope.

Mit Millionenaufwand wird auf einem Geestrücken nahe Bederkesa im Landkreis Cuxhaven eine zusammenhängende Abzuchtfläche von der Zeit 1000, bis 1996 2000 Hektar Umfang zu Naturmoor zurückverwandelt. Zugleich sollen jährlich 30 bis 40 junge Birkhühner und -hähne in das Gebiet ausgesetzt werden, um nach und nach einen stabilen Dauerbestand zu schaffen.

Der wichtigste Schritt zur Biotopgestaltung ist es, die abgetorften früheren Moorflächen wieder naßzulegen, sofern eine Torf-Grundschicht noch erhalten ist. Oberflächenwasser wird gestaut, damit die seit der Trockenlegung des Altmoores gewachsenen Birken und anderes Gehölz im Wasser stehen, somit absterben und beseitigt werden können. Rund um die stehenden Tümpel setzt die Moorbildung wieder ein; Torfmoose siedeln sich an, gefolgt von Besen- und Glockenheide, Moorgräsem, Gabelschraube, Sonnentau und anderer Feuchtwiesenflora – der Nahrungsgrundlage des Birkwildes. Nicht zu vergessen verschwundene Wasserinsekten, Amphibien und Kriechtiere. In einer Pufferzone zum umliegenden Kulturland werden dichte Gehölzstreifen und extensiv genutzte Wiesenflächen im Wechsel so angelegt, daß die Birkvögel die benötigte Deckung und Äsung finden.

Bevor die Tiere im Revier ausgesetzt werden, verbringen sie mehrere Wochen in einer großen Auswilderungsvollere inmitten des jungen Moores. Sie bietet, noch geschützt hinter Maschendraht und Tarnnetzen, die Möglichkeit zur Verhaltensanpassung an die natürlichen Lebensbedingungen, von der Nahrungssuche bis zur Flucht ins Dickicht. In einem benachbarten Baumhaus überwacht ein Biologe jeden Tag die gefiederten Schützlinge, führt Tagebuch über ihre Bewegungen und ihr Ver-

halten. Die Reaktion auf Drogenjäger-Überfälle wird ebenso verzeichnet wie auf Fuchs, Marder und Habicht.

Mit Ehrgeiz verfolgt die Landesjägerschaft noch weiter greifende Pläne. Durch Landkauf und -pacht soll im Elbe-Weser-Dreieck ein Netzwerk ähnlicher Schutzbiotope entstehen: Südwärts bis in den Raum Rotenburg/Wümme reichend, könnte es den Wildhühnern in ferneren Jahren „Trittschneise“ auch für den weiträumigen Revierwechsel bieten.

Aufgezogene Tiere werden im Freiland ausgesetzt

Aufgezogen werden die Birkvögel im Institut für Wildtierforschung, das die Tierärztliche Hochschule Hannover in Ahnsen/Südosttheide betreibt. Zu gleichen Teilen von der Landesregierung und von Wirtschaftsmäzenaten finanziert, versucht die Aufzuchtstation zugleich die Birkwild-Restbestände im Gifhorner Moor und in der Diapholzer Moorniederung zu festigen. Doch selbst unter den Bestbedingungen des Bederkesaer Projekts fordert die Natur hohen Tribut: Nicht einmal die Hälfte der ausgelassenen Jungvögel überlebt den ersten Winter.

Gegen das zweifelhafte erhöhte Überlebensrisiko von Zuchtvögeln versuchen die holsteinischen Jäger mit ihrem Schutzprojekt in den Eidermoores eine eigene Methode: Seit zwei Jahren setzen sie Jungvögel aus Schweden aus, die aus Wildgelegen entnommenen Eltern geschlüpft sind.

Die große Frage ist, ob bei solchen Tieren vererbte überlebenswichtige Verhaltensmuster, die den ausgewilderten Vögeln nach generationsanlanger Gehegehaltung erst wieder „in Erinnerung gebracht“ werden, noch unbeeinträchtigt sind. Im letzten Frühling, nur ein Jahr nach dem ersten „Zugzug“ von zwölf schwedischen Paaren, zeigten sich an der Eider immerhin sieben Birkhuhn-„Gesperre“ – Hemmen mit Nachwuchs zu zwei bis acht Küken. Welcher Ansatz sich längerfristig besser bewährt, soll ein Vergleich der Beobachtungsergebnisse erweisen.

Warmer Herbst mit viel Sonne

Von MARTIN BOECKH

Bevor am 21. Dezember die Sonne ihren tiefsten Punkt am Horizont erreichen wird und damit den Beginn des Winters ankündigt, zieht man in den Wetterkolumnen Bilanz für den vergangenen Herbst. Ihr Ergebnis: Er begann mit einem zu kalten September, beschränkte uns einen zu nassen Oktober und versöhnte mit einem zu warmen, sonnigen und trockenen November.

Mit deutlichen Abweichungen von den langjährigen Mittelwerten orientierte sich der Herbst ganz offensichtlich am diesjährigen Sommer. Die Temperaturen lagen um 0,2 Grad zu hoch, die Sonne erfreute die Bundesbürger mit durchschnittlich 110 Prozent Sonnenschein, und die Niederschläge lagen wie im Sommer knapp unter dem Mittelwert. Die Palette der gemessenen Temperaturen reichte von plus 28,8 Grad in Freiburg Mitte September bis zu minus 15,4 Grad Ende November auf der Zugspitze.

Im Oktober ging nach vierwöchiger Dauer eine der längsten Trockenperioden, die je im Herbst verzeichnet wurde, zu Ende. So wurde beispielsweise an einem einzigen Tag in Freudenstadt mit 101 Millimeter Niederschlagshöhe das Herbstmaximum gemessen. Insgesamt war die Niederschlagsverteilung im November uneinheitlich. Da Hamburg öfter von Kaltfronten gestreift wurde als das übrige Bundesgebiet, wurde nur hier das monatliche Soll von 65 Millimeter Regenhöhe erfüllt. Ansonsten herrschte überall Regenmangel, der in Berlin und Stuttgart mit nur 37 Prozent recht deutlich ausfiel.

Doch was trug der Monat November zu der Herbstbilanz bei? In alten Bauernkalendern wird statt dem Begriff „November“ noch der Ausdruck „Nebebing“ verwendet. Doch dieser November machte seinem alten Namen keine Ehre. In den sechs meteorologischen Stationen Hamburg, Berlin, Essen, Mannheim, Stuttgart und München wurde so wenig Nebel registriert wie schon seit Jahren nicht mehr. Statt dessen schien die Sonne im Bundesgebiet durchschnittlich 91 Stunden, was 170 Prozent des langjährigen Mittelwertes bedeutet (in München lag dieser Wert sogar bei 200 Prozent).

Grund für diese Schönwetterperiode war eine Hochdruckwetterlage, die sich entweder als Hochdruckbrücke von Spanien bis nach Rußland spannte, oder als sogenannte Höhenrücken von Afrika bis Mitteleuropa reichte, oder auch nur als Zwischenhoch nach dem Durchzug eines Schlechtwettergebietes für rasche Aufhellung sorgte – immer war der hohe Luftdruck so einflußreich, daß sich die für November typischen Nordströmungen nicht ausbilden konnten.

Dabei begann der Monat ganz so, als wolle er dem Winter ebenbürtig den Weg bereiten. Eine Kaltfront bedeckte die europäischen Mittelgebirge mit der ersten dünnen Schneefalldecke. Die eingeflossene polare Kaltluft sorgte mit 44 Millimeter Niederschlag auf dem Feldberg (Schwarzwald) für die höchste gemessene Tagesmenge im November. Ein Gebiet tiefen Luftdrucks reichte in großer Höhe wie ein Trog von Skandinavien bis nach Italien und sorgte im gesamten Mittelmeergebiet zwischen Spanien und

Israel für heftige Regenfälle. Doch mit der Verlagerung des „Trogges“ nach Osten war auch schon der ganze Novemberspuk vorbei.

Ein nachfolgender Hochkeil schob sich in das frühwinterliche Geschehen und blockierte fortan erfolgreich die Versuche isländischer Tiefenläufer, in Deutschland nasses kaltes Novemberwetter zu verbreiten. Da diese Schlechtwetterfronten über dem Festland rasch ihre Wetterwirksamkeit verloren, drang aus Südwesten warme Luft nach Mitteleuropa vor und ließ in Freiburg die Temperaturen sogar auf 21,5 Grad steigen.

Die Niederschläge nahmen nur noch einmal in der 3. Novemberwoche zu. Auf der Zugspitze sank die Temperatursäule unter minus 15 Grad, und die Schneedecke stieg auf 0,85 Meter. Am Boden sorgte eine kräftige nächtliche Ausstrahlung für eine weitere Abkühlung. Die Folgen schlugen sich besonders in der Unfallstatistik nieder. Dichter Nebel im Tal und in Flußniederungen mit kräftigem Bodenfrost überforderten so manchen Autofahrer. Die Inversionswetterlage (Temperaturumkehrung mit kalter Luft unten und warmer Luft oben) verursachte im Gebirge bei klarer Fernsicht und extrem trockener Luft Temperaturen von knapp 10 Grad, während in den Tallagen die ersten Eistage mit Dauerfrost gemessen wurden.

Dieser Kältevorstoß zum Monatsende konnte die überwiegend freundliche Monatsbilanz aber nicht mehr trüben. Wenn man den Prognosen glauben darf, dann wird der Dezember den fehlenden Novemberregen möglicherweise mit Schnee ausgleichen.

Handwerkskredite in der Bundesrepublik:

€ = 40,3 Mrd. DM

In der Wahl ihrer Geldadresse wissen mittelständische Unternehmen, was sie wollen.

Die Sparkassenorganisation ist der bedeutendste Kreditgeber der mittelständischen Wirtschaft. Sie hat 97 Milliarden DM Mittelstandskredite an Unternehmen und freiberuflich Tätige bereitgestellt. Allein das Handwerk hat mehr als die Hälfte seiner Kredite bei den Sparkassen und Landesbanken aufgenommen.

In jeder Sparkasse finden unsere mittelständischen Kunden einen sachverständigen,

erfahrenen Beraterstab. Und zwar dort, wo mittelständische Unternehmen zu Hause sind. Unser Finanzierungs-Beratungs-Service, ein spezieller Branchendienst mit Analysen und Prognosen einzelner Wirtschaftsbereiche, und die Bilanzanalyse bilden die Basis, um Finanzierungsfragen sachgerecht zu lösen. Das gilt für den Dienstleistungsbereich ebenso wie für Gewerbebetriebe und Selbständige. Zwischen Flensburg und Oberstdorf.

Die Sparkassen

FUSSBALL / Entlassungen bei Schalke 04 und Eintracht Frankfurt

Assauer weg, Präsident drohte mit Rücktritt. Weise verlor Kraftprobe

BERND WEBER/DW, Bonn
Fußball-Bundesliga ein Spieltag vor der Winterpause: Ein Manager wird entlassen, weil das Vereins-Präsidium zum Trainer hält, der mit dem Manager nicht mehr zusammenarbeiten kann – so ist es bei Schalke 04. Ein Trainer wird entlassen, weil er den künftigen Manager als Spieler beurteilt, ohne Wissen und gegen den Willen des Präsidiums – so ist es bei Eintracht Frankfurt. Gestern wurde zwei schillernden Persönlichkeiten der höchsten deutschen Spielklasse der Stuhl vor die Tür gesetzt: Manager Rudi Assauer (38) und Trainer Dietrich Weise (52).

Assauers Schicksal war in der Nacht zum Mittwoch besiegelt. Nach einer fast siebenstündigen Sitzung des Vereins-Vorstands verkündete Präsident Hans-Joachim Fenne um 0.59 Uhr, Rudi Assauer sei mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben entbunden.

Beim Abschied Tränen in den Augen

Gestern morgen dann trat Assauer mit Tränen in den Augen vor die Schalke Mannschaft, um sich nach sechsjähriger Tätigkeit von ihr zu verabschieden. Den tiefbetroffenen Spielern sagte er in stockenden Sätzen, daß er schweren Herzens gehe und daß er von seiner Entlassung total überrascht sei. „Damit“, so Assauer, „habe ich überhaupt nicht gerechnet.“ Kurz darauf rief Trainer Rolf Schalkal die Profis auf dem Platz zusammen und forderte sie dringend dazu auf, sich ungeachtet aller Turbulenzen in der Vorstandsetage ausschließlich auf ihre Arbeit zu konzentrieren. Der Trainer: „Es geht hier nicht um Personen, sondern nur um die Sache. Wir müssen jetzt Ruhe bewahren.“

Doch diese Ruhe war nur knapp eine Stunde nach Wiederkehr. Denn das tagliche Vorstand und Verwaltungsrat erneut. Zeitweise war nicht auszuschließen, daß am Ende dieser Zusammenkunft (sie dauerte bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch an) der Rücktritt des dreiköpfigen Vorstandes stehen könnte.

Beim Schalke Kreisel um die Macht im Verein zeigen sich Vorstand und Verwaltungsrat nämlich total zerstritten. Präsident Fenne, sein Stellvertreter Herbert Schmitz und Schatzmeister Ingo Westen hatten einstimmig die Entlassung von Assauer beschlossen. Mit der Begründung, daß sein Verhältnis zu Trainer

Schaffall irreparabel sei. Der neunköpfige Verwaltungsrat hingegen hatte mehrheitlich die Entlassung des Trainers empfohlen und darauf bestanden, dies auch in die offizielle Erklärung des Vereins aufzunehmen. Fenne tat es widerwillig.

In der nächtlichen Marathonsitzung hatte der Präsident eindeutig zum Ausdruck gebracht, wenn er für den Hauptschuldigen an der Schalke Krise halte: Assauer. Und als der Verwaltungsrat diese Ansicht überhaupt nicht mittragen wollte, als die Herren mit aller Macht darauf bestanden, ihre Vorstellungen durchzusetzen – da trat Fenne zurück und hinterließ tiefe Betroffenheit. In einer Sitzungspause konnte er wieder umgestimmt werden, der Verwaltungsrat gab nach.

Manager Rudi Assauer saß derweil draußen vor der Tür und wartete äußerlich gelassen, aber innerlich voller Hochspannung, auf das Ergebnis der Sitzung. Kurz vor 22 Uhr am Dienstagabend gab sich Assauer sogar äußerst forsch und meinte: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß ich entlassen werde.“ Und lächelnd fügte er hinzu: „Ich glaube aber, daß einigen Herren die Brötchen, die hier verteilt werden, spitzer nicht mehr schmecken werden.“

Die Brötchen hatte das Schalke-Faktum, der frühere Mannschaftsbetreuer Charlie Neumann, herangebracht. Und der bemühte sich krampfhaft, die spannungsgeladene Atmosphäre mit fröhlichen Sprüchen zu entkräften. „Kinder“, rief er durch die Räume, „vertragt euch wieder. Es geht auf Weihnachten zu.“

Tatsächlich bleibt die Lage in Schalke auch nach der formell beschlossenen Assauer-Entlassung als Nachfolger ist Ex-Nationalspieler Rolf Rüssmann im Gespräch verworren und spannungsgeladen. Der Vorstand hält diesen Schritt für die einzige Möglichkeit, brauchbare Zukunftspläne zu erarbeiten. Und er liegt mit dieser Meinung eindeutig im Trend der meisten Schalke-Mitglieder.

Der Verwaltungsrat ist nicht nur in der Sache anderer Auffassung, er hat auch formale Bedenken geäußert. Er beruft sich auf einen Passus in der Vereinsatzung, der besagt, daß alle Ausgaben, die über 400 000 Mark liegen, vom Verwaltungsrat absegnen werden müssen. Die Kosten für den Manager, der einen Vertrag bis Juni 1988, ein Monatsentgelt von 25 000 Mark habe und nun abgefunden werden müsse, überschreiten diese Summe. Fenne und seine Vorstands-kollegen sind jedoch der Ansicht, satzungsgemäß zu handeln, weil die Gel-

der bereits vorher im Etat genehmigt wurden, und zwar mit Zustimmung des Verwaltungsrates.

Für Assauer blieb aber nur eines: „Ich werde in Ruhe und mit Bedacht mein Büro räumen, werde mich auch in den nächsten Tagen noch um einige Dinge im Verein kümmern. Und dann werde ich sehr, sehr lange Urlaub machen. In zwölf Jahren in diesem Geschäft bin ich erst zweimal dazu gekommen. Andere Pläne habe ich noch nicht. Lassen wir das locker angehen.“

Präsident redet vom „lodernden Pulverfaß“

In Frankfurt ging es etwas ruhiger und kürzer zu. Dietrich Weise ist der dritte Trainer nach Fritz Fuchs (Homburg) und Georg Keßler (Köln), der in der laufenden Saison beurlaubt wurde. Frankfurts Vereinspräsident Klaus Gramlich sagte nach einer einstündigen Präsidiumssitzung: „Wir sehen keine Grundlage mehr für eine gedeihliche Zusammenarbeit.“ Hinter diesen Worten steckt eine Entwicklung, die sich innerhalb eines Monats zuspitzte. Weise, seit dem 31. Oktober 1983 bei Frankfurt im Amt und mit der alleinigen Verantwortung für den Spielbetrieb ausgestattet, hatte am letzten Wochenende seinen Spieler Wolfgang Kraus (33) gesagt, daß er ihn in der Mannschaft für die Rückrunde nicht mehr benötige. Von dieser Entscheidung fühlte sich das Präsidium ebenso duppiert wie der Trainer runde vier Wochen zuvor, als er von einer Maßnahme der Vereinsführung erst aus der Zeitung erfuhr. Damals war eben diesem Wolfgang Kraus der Posten des Managers ab der nächsten Saison angetragen worden. Weise sprach am 7. Dezember in einem Gespräch mit der WELT von „schlechtem Stil“ und von „einer großen persönlichen Enttäuschung“.

Seitdem, so Gramlich in bildlicher und sprachlicher Übertreibung, habe der Verein einen „lodernden Pulverfaß“ gezeugt, „das jeden Tag hätte explodieren können“. Weise, vom Präsidium gestern noch nicht einmal mehr angehört, war noch vor kurzer Zeit als „Glücksfall“ gefeiert worden. Bis zum Saisonende wird Assistent-Trainer Timo Zahnleiter die Mannschaft betreuen. Am 8. Dezember will Frankfurt mit Karl-Heinz Feldkamp verhandeln, der Bayer Udingen verläßt, nach Informationen der WELT (Ausgabe vom 24. November) aber bereits mit dem 1. FC Köln einig ist.

Gequältes Lächeln für die Millionen

In 2. Bevor es losging, war zuerst einmal Zahlgeld. Die Gelder für die in diesem Jahr gewonnenen Punkte wurden aus dem sogenannten Bonus-Pool ausgezahlt. Da saßen die jungen Herren-Millionäre Schuler an Schulter auf der Bühne des Ballsaales im New Yorker Omnipark-Hotel. In Jeans und Blazer. Mit Schlipf oder offenem Kragen. Gekämmt oder unrasiert. Und der Mann am Mikrofon verlas die Namen und die Summen, als würden hier teure Rennpferde versteigert: Ivan Lendl 1,6 Millionen Mark, Boris Becker 1,1 Millionen Mark, Stefan Edberg 800 000 Mark, Joakim Nyström 500 000 Mark.

Der dickste Fisch schaute dabei so traurig in die Saal-Hinab, als wisse er nicht, wovon er sein Mittagessen bezahlen sollte. Ivan Lendl pflegte wieder sein Griesgram-Image mit Hingabe. Deshalb mögen ihn die Amerikaner nicht. Er schleppt stets das meiste Geld weg, aber er bringt es nicht fertig, sich ein Lächeln abzuholen.

Lendl gehört offenbar zu den Typen, die sich ärgern über die 20 Millionen Mark, die sie mit dem Raketen einbringen, weil sie Steuer dafür bezahlen müssen. Tatsächlich hat Lendl nun den sagenhaften Björn Borg überholt, was die auf dem Centre Court verdienten Dollar anlangt. Lendl hat im Laufe seiner Karriere 10 082 129 Millionen Dollar verdient. Und die Prämien vom Masters-Turnier, das gestern begann, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Wenn freilich Boris Becker recht behält, geht's von nun ab bergab mit Lendl. „Wir sind alle stärker geworden, wir sind ihm alle näher gekommen“, sagt er, „Ivan hat gegen McEnroe, gegen Edberg und gegen mich verloren.“ Becker lehnt es ab, einen Zeitpunkt zu nennen, zu dem Lendl von der Spitze der Rangliste geschossen sein wird. „Da würde ich mich ja selber nur unter Druck setzen.“ Aber an diesem vergnügten Dienstag in New York, gut 24 Stunden vor dem ersten Ballwechsel, hat

Boris dem Lendl das letzte Stündlein als Nummer eins angekündigt.

„Er hat seine Grenze erreicht, er ist auf dem Gipfel, er kann nicht mehr besser werden“, sagt Boris, „aber ich steigere mich von Tag zu Tag. Und ich bin erst 19, aber er ist schon 26. Wir liegen jetzt ganz dicht beieinander. Ich könnte heute jedenfalls nicht sagen, wer der Bessere von uns beiden ist.“ Geschickt wendet Boris die üblichen Tricks an: Dem Gegner Angst machen, ohne selbst Unsicherheit zu zeigen. „Ich weiß nicht, ob wir jetzt schon eine Wachablösung haben werden“, sagt er, „aber ein Meilenstein ist dieses Masters bestimmt.“

Becker strahlt unverschrämtes Selbstbewusstsein aus. „In den vergangenen zwei Monaten habe ich das beste Tennis meines Lebens gespielt“, sagt er, „ich bin zufrieden. Auf dem Platz und außerhalb habe ich die geringsten Probleme. Ich fühle mich sehr wohl. Ich bin sehr glücklich.“ Wieso, das muß er nicht erläutern, das ist am veränder-

ten Auftreten des Trios Triaer/Becker/Bosch abzulesen. Die drei erscheinen nicht mehr gleichzeitig und nicht mehr im Gleichschritt.

Zuerst taucht Triaer auf, schnüffelt, schnuppert, prüft das Terrain. Dann erscheint Boris mit Freundin Bennie. Er ist fröhlich, lausbüschel, stolz. Sie gibt sich, wie sie aussieht, blond, brav, unscheinbar. Schließlich kommt Bosch daher. Er schaut suchend um sich, wirkt unsicher, verloren fast. Bis vor kurzem war Triaer der Boss, Boris der kleine Junge, und Bosch war Vater, Mutter, Trainer in einer Person, zuständig für Strenge und Streicheleinheiten.

Das ist vorbei, seitdem Boris nicht mehr alleine mit seinen Träumen zu Bett gehen muß. Er fühlt und genießt diese Freiheit. Und er begreift sie richtig. „Ich habe mehr Verantwortung“, sagt er, „früher habe ich Bosch meine Fehler vorgeworfen. Wenn ich heute verliere, weiß ich: das ist mein eigener Fehler. Und wenn ich gewinne, ist das mein Sieg.“ ULFERT SCHRODER

SPORT-NACHRICHTEN

Ski-Rennen abgesagt

Arosa (dpa) – Wegen Schneemangels wurden in Arosa zwei Ski-Weltcup-Abfahrten und ein Slalom der Frauen abgesagt. Die Rennen sollten vom 12. bis 14. Dezember stattfinden. Ein Ersatzrennen wird gesucht.

Wasmeier in guter Form

Val d'Isère (sid) – Die Schweizer Franz Heinzer und Pirmin Zurbriggen dominierten beim Training zum ersten Ski-Weltcup-Abfahrt morgen in Val d'Isère. Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier aus Schriessee erreichte die fünfschnellste Zeit.

Anklage wegen Totschlags

Rom (sid) – Die italienische Staatsanwaltschaft hat in Rom gegen 26 britische Fußball-Rowdies, die am 28. Mai 1985 an den Vorfällen vor dem Europacup-Finale zwischen Turin und Liverpool in Brüssel beteiligt waren, Anklage wegen Totschlags erhoben. Damals waren 39 Fans, zumeist italienische, ums Leben gekommen.

Matthäus dementierte

München (sid) – Lothar Matthäus, 25-jähriger Fußball-Profi beim Bundesligaklub Bayer München, hat Meldungen italienischer Zeitungen dementiert, nach denen er am Sonntag in Mailand einen Vorverbot beim italienischen Erstligaklub Inter Mailand unterschrieben habe. Dies teilte Münchens Manager Uli Hoeneß mit.

Schalker Haie geben auf

Gelsenkirchen (sid) – Eishockey-Zweitligaklub Schalker Haie hat 32 Monate nach seiner Gründung den Spielbetrieb eingestellt. Zuletzt hatte der Verein, der 300 000 Mark Schulden haben soll, gegen Preußen Berlin mit 4:22 verloren.

Pole hat um Asyl

Providence (AP) – Der 28-jährige Waldemar Sender, Mitglied der polnischen Basketball-Nationalmannschaft, hat nach Angaben der amerikanischen Einwanderungsbehörde in den USA um Asyl gebeten. Sein Team sei vorige Woche ohne ihn von ihrem Gastspiel zurückgekehrt.

ZAHLEN

TENNIS
Internationale Meisterschaften von Argentinien der Damen 1. Runde: Golarza (Mexiko) – Cuseto (Bundesrepublik Deutschland) 2:6, 6:3, 6:3; Gartner (Bundesrepublik Deutschland) – Fednerova (CSSR) 2:6, 6:2, 6:3; Hack (Bundesrepublik Deutschland) – Toezzi (Argentinien) 6:2, 6:1. – Schaukampf in Tucson/Arizona: Navratilova – Evert-Lloyd (beide USA) 6:3, 3:6, 6:4.

BASKEBALL

Bundesliga, Frauen: Oberhausen – Düsseldorf 45:79.



Robert Walser (1878-1956)
FOTO: PHOTOPRESS

Ummachtung dieses Ingenieurs der Literatur zugefügt hat, wird in den Äußerungen heutiger Schriftsteller deutlich: Martin Walser (nicht verwandt mit seinem Namensvetter) rechnet den „Jakob von Gunten“ zu den größten Prosawerkern deutscher Sprache; Peter Bichsel („der private Schriftsteller, den ich kenne“) und Urs Widmer nennen ihn „einen Verwandten, einen Onkel“.

HORST STEIN

STUDIO

Sie heißen „Seifenopern“, die seichten TV-Unterhaltungsreihen, die täglich über die US-Bildschirme flimmern. Sie sind beliebt wie Pop-Corn, doch kaum jemand gibt gern zu, daß er ihnen mit Haut und Haar verfallen ist. Dies fand jetzt eine Professorin der University of Massachusetts bei einer Umfrage heraus. „Wir sind zwar eine Fernsehgesellschaft“, so die Professorin Alison Alexander, „aber fernseh-süchtig oder gar Soap-Opera-Fan zu sein gilt als Schande.“

Die Seifenopern haben täglich 30 Millionen Zuschauer in den USA, und so erstaunt es wenig, daß von 100 Befragten jeweils 70, wenn auch meist zögernd, zugaben, daß sie sie gern sehen. Doch 90 Prozent der Klamauf-Fans gestanden, daß sie wegen ihrer Vorliebe für Seifenopern schon oft verspottet wurden. Deshalb, so Professor Alexander, verheimlichen viele ihre Sucht sogar vor Freunden und Familienangehörigen. (SAD)

WILFRIED AHRENS

Vom armen Leben und Sterben des Schriftstellers Robert Walser

Stationen einer unruhigen Existenz

Schmal und hager das seltsam verspannte Gesicht mit den hohen Wangenknochen, steil vorspringend unter der Krampe des Homburg die Nase mit dem Chaplin-Bärtchen, so blickt Robert Walser am Betrachter vorbei in eine unendliche Ferne. So alljährlich, mit einer Fotografie, und doch so sanft und melancholisch beginnt Peter Hamms Zwei-Stunden-Film über das erbärmliche Leben und jammervolle Erlöschen, über das Genie eines Schriftstellers, dessen Natur den Banalitäten des Alltags nicht gewachsen war. „Ich stehe noch immer vor der Tür des Lebens“, schreibt er, und wäre doch so gern „ein braver Kerl von rechem Schrot und Korn“ gewesen.

Sechs Jahre nach seinem vielbeachteten Streifen über die Dichterin Ingeborg Bachmann hat Hamms, Lyriker und Journalist, wieder einen Klassiker der Moderne porträtiert: Robert Walser (1878 bis 1956) aus dem schweizerischen Biel, der wie Proust und Joyce, Döblin, Kafka und Bekkett zu einem der Väter des moder-

nen Romans hätte werden können, ja müssen. Sein „Jakob von Gunten“ aus dem Jahre 1909 enthält bereits dieses Ringen um eine neue Form. Ein bitterer Familienerbe beschied Robert Walser statt dessen ein Ende im Irrenhaus von Herisau. Vor 30 Jahren, am ersten Weihnachtsfesttag 1956, fanden ihn Spaziergänger tot auf einem Hügel liegen. Er war 78 Jahre alt geworden und hatte die letzten 23 Jahre seines Lebens in der

Ich stehe noch immer vor der Tür des Lebens – West 3, 22.15 Uhr

Anstalt zugebracht – der Ummachtung, wie Hölderlin, der Bruder im Geiste, immer noch seine Dichtung abringend.

Peter Hamms Film ist mehr als nur die Nachzeichnung eines Literaturlebens, es ist auch ein Film über Literatur geworden. Zu den alten Postkarten und Fotografien und den Wochenschau-Schnipseln, mit denen er sorgsam die Stationen einer unruhigen

Existenz nachzeichnet, die den Autor zwischen Biel und Berlin, Bern und Solothurn umhertreibt, meist in unsäglichen Brotparaden, mal Hausdiener, mal Salonföhrer, mal Bankassistent, montiert Peter Hamms lange Kamerafahrten, zeigt Walser heimliche Landschaften und immer wieder der Schnee. Denn klärsichtig hatte der verwirrte Geist seinen letzten Tag vorhergesehen: „Wer sich einschneidet ließe und im Schnee begraben läge und verendete...“

So entsteht im vorzüglichsten gedehnten Zeitmaß ruhiger Bilder, mit Walser-Texten unterlegt, eine Art filmischer Chiffre dieses ewigen Unruhigen. Vielleicht ging Hamms dabei bis an die Grenzen dessen, was im Fernsehen formal möglich ist, ohne ein Literatur-Kolleg zu veranstalten. Aber er hat sie, obwohl das in einem Dritten Programm schon mal erlaubt wäre, nicht überschritten. Er hält die Anteilnahme des Betrachters an dieser Biographie einer geprüften Kreatur bis zuletzt gefangen.

Wie groß der Verlust war, den die

SFB-Urteil beschränkt die Machtansprüche der Redakteursausschüsse

Arbeitsgericht rehabilitiert Loewe

In den Führungsetagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden derzeit zwei Urteile des Berliner Arbeitsgerichts (AZ 23 Ca 13 86 und AZ 17 Ca 13 86) mit besonderer Aufmerksamkeit studiert. Die Berliner Richter haben darin die fristlose Kündigung von zwei SFB-Abteilungsleitern im Januar 1986 durch den damaligen Intendanten Lothar Loewe für sachlich begründet erklärt. Vor allem aber: In diesem Zusammenhang hat das Gericht grundsätzlich die weitgehenden Mitsprache- und Mitbestimmungsansprüche der Redakteursausschüsse als „mit der geltenden Rechtslage nicht vereinbar“ zurückgewiesen.

Die Kündigungen waren der letzte Anstoß zur Abberufung Loewes gewesen. Vorausgegangen war eine monatliche Kampagne des mit aktivistischen RFFU-Mitgliedern besetzten Redakteursausschusses und der SEW-Betriebsgruppe. Die Urteilsprüche der Berliner Arbeitsrichter können somit nicht nur einer vollen Rehabilitation Loewes gleich, son-

dern sie sind zudem ein empfindlicher Schlag gegen die beim SFB besonders rührigen Gegner der Intendantenverfassung.

Die Redakteursausschüsse verdanken ihre Existenz der Reformen, die in den Anfangsjahren der sozial-liberalen Koalition. In den Redaktionsstatuten wurde ihnen zwar lediglich das Recht eingeräumt, in bestimmten Fällen vom Intendanten informiert zu werden. Doch dieses Informationsrecht weiteten viele bald zu einem umfassenden Mitspracherecht bei allen Programm-, Finanz- und Personalentscheidungen aus.

In den Worten des Loewe-Vorgängers Franz Barsig: „Die Praxis hat gezeigt, daß Redaktionsstatute mit den obligatorischen Redaktionsausschüssen fast überall zu einem Instrument politischer Aktivisten geworden sind, noch deutlicher, links angesiedelter Aktivisten, die ein einmal erreichtes Mandat dazu benutzen, parteipolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen oder als Protestkörper-schaften tätig zu werden, wenn eine

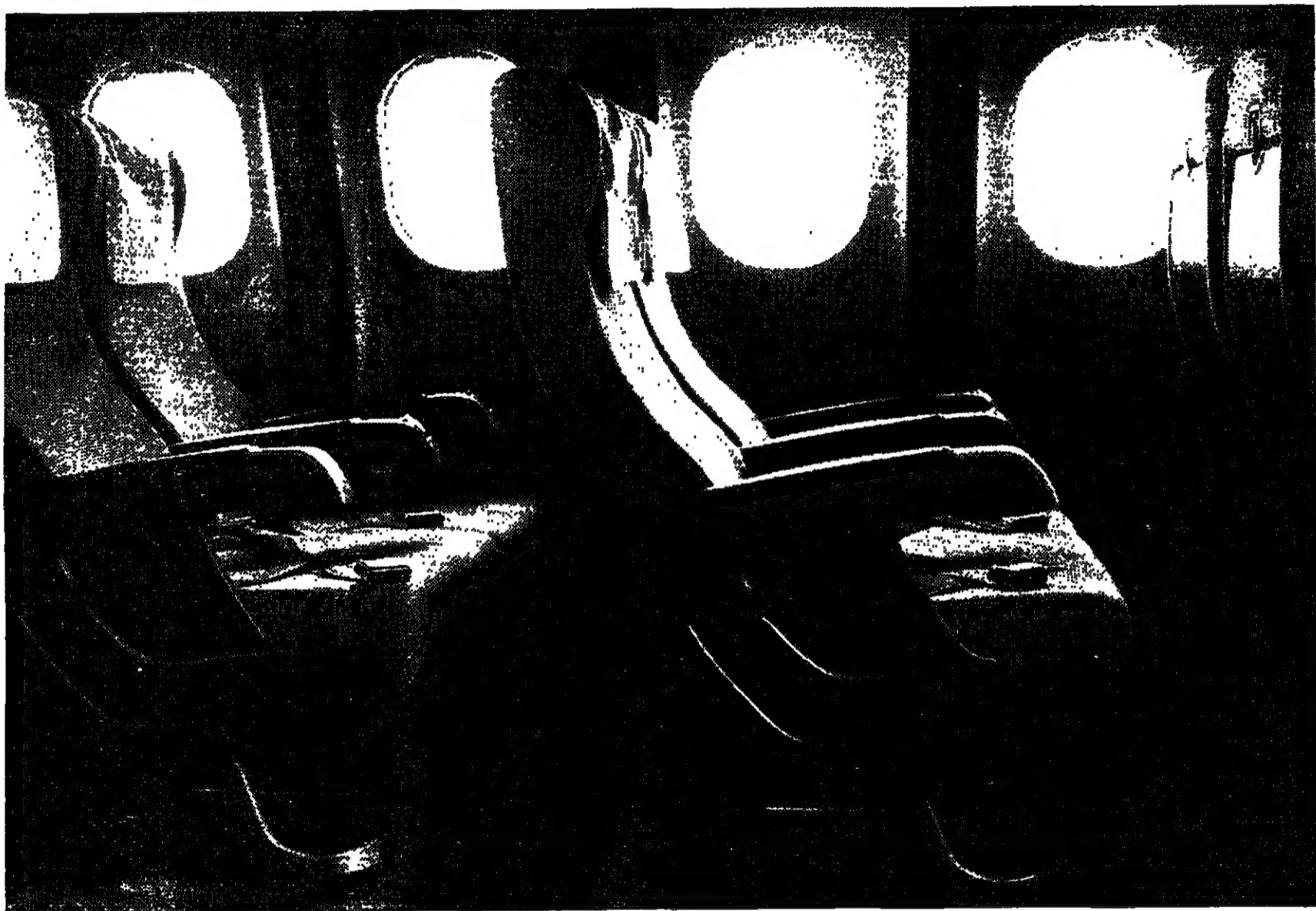
Anstaltsleitung versucht, grobe Einseitigkeiten im Programm abzumildern oder gar zu beseitigen.“ 1983 schlossen sich die Redakteursausschüsse sogar zu einer Arbeitsgemeinschaft, AGRA, zusammen, einem Informations-, Koordinations- und Agitationskartell für „Aktivitäten zum Schutz der Rundfunkfreiheit“.

Die Intendanten, deren gesetzliche Alleinverantwortung für das Programm auf diese Weise immer mehr ausgehöhlt wurde, leisteten mit Rücksicht auf den inneren Frieden in den Anstalten kaum Widerstand.

NDR-Intendant Friedrich Wilhelm Röhner war Anfang der achtziger Jahre eine einsame Ausnahme. 1986 schloß sich Lothar Loewe, der darüber stürzte. Loewe-Nachfolger Günther Herrmann lebt mit dem Redakteursausschuß, der schon einen Intendanten gestürzt hat, im Burgfrieden. Auf die Berliner Urteile hat Herrmann bisher nicht reagiert.

1. ARD	SAT 1
<p>9.45 Info: Arbeit und Beruf 10.00 heute 10.05 Donner über dem indischen Ozean Franz.-ital.-span. Spielfilm (1966)</p> <p>15.50 Tagesschau 16.00 Die Sklaverei (II) 16.25 Die schönsten Stimmen Mammagals Barbara – Besuch von Elke Baur 16.45 Die Kinder von Malsbenden 17.15 Kein Tag wie jeder andere 17.30 Vornicht: Kinder in der Kiste 17.45 Tagesschau 17.55 Regionalprogramme 18.00 Tagesschau 18.15 Unter deutschen Dächern Melko der feinen Schmecker Film von Roman Brodmann Besuch beim deutschen Meisterkoch Dieter Müller in den „Schweizer Stuben“ in Wertheim 21.00 Der 7. Sinn 21.05 Schönbewacher Kabarettensendung von und mit Dieter Müller 21.10 Titel, Thesen, Temperamente Konflikte in Regensburg, Nazikunst in den Museen, Hans Neuenfels' neue Rolle, Impressionen aus Schwetzingen 22.30 Tagesschau 23.00 Der Amerikaner „DDR“-Spielfilm (1982) Nach Hermann Kants Roman Regie: Frank Beyer 0.45 Tagesschau 0.45 Nachgedanken</p>	<p>11.35 Gott und die Welt Christus nur für die Herrenrasse 12.10 Kennzeichen D 12.55 Prosechschau 13.00 heute</p> <p>16.00 heute 16.04 Vom Urknall zum Atomspitz (4) 16.35 Die Welt des Märchens „Das kalte Herz“ (4) nach W. Hauff 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Teufel-Hörspiele Gast: Ina Deter 17.45 Tom und Jerry Anschl.: heute-Schlagzeilen 18.20 S. Y. Arche Noah 19.00 heute 19.30 Komu zu glauben Neue Crazy-Show Mit Dieter Hallervorden, Iris Berben, Rainer Brandt Klaus Lage und seine Band Ich habe eine Familie Die erste von fünf neuen Folgen Mit Peter Weck, Thelma C. Wied 21.00 Gesellschaftsmagazin Praxi 21.05 heute-Journal 22.05 Was steht zur Wahl? Hearing zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Mit Bundesarbeitsminister Norbert Blum (CDU), Anke Fuchs (SPD), Theo Waigel (CSU), Otto Graf Lambsdorff (FDP), Rainer Trampert (Die Grünen) Leitung: Klaus Bresser, Michael Jungblut 23.30 Die Straßen von San Francisco 0.10 heute</p>
WEST	SÜDWEST
<p>17.00 Aktuelle Stunde Bürgertelefon: 0221/23 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Heiden aus der Hölle Amerikanischer Spielfilm (1956) 21.55 Filmstip „Das Katzenauge“ von Lewis Teague 21.45 Zwischen Rache und Verfolgung Fixer aus NRW in Amsterdam 22.15 Ich stehe noch immer vor der Tür des Lebens Film über Robert Walser von Peter Hamms 0.15 Nachrichten 18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Der Mann im Himmel Kinder über Religion 19.00 Musik für uns – Musik für Euch 19.15 Treffpunkt Espe 20.00 Tagesschau 21.15 Der Marschall Amerikanischer Western (1968) 21.45 Alice-Walker-Porträt „Die Farbe Lila“ 23.00 Argamente Diskussion über die Gegenwart der deutschen Vergangenheit Mit Arnulf Baring, Andreas Hillgruber, Chr. Graf Krakow, Wolfgang Seifert, Michael Voslensky 0.15 Nachrichten</p>	<p>19.35 Hobbythek 19.40 Heizenachschau 19.55 Drei aktuell 20.00 Ein himmlischer Schwindel Amerikanischer Spielfilm (1969) 21.30 Drei aktuell 21.45 Kulturkalendar 22.15 In bester Gesellschaft (6) 23.00 Es war 1801 Geburtsjahr des Dichters Nestroy 18.30 Schwarzes Theater 18.32 Med Movies 19.00 Abendschau/Blick ins Land 19.24 Sandströmen 19.30 Die Finanzen des Großherzogs Deutscher Spielfilm (1934) Regie: Gustaf Gründgens 21.00 Aktuelles 21.15 Politik/Perspektiven/Treffpunkt 21.45 Sport unter der Lupe 22.50 Musikladen – Eurotopa</p>
NORD	BAYERN
<p>18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Der Mann im Himmel Kinder über Religion 19.00 Musik für uns – Musik für Euch 19.15 Treffpunkt Espe 20.00 Tagesschau 21.15 Der Marschall Amerikanischer Western (1968) 21.45 Alice-Walker-Porträt „Die Farbe Lila“ 23.00 Argamente Diskussion über die Gegenwart der deutschen Vergangenheit Mit Arnulf Baring, Andreas Hillgruber, Chr. Graf Krakow, Wolfgang Seifert, Michael Voslensky 0.15 Nachrichten</p>	<p>19.00 Der Major und das Mädchen Amerikanischer Spielfilm (1949) Regie: Billy Wilder 20.40 Z. E. N. 20.45 Kirchliche Stationen 21.50 Rundschau 21.45 Glanz und Untergang des alten Mexiko 22.50 Im Gespräch 23.15 Rundschau 23.30 Der vierzarte Juli Franz. Spielfilm (1933) von Jean Renoir</p>
HESSEN	
<p>18.00 Mini-ZIP 18.10 Sport-Zeit Qualifikationsspiele zur Fußball-EM 19.00 heute 19.20 SSAT-Studio 19.30 Derrick 20.30 Rundschau 21.15 Zeit im Bild 2 21.35 Kulturjournal 21.45 Effernacht auf Italienisch Italien.-span. Spielfilm (1969) Mit Marcello Mastroianni, Monica Vitti, Giancarlo Giannini Regie: Ettore Scola 23.30 Nachrichten</p>	<p>18.55 Sternzeit/Regional 7 18.55 Komma mal in die Küche Wir backen ein Knusperhaus 18.55 7 von 7 19.22 Karikatur 19.30 Insider 20.30 Fluvorschau 20.50 Wer bist du, den ich liebe? Deutscher Spielfilm (1949) 22.10 RTL-Spiel 22.15 Die 7-Minuten-Nachrichten 22.25 Poppey: Was gibt's Neues? 22.50 New im Kino 23.10 Wetter/Horoskop/Betttopf 23.25 Wall Street Final</p>

Weil der Geschäfts- mann von heute mit Abstand besser fliegt.



**1. Eine exzellente First Class,
die neue Business Class,
keine Tourist Class.**

und bequemeren Sitzen.

4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu

jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt.

Willkommen an Bord.



Lufthansa

Süssmuth wendet sich gegen die „Schwarzmalerei“

AP, Bonn

Die Bundesregierung hat sich gegen die Darstellung der Opposition gewehrt, die Bundesrepublik sei ein Land mit verbreiteter Armut und sozialer Ungerechtigkeit. In ihrer gestrigen Antwort auf eine Große Anfrage der Sozialdemokraten zum Thema „Armut in der Bundesrepublik Deutschland“ wies Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) auch den Vorwurf zurück, in der Bundesrepublik fehle es an der notwendigen Solidarität mit den Schwachen.

In der Antwort wird darauf verwiesen, daß die Regelsätze für die Sozialhilfe in den vergangenen drei Jahren aufgrund der niedrigen Preissteigerungsrate real deutlich gestiegen seien. Die Gesamtheit der Sozialleistungen sei von 325 Milliarden Mark in 1982 auf 370 Milliarden Mark im Jahr 1985 gestiegen. Zudem seien 1985 und 1986 erstmals seit zehn Jahren keine Kürzungen von Sozialleistungen mehr vorgenommen worden.

IRA-Mitglieder ausgeliefert

AFP, Valkenburg

Die beiden IRA-Aktivisten Brendan McFarlane und Gerard Kelly, die seit Anfang des Jahres in den Niederlanden inhaftiert waren, sind gestern an Großbritannien ausgeliefert worden, wie der königliche Staatsanwalt bekanntgab. Sie wurden am Militärflughafen Valkenburg bei Amsterdam von einem Flugzeug der RAF abgeholt.

McFarlane (35) und Kelly (33) hatten sich seit ihrer Inhaftierung am 16. Januar in Amsterdam mit allen juristischen Mitteln gegen ihre Auslieferung gewehrt. Die beiden Mitglieder der „Irish Republican Army“ waren zusammen mit 36 Mitgefangenen am 2. September 1983 aus dem Hochsicherheitsgefängnis Long Kesh in der britischen Provinz Nordirland ausgebrochen. Sie waren beide zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Lambsdorff: Wenn einer die Probleme lösen kann, traue ich es Matthöfer zu

SPD fürchtet, jetzt in den Geruch der „Verfälschung“ mit Gewerkschaften zu kommen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Kritik kam aus den eigenen Reihen, das höchste Lob vom bestgehauenen Gegner: Daß der amtierende Schatzmeister der SPD, Hans Matthöfer, Vorstandsvorsitzender des gewerkschaftlichen Beteiligungskongresses BGAG werden soll, wurde vom FDP-Abgeordneten Otto Graf Lambsdorff als „gute Lösung“ kommentiert: Wenn einer die Probleme lösen könne, „dann traue ich das Hans Matthöfer zu“. Bei den Genossen selbst kam Katerstimmung auf: Der Ärger, daß die SPD-Spitze mitten im Wahlkampf die Entscheidung eines ihrer Schwergewichte als „Konkursverwalter“ bekanntgebe, wurde begleitet von der Furcht, nun erst recht in den Geruch der „Verfälschung“ von SPD und DGB gebracht zu werden.

„Dringlicher“ Ton

Vor einer Woche war es, daß Parteichef Willy Brandt von Ernst Breit angesprochen wurde: In „dringlicher“ Ton machte der DGB-Vorstand dem SPD-Führer klar, daß er Matthöfer als einzig überzeugenden Nachfolger des gestrauchelten Alfons Lappas betrachtete. Brandt wandt sich, wollte sei-

nen erst vor wenigen Wochen auf dem Nürnberger Parteitag gewählten Schatzmeister nicht gehen lassen. Doch schließlich stimmte er zu – unter der Bedingung, daß zwar Matthöfer auf der Aufsichtsratsitzung am 11. Dezember berufen, aber erst zum 1. Februar, also nach der Wahl, seinen Job antreten wird. Der neue Schatzmeister soll in der übernächsten Woche vom Vorstand gekürt werden. Favorit: Hans Apel.

Es kann der SPD nicht ins Konzept passen, daß nach dem Weggang von Wolfgang Clement mitten im Wahlkampf nun schon die zweite wichtige Planstelle in der öffentlichen Diskussion gerät. Nach langem Telefongespräch mit Matthöfer, der sich nicht vom heimischen Frankfurt nach Bonn begeben wollte, hieß die Argumentation von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gestern: Der künftige BGAG-Chef sei als „gestandener Gewerkschafter“ und ausgestattet mit den „notwendigen unternehmerischen Qualifikationen“ selbstverständlich jedem Manager aus der Privatwirtschaft „in der Personal- und Sachkenntnis überlegen“. Außerdem werde Matthöfer selbstverständlich „unter anderen Bedingungen und mit

einem anderen Gehalt als sein Vorgänger antreten“, dessen 750 000 Mark Jahreseinkommen für viel böses Blut an der gewerkschaftlichen Basis gesorgt hatte. „Der Mann ist ein Programm, auch ein anderer Stil.“

Kein Konkursverwalter

Natürlich wehrte Glotz Vermutungen ab, daß der DGB lediglich einen guten „Konkursverwalter“ gesucht habe, dafür sei Matthöfer „zu schade“. Doch daß die SPD durch die personelle Verflechtung nun erst recht wahlgefährdet mit der Neuen Heimat in Verbindung gebracht wird, konnte auch der eloquente Bundesgeschäftsführer nicht aus der Welt schaffen. Er versuchte die Offensive: „Das Bündnis von Sozialdemokraten und Gewerkschaften hängt nicht an einer unternehmenspolitischen Verzahnung.“ Und Matthöfer solle außerdem die „Idee der Gemeinwirtschaft“ neu beleben, ihr „verlorenes Vertrauen zurückgewinnen“.

Dabei hat er das Problem, daß der DGB gerade wichtige Teile seines Besitzes verkauft und Breit selbst Zweifel an einer Zukunft für die Gemeinwirtschaft geäußert hat.

Argentinische Generäle verurteilt

AP, Buenos Aires

In Argentinien sind fünf ehemalige Polizeiführer zu hohen Haftstrafen verurteilt worden. Sie wurden für schuldig befunden, Ende der siebziger Jahre unter der Militärdiktatur an Folterungen und Verschleppungen beteiligt gewesen zu sein. Der frühere Polizeichef der Provinz Buenos Aires, General Ramon Campa, erhielt 25 Jahre Haft, der ehemalige Polizeikommandeur Miguel Etcheolatz 23 Jahre und Campa's Nachfolger, General Ovidio Riccheri, 14 Jahre. Der Polizeiarzt Jorge Berges wurde zu sechs Jahren Gefängnis und der ehemalige Polizeioffizier Roberto Cozzani zu vier Jahren verurteilt.

Iribarne legt auch EDU-Amt nieder

dpa, Madrid

Der von allen Parteimitgliedern zurückgetretene Chef der spanischen Konservativen, Manuel Fraga Iribarne, hat gestern auch seinen Rücktritt vom Posten des Vizepräsidenten der konservativen Europäischen Demokratischen Union (EDU) erklärt. Außerdem legte er den Fraktionsvorsitz nieder. Er will jedoch bis zum Ende der Legislaturperiode in vier Jahren Europa-Abgeordneter bleiben.

Der Vorstand der „Volksallianz“ (AP) hatte Fraga nach seinem Rücktritt zunächst aufgefordert, sich wieder an die Spitze der Partei zu stellen. Dies hat der 64-jährige frühere Oppositionschef aber abgelehnt.

Abhörgeräte in dänischer Botschaft

dpa, Kopenhagen

Bei einer Inspektion der dänischen Botschaft in Warschau haben Experten mehrere versteckt angebrachte Abhörgeräte entdeckt. Dänemarks Außenminister Uffe Ellemann-Jensen wies gestern in Kopenhagen die Botschaft an, scharfen Protest bei der polnischen Regierung einzulegen. Ellemann-Jensen erklärte, die Enthüllung finde zu einem Zeitpunkt statt, zu dem Dänemark eine Normalisierung des Verhältnisses zu Polen anstrebe. Kürzlich hatte Schweden bei der sowjetischen Regierung protestiert, nachdem Wizen in der schwedischen Botschaft in Moskau entdeckt wurden.

In Niedersachsen neuer Streit um Schulpolitik

mj, Lüneburg

Eine neue Runde der schulpolitischen Auseinandersetzung um die lernpädagogisch problematische Orientierungsstufe zeichnet sich zwischen der CDU/FDP-Koalition und den bürgerlichen Eltern- und Lehrerverbänden in Niedersachsen ab. Zum Auftakt seines Jahreskongresses in Lüneburg warf der Philologenverband Niedersachsen der CDU gestern vor, sich in einem „Verhinderungskartell“ mit der FDP um die vor der Landtagswahl von Kultusminister Oeschatz (CDU) angekündigte grundlegende Reform der Stufenschule „herumdrücken“ zu wollen.

Oeschatz hatte die Absicht, dem bisher nach Gesamtschul-Vorbild integrierten Unterricht in den Jahrgangsstufen 5 und 6 künftig einen deutlichen Leistungsbezug zu den hernach weiterführenden Schulen zu geben. Vor der Landtagswahl schien die FDP damit übereinzustimmen; jetzt ist sie davon aber abgerückt. Ein zur Anhörung vorgelegter Erläuterungswurf des Ministeriums trägt den Einwürfen Rechnung. Roland Neßler, Landesvorsitzender des Philologenverbandes, kündigte „Widerstand mit langem Atem“ an.

Banken kündigen Vorruhestand

rtr, Hamburg

Die Arbeitgeber im Bankgewerbe der Bundesrepublik haben nach Angaben der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) den Vorruhestand tarifvertrag gekündigt. Ein DAG-Sprecher kritisierte gestern die Entscheidung als „bedauerlichen Kräftehaushalt der Bankarbeitgeber“. Aus Kostengründen würde damit ein Instrument zerstört, das einen beachtlichen arbeitsmarktpolitischen Effekt entwickelt habe. „Die Kündigung durch die Arbeitgeber macht einen Strich durch den sozialen Konsens, der bisher im Bankgewerbe herrschte“, sagte der Vorsitzende der Gemeinsamen Tarifkommission von DAG und Deutschem Bankangestellten-Verband, Gerhard Renner.

Dohnanyi setzt sich über Schröder hinweg

Dissens um Sondermüll-Deponie in Niedersachsen

MICHAEL JACH, Hannover

Mit Erbitterung hat die SPD-Opposition im niedersächsischen Landtag einen Brief des Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi (SPD) an CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht zur Kenntnis genommen, in dem Dohnanyi um einen Zugang für Hamburgs Sondermüll zur niedersächsischen Deponie Hoheneggelsen nachsucht. Bisher hat die Hansestadt sich vorwiegend auf der „DDR“-Großdeponie Schönberg nahe Lübeck „entsorgt“, die neuerdings durch Exportverbot-Urteile bundesdeutscher Gerichte unzugänglich zu werden droht.

Nun sieht die Niedersachsen-SPD ihre Kritiklinie gegen die „mangelhafte“ Ton-Lagerung in Hoheneggelsen, „überholte Technik der siebziger Jahre“ ausgerechnet von Genossen schmerzhaft unterlaufen.

Dohnanyi nämlich schätzt die Tongruben in der Hildesheimer Börde als nach Standort und „Technik die wohl sicherste Deponie in Norddeutschland“ ein. Mit ihren „Erweiterungs- und Innovationsmöglichkeiten“ sei sie „die einzige ernstzunehmende Alternative zu Schönberg“. Hamburg sei bereit zu finanzieller Betriebsbeteiligung; Niedersachsen steht mit dem derzeit noch privaten Betreiber in preispolitisch harten Übernahmeverhandlungen.

„Einfach schlimm“

Für SPD-Landtagsvornmann Gerhard Schröder besonders peinlich ist der Umstand, daß die Autorschaft des Dohnanyi-Briefes unwiderrufen dem Hamburger Umwelt-Staatsrat Fritz Vahrenholt zugeschrieben wird, der in Schröders Landtagswahl-Mannschaft vom vergangenen Sommer als niedersächsischer Umweltminister vorgesehen war. Seinerzeit hatte Vahrenholt Hoheneggelsen für untauglich erklärt.

Schröders Kommentar: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“, und das sei im speziellen Fall „einfach schlimm“. In seiner schriftlichen Stellungnahme an Dohnanyi, mitunterzeichnet vom niedersächsischen

SPD-Landesvorsitzenden Johann Bruns, heißt es sarkastisch: „Wir hatten bisher immer noch die Erwartung, daß wir von solchen Aktivitäten aus Hamburg vorher informiert werden. Wir haben sie jetzt nicht mehr.“

Für Hannovers Umweltminister Werner Remmers (CDU) ordnet der Vorgang sich ein in die erklärte Absicht der Konferenz der Länder-Umweltminister zu gegenseitigem Bestand angesichts derzeit allseitiger Entsorgungssengpässe. Demgemäß hat Remmers auch die ebenfalls auf Hoheneggelsen zielende Ausweg-Suche seines hessischen Grünen-Kollegen Joseph Fischer nicht abgewiesen; damit hat Fischer sich bereits den „Verrat“-Vorwurf der niedersächsischen Grünen zugezogen (WELT v. 22. 11.).

„Übergangslösung“

Die Landesregierung in Hannover zweifelt nicht, daß Niedersachsen im so entstehenden „Entsorgungsverbund“ spätere Gegenleistungen für die jetzt angebotene Notbehelfer-Funktion erwarten dürfe. So soll Hamburg für ein gemeinsames Projekt zur Hochtemperatur-Verbrennung an der „Chemieschiene“ der Unterelbe erwärmt werden. Und Hessen müßte im Gegenzug im letzten für „Importe“ gesperrtes Tieflager im früheren Salzbergwerk Herla-Neurode wieder nach Norden öffnen.

Kommt der eine wie der andere Handel zustande, wäre Hoheneggelsen – noch auf Jahre hinaus einziger Sondermüll-Standort im Land mit fast 600 000 Kubikmetern Fassungsvermögen – in zwei bis drei Jahren „verfüllt“. Dann, erwartet das Ministerium in Hannover, werden die Nachbarn die Kipppladungen notfalls eben anders herum hereinlassen...

Die Landes-SPD indes – „wir haben doch wohl eine Verantwortung für das Land“ – mag die bezüglich einer Politik der Vorleistungen nicht recht trauen. Schröders Linienbeschreibung: Wenn schon Hoheneggelsen, dann jedenfalls nur als Übergangslösung für den dringenden Entsorgungsbedarf.

Haus der Geschichte und die Loyalität zur Einheit

DW, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Parteien, gesellschaftliche Gruppen und alle interessierten Bürger der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, an der „Diskussion über das geistige Gesicht des in der Bundesrepublik Deutschland geplanten Hauses der Geschichte mitzuwirken.“

Am Vortag der Kulturbörse des Bundestages erklärte der Vorsitzende der ad-hoc-Kommission Kulturpolitik, Dieter Weirich (CDU), bei der Vorstellung eines Positionspapiers der Union zum „Haus der Geschichte“, die „Bürger unseres Gemeinwesens“ sollten die „geplante Sammlung, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation seit 1945“ als „ihr Haus begreifen“. Es müsse daher ein auf Pluralität und Perspektivität hin angelegtes Gesichtsbild haben.

Weirich erklärte, die Unionsfraktion sehe das „Haus der Geschichte“ nicht isoliert. Die in Bonn vorgesehene Sammlung gehöre in einen größeren Rahmen, wie ihn der Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes beschreibe, und dürfe nicht losgelöst gesehen werden von der allgemeinen deutschen Geschichte, deren Entwicklung in dem in Berlin geplanten „Deutschen Historischen Museum“ ihren Niederschlag finden solle. Beide Projekte sollten sich ergänzen. Geschichte sei nach heutigem Verständnis keine Dominanz enger Politikergeschichte, sondern sie umfasse alle Bereiche des menschlichen Lebens, von

der Alltagswelt über die Geschichte der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Religion und der Politik bis hin zur Geschichte der sich wandelnden Lebensauffassungen.

Weirich erklärte der CDU-Politiker, das „Haus der Geschichte“ sollte Impulse zu einem freiheitlich-demokratischen, friedlichen, maßvollen und vor allem auch europäisch geöffneten National-, Staats- und Gesellschaftsbewußtsein geben. Bei der Herausstellung des politischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik habe der tragende Akzent in der gesamten deutschen Loyalität zu liegen. Das Grundgesetz mit seiner Verpflichtung, die staatliche und nationale Einheit Deutschlands bis zu einer freivereinbarten Friedensvertraglichen Regelung zu wahren, die Wiedervereinigung auf freiheitlich-demokratischer Grundlage anzustreben und die ganze deutsche Frage bis zu einer freien Entscheidung des ganzen deutschen Volkes offenzuhalten, habe als geistiger Mittelpunkt für Auftrag und Perspektive deutscher Politik im Blickpunkt der gestalterischen Konzeption zu stehen.

Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, erwartet bei den Einigungsbestrebungen über die Konzeption allerdings Schwierigkeiten mit den Oppositionsparteien. Zu einer Übereinstimmung könne man nur kommen, wenn man auf dem Boden der Verfassung stehe und nicht beabsichtige, die Geschichte oder diese Verfassung „zu verbieten“.

Kohl: Kampf gegen die Abtreibung

idea, Weizlar

„Für jeden Politiker besteht die selbstverständliche Verpflichtung, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, die erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen mit sozialer Notlagenindikation soweit wie möglich zu senken.“ Diese Ansicht äußerte Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Beitrag für den Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea).

Kohl äußerte die feste Überzeugung, daß in erster Linie die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Grundlagen einer dringenden Verbesserung bedürfe. Eine weitere Voraussetzung für einen erfolgreichen „Kampf gegen die Abtreibung“ hat nach seinen Worten Boden gewonnen: „In der Öffentlichkeit hat die Sensibilität für den einmaligen Wert des menschlichen Lebens und seine prinzipielle Unverfügbarkeit deutlich zugenommen.“ Die Idee der Selbstverwirklichung, die vor dem werden des Lebens rangiere, habe dagegen an Boden verloren.

Der Kanzler betonte dabei auch, daß die Politik mit ihren Möglichkeiten bei diesem Problem an Grenzen stoße. Die Entscheidung für das ungeborene Kind könne weder mit gesetzlichen Maßnahmen noch mit finanzieller Förderung erzwingen werden. Hier gelte es vielmehr, ein kinderfreundliches Klima zu stärken. Dabei brauche die Politik dringend die Unterstützung durch die Kirchen.

U-Ausschuß mit „spärlichem Ergebnis“

SPD: Wir haben die Hamburger Resultate über die Neue Heimat nur „wiedergekauft“

DIETHEART GOOS, Bonn

Wenn Bundesbauminister Oscar Schneider und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, wie von der SPD vergeblich beantragt, bereits im Juni zu Beginn der Beweiserhebung als Sachverständige vor dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat ausgesetzt hätten, wäre der Panikverkauf des Wohnungsbaukonzerns an den Brotfabrikanten Horst Schiesser vermeidbar gewesen. Diese Schlussfolgerung zog gestern Dietrich Sperling, unter Kanzler Schmidt Staatssekretär im Bauministerium und heute SPD-Obmann im Untersuchungsausschuß.

Unter dieser Voraussetzung hätten die Gewerkschaften auch das Konzept des NH-Sanierungsbeauftragten Meier-Preschany akzeptieren können. Aus wahltaktischen Überlegungen heraus habe die Koalition eine frühzeitige Anhörung der beiden Minister verhindert. „So wird die ganze Chose – die Sanierung der Neuen Heimat – für die drei Beteiligten, die Gewerkschaften, die Banken und die öffentlichen Hände, nur teurer.“ Vom Studium der dem Ausschuß nach lan-

gen gerichtlichen Auseinandersetzungen, bis hin zum Bundesverfassungsgericht, zur Verfügung gestellten Aufsichtsratsprotokolle der DGB-Finanzholding BGAG erwartet Sperling „kaum noch weitere Erkenntnisse“.

Nach der heute stattfindenden zweiten Zeugenvernehmung von BGAG-Vorstandsmittglied Freyberg, die teilweise in geheimer Sitzung stattfinden wird, wird es nach Ansicht des SPD-Politikers höchstens noch zu der dritten Vernehmung von DGB-Chef Ernst Breit kommen. Die vom Obmann der CDU/CSU, Johannes Gerster, gewünschte zusätzliche Vernehmung zahlreicher Vorsitzender der DGB-Einzelgewerkschaften in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder der BGAG hält Sperling für wenig wahrscheinlich. Offenbar hätten die Banken der Koalition signalisiert, daß im Interesse einer Sanierung der Neuen Heimat die Arbeit des Untersuchungsausschusses bald abgeschlossen werden sollte.

Das Ergebnis der mehrmonatigen Beweiserhebung vor dem Untersuchungsausschuß nannte Sperling

„spärlicher als zunächst vermutet“. Er fügte mit ironischem Unterton hinzu: „Wir haben uns weitgehend als Wiederkäuer der Ergebnisse des Hamburger Untersuchungsausschusses zur Neuen Heimat betätigt.“

„Rund um Weihnachten“ erwartet der SPD-Politiker Sperling die Vorlage des Untersuchungsberichtes, allerdings noch nicht in gedruckter Form. Unklar sei auch, ob die Feststellungen im Bericht von Koalition und Opposition gemeinsam getragen würden.

Auf die Zukunft der Neuen Heimat eingehend meinte Sperling, für das nächste Jahr bestehe die Chance zur Sanierung auf der Basis der Aufhebung des Konzerns in selbständige Regionalgesellschaften. Denkbar seien aber auch „völlig neue Eigentumsformen wie die Kommunalisierung des Wohnungsbestandes“. SPD-Ausschußmitglied Münterfering sprach sich für die Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes aus. Die Unternehmen dürften aber nicht zu „Restversorger“ für einkommensschwache Bevölkerungsschichten zurückgestuft werden.

den Sie auch bei der Überlegung beraten, in welcher Form Gold für Sie am interessantesten ist: Münzen, Barren oder Zertifikate.

Wenn Sie daran interessiert sind, Gold ohne Mehrwertsteuer zu erwerben, dann empfehlen wir Ihnen Zertifikate. Sie werden von der Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG – in Zusammenarbeit mit der Banque Internationale à Luxembourg ausgegeben.

Damit erwerben Sie Gold, das in Luxemburg liegt und das Sie dort auf Wunsch ausgeliefert bekommen.

Wir bieten Ihnen Zertifikate über 1-kg-Goldbarren, fünf 100-g-Barren oder 10 Unzen Feingold in Goldmünzen oder ein Mehrfaches dieser Mengen. Sie können Ihr Zertifikat übrigens jederzeit wieder verkaufen. Besuchen Sie uns. Unsere Fachleute zeigen Ihnen den besten Weg zum Gold.

Gold bleibt Gold. Die langfristig interessante Geldanlage.

Nach dem Prinzip einer ausgewogenen Vermögensverteilung empfiehlt es sich, neben anderen Anlagen einen Teil Ihres Geldes in Gold zu investieren. Denn Gold war, ist und bleibt eine vernünftige Geldanlage – und zudem ein Stück langfristige Sicherheit.

Wieviel Gold innerhalb Ihres Vermögensaufbaus sinnvoll ist, das können Ihnen unsere Fachleute sagen – am besten, wenn sie Ihre Ziele und Möglichkeiten kennen. Sie wer-

Dresdner Bank
In Berlin: BHI

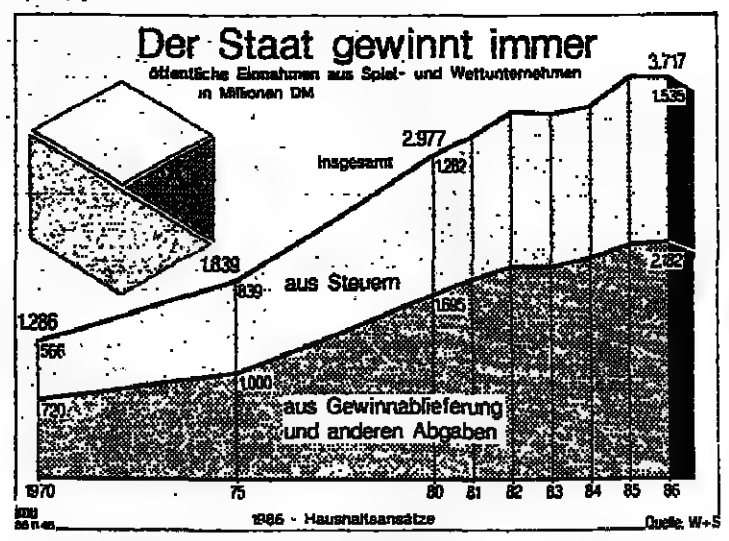
G 04/1

ich
inweg
ersuchen

geskennung

Kampf
die
übung

ergebnis



Eine zusätzliche Geldquelle erschließt sich den Bundesländern mit Glücksspielen. Seit 1970 haben sich die Einnahmen aus Lotto, Toto, Rennquintett oder auch Roulette fast verdreifacht. Die Lotteriesteuer ist mit rund 1,5 Mrd. DM Spitzenreiter.

QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER

British Gas: Betrachtlich überzeichnet ist das Angebot von 4,062 Mrd. Aktien des Staatsunternehmens. Das teure N.M. Rothschild mit, die im Auftrag der Regierung die Platzierung der Aktien durchführt. Die Aktien werden zum Stückpreis von 135 Pence angeboten. Die Zuteilung soll am Montag bekanntgegeben werden.

Bundessobligationen: Heute wird der Nominalzins und die Rendite der fünfjährigen Bundessobligationen gesenkt. Nach Angaben der Bundesbank wird der Nominalzins auf 5,5 Prozent (5,75) zurückgenommen. Bei einem neuen Ausgabekurs von 100 Prozent (100,80) beträgt die Rendite 5,5 Prozent (5,61).

Börsenprospekt: Schadenersatzansprüche wegen unrichtiger Angaben in einem Börsenprospekt müssen innerhalb einer Frist von sechs Monaten geltend gemacht werden, da sie sonst verjähren. Mit dieser Begründung hat das Landgericht Frankfurt die Klage von 63 Aktionären gegen eine Frankfurter Bank abgewiesen.

Degussa: Die Preis-Aussichten für

Nachbörse: Fest

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	2.12.85	1.12.85	1.7.85	1.8.85	1973
Superbenzin	142,00	140,00	165,00	200,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	75,50	75,25	51,00	139,00	29,00
Gesöl (Heizöl/Diesel)	123,50	122,00	104,00	228,00	84,00
0,3 % S					

MÄRKTE & POLITIK

Steuern: Helmcomputer, die „so gut wie ausschließlich“ beruflich genutzt werden, können als Werbungskosten steuerlich abgesetzt werden, erklärte gestern der Bund der Steuerzahler.

Troll-Gas: Nach langwierigen Verhandlungen hat die französische Regierung jetzt dem Erdgasgeschäft zugestimmt. (S. 12)

Hermes: Innerhalb der nächsten Tage entscheidet die britische Regierung, in welcher Höhe sie sich an dem europäischen Raumfahrtprojekt beteiligen wird.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Philips: Seit 90 Jahren besteht das Industrieunternehmen in Deutschland. Der Vorstand hat auch für die Zukunft ehrgeizige Projekte. (S. 12)

Ruhrkohle: Auf 11,5 Mill. Jahres-tonnen sollen die Kokereikapazitäten abgebaut werden. Die Zahl der Kokereien wird verringert.

Computer: Der Software-Markt wird bei Zuwachsraten um 20 Prozent in diesem Jahr in Deutschland ein Volumen von etwa 18 Mrd. DM erreichen.

Ernährung: Mit einem Umsatz von 500 Mill. DM wartet die Branche in den ersten drei Quartalen auf. (S. 13)

NAMEN

Gesamttextil: Zum neuen Präsidenten des Gesamtverbandes wählte gestern der Hauptausschuß der Mitgliederversammlung den 61-jährigen Wolf Dieter Kruse (Foto), geschäftsführender Gesellschafter der TVU Textilveredlungsgesellschaft.

WER SAGT'S DENN?

Vom Leistungsdruck reden bei uns vor allem die Leute, die ihm nicht ausgesetzt sind.
Kurt Sontheimer

Topmanager-Einkommen steigen im nächsten Jahr um zehn Prozent

Verkäufer und Ingenieure für Automaten knapp – Berater umwerben Uni-Absolventen

HANS BAUMANN, Düsseldorf
Nach der Verbesserung der Erträge vieler Unternehmen sind auch die Gehälter der Führungskräfte 1986 um durchschnittlich sechs Prozent gestiegen. Wie der Geschäftsführer der Kienbaum-Beratungsgruppe, Jochen Kienbaum, in Düsseldorf bei der Vorlage des Jahresberichtes mitteilte, werden die Gehälter ab 1987 weiter steigen, für erste Garnituren um acht Prozent und für diese Manager in besonders starken Branchen um zehn Prozent.

Allerdings erhöhen sich die Bezüge der AT-Kräfte nicht automatisch im Grundgehalt, sondern vornehmlich in den erfolgsabhängigen Vergütungsteilen. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß man neue Märkte nicht mit Tantiemen erobern kann, die sich an der Dividende des Unternehmens orientieren, sondern an den Erfolgen im Markt. Das Gehalt, so Kienbaum, wird damit mehr und mehr zum Führungsinstrument.

Die Flexibilisierung der Vergütung rückt immer mehr in den Vordergrund. So tritt oft die Tantieme hinter dem Wunsch zurück, die Altersversorgung des Mitarbeiters besser zu dotieren. Nach Erkenntnissen Kienbaums werden die Gehaltsforderungen auf den verschiedensten Ebenen aggressiver. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß der nichts bekomme, der nichts fordert.

Ausgesprochen knapp sind Vertriebsmanager, die neue Märkte aufbrechen oder bereits eroberte erweitern. Ebenso gesucht sind Ingenieure mit Kenntnissen in der automatisierten Fertigung. Um den Bedarf an diesen Kräften auch nur halbwegs decken zu können, arbeitet auch Kienbaum mit Universitäten zusammen. Die Kontakte werden über Firmenseminare an Hochschulen und über Professoren gepflegt.

Bei EDV werden komplette Verkaufsmannschaften für Software gesucht, weil sich die Verkaufstrategien geändert haben. Das gleiche gilt für die Autobranche. Junge Leute, so Kienbaum, die sich in Software auskennen, machen sich selbstständig. Eine Gründerwelle wird hier registriert mit guten Karrierechancen.

Bei Motivationsforschung an den Unis hat Kienbaum festgestellt, daß nun auch die Frauen bereit sind, Karriere zu machen – neben Ehe und Kind. Da die Frauen aber sehr betriebsfremd seien, empfehle es sich, junge Damen für den Karriereweg gleich nach dem Studium in die Firma zu holen.

Die Gruppe Kienbaum berichtet von einem sehr guten Jahr 1986, das auch 1987 anhalten werde. 630 (550) Führungskräfte wurden vermittelt.

Deutsche Bank: Netz in Italien

ed. Frankfurt

Für 603 Millionen Dollar kauft die Deutsche Bank 98,3 Prozent der Anteile der Banca d'America e d'Italia (BAI), Mailand. Sie ist mit umgerechnet fast acht Milliarden DM Bilanzsumme, 3,8 Mrd. DM Kreditvolumen, fünf Mrd. DM Kundeneinlagen und 600 Mill. DM Eigenmitteln die achtgrößte italienische Privatbank. Auf diese Weise verschafft sich die Deutsche Bank, bisher über eine Filiale in Mailand nur im Großgeschäft aktiv, als einziges deutsches Institut mit einem Schlag ein Netz von 98 Geschäftsstellen in Italien und damit den Einstieg in das vor allem mittelständische Kreditgeschäft und in das Privatkundengeschäft. Mit der BAI erwirbt die Deutsche Bank zugleich die Lizenzrechte für Visa-Karten in Italien.

DIHT-Präsident rügt Japan

HH, Bonn

Scharfe Kritik an der japanischen Außenhandelspolitik hat DIHT-Präsident von Amerongen gestern in Frankfurt geübt. Japan mit „seinen notorischen Überschüssen“ sei zu einem beherrschenden weltwirtschaftlichen Problem geworden. Es betreffe die Bundesrepublik, wenn Japan mit den USA immer mehr Selbstbeschränkungsabkommen abschließen und seinen Export auf Europa umlenke. „So kann man den Freihandel, auf den dieses Land – wie wir – so sehr angewiesen ist, kaputtexportieren.“ Wolf zeigte Verständnis für die europäischen Mißstimmung. Genügend Kräfte in Japan, wie die allmächtigen Handelshäuser, verhindern, daß die Preisvorteile für ausländische Anbieter aus der Yen-Aufwertung zum Tragen kämen.

1,2 Milliarden für Meeresforschung

HH, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern das von Minister Riesenhuber vorgelegte Programm „Meeresforschung und Meerestechnik“ verabschiedet. Es sieht bis 1990 Bundesaussgaben von rund 1,2 Milliarden Mark vor. Davon entfallen 820 Millionen auf das Ministerium selbst, der Rest auf die Ministerien des Innern, der Verteidigung, für Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und Umweltschutz. Riesenhuber nannte vier übergreifende Ziele: Das Wissen um das Meer soll vertieft, die Lebensfähigkeit des Ökosystems Meer bewahrt, eine ausgewogene Nutzung der vielfältigen Rohstoffe und Nahrungsmittelreserven des Meeres erreicht und die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Meereswirtschaft verbessert werden.

Wall Street zieht Frankfurt mit

ed. Frankfurt

Die Börsenhaus in New York, wo der Dow Jones-Index am Dienstagabend um 43,03 Punkte auf 1.955,57 kletterte und damit seinen bisherigen Höchststand vom 4. September um 37,86 Punkte übertraf, sorgte gestern auch für eine festere Tendenz am deutschen Aktienmarkt. Der WELT-Index stieg um gut 1,1 Prozent auf 282,50 Punkte.

Die Tageshöchstkurse konnten sich allerdings im Verlauf nicht behaupten, weil Gewinnmitnahmen einsetzten und die Nachfrage, die vorwiegend von institutionellen Anlegern stammte, erlahmte. Das Interesse konzentrierte sich auf Blue Chips wie Siemens, Daimler und Deutsche Bank. Die Gewinne bis zu zwei Prozent ihres Kurswertes erzielten. Die Rententendenz war ebenfalls freundlich.

Arbeitsnehmer wünschen flexiblere Zeiten

HEINZ STÜWE, Bonn

Daß beweglichere Arbeitszeiten betriebswirtschaftlich sinnvoll sind und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken, ist weitgehend unbestritten. Doch bei der Frage, wie die Flexibilisierung mit den Wünschen vieler Arbeitnehmer nach einer individuellen Gestaltung ihres Berufslebens in Einklang zu bringen ist, gehen die Meinungen auseinander. Dieses angesichts der bevorstehenden Tarifrunde hochaktuelle Spannungsfeld bestimmte auch die Diskussion auf einer Veranstaltung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zum Thema flexible Arbeitszeit in Bonn.

Prof. Armin Gutowski, Präsident des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, warf den Gewerkschaften vor, sie forderten Arbeitszeitverkürzungen „im krassen Widerspruch zu den Präferenzen der Arbeitnehmer“. Eine Arbeitszeitverkürzung bedeute für die Beschäftigten nicht nur einen höchst unfreiwilligen Einkommensverlust, sie erhöhe auch die Kapitalkosten der Unternehmen. Nur die Abkoppelung der individuellen Arbeitszeit von der Betriebszeit kann nach Gutowskis Überzeugung unter diesen Umständen verhindern, daß Arbeitsplätze verlorengehen. Für sich genommen – ohne Arbeitszeitverkürzung – biete die Flexibilisierung die Chance, über niedrigere Kosten neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Daß viele Arbeitnehmer individuelle Arbeitszeitwünsche haben, räumte auch Gerhard Bosch vom Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) ein. Die Vorstellungen von Unternehmen und Beschäftigten gingen jedoch in zentralen Punkten auseinander. Im übrigen sieht Bosch in kollektiven Arbeitszeitverkürzungen die Möglichkeit, die unterschiedlichsten individuellen Zeitbedürfnisse zu integrieren.

Arbeitsnehmer akzeptierten eine flexible Arbeitszeitgestaltung leichter, wenn ihnen die betrieblichen Notwendigkeiten einsichtig seien, berichtete Friedhart Hegner, Projektleiter am Institut für Sozialplanung, Management und Verwaltung in Bielefeld und Berlin. Daß in Kompromissen die persönlichen Wünsche der Arbeitnehmer berücksichtigt werden könnten, zeigten bewährte Gruppenabsprachen bei der Gleitzeit, die eine bestimmte Mindestbesetzung sicherstellten.

Slogan mit Zündstoff

JB. – Seit 1985 wirbt der Hamburger Reemtsma-Konzern für seine Leichtmarken „R1“ und „R6“ mit dem Slogan: „Ich rauche gern“.

Den dargestellten Rauchern auf Anzeigen und Plakaten nimmt man das durchaus ab. Sie zeigen selbstbewußt und fröhlich, daß sie zu dem stehen, was sie gern tun. Von ihnen einmal abgesehen, scheint an der Werbung sonst allerdings niemand Spaß zu haben. Die Industrie macht sich Sorgen, daß sie mit ihrem hochsensiblen Produkt Zigarette weiter in die Defensive gedrängt wird. Die Gesundheitspolitiker und Nichtraucher-Fanatiker geraten gar in Empörung.

An vorderster Front kämpft Frau Rita Süßmuth gegen das Reemtsma-Fanal. Sie wolle jetzt erneut prüfen lassen, ob man rechtlich gegen den Slogan vorgehen könnte. Das Ergebnis steht schon fest: Ein Verbot ist nur möglich, wenn man die Werbung für Tabakwaren generell verbietet. Verstöße gegen den brancheninternen Werbecode, gegen das Lebensmittelgesetz oder das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb hat noch niemand nachgewiesen. Ob ein allgemeines Werbeverbot der Anti-Rauch-Bewegung allerdings weiterhilft, ist sehr fraglich. Nichtraucher, gleichsam jenen von Geburt, ist der Slogan ohnehin egal, und Nichtraucher, die erst mühsam dazu geworden sind, werden durch das Bekenntnis kaum rückfällig. Nichtraucher schließlich, die der Versuchung erliegen, werden nicht durch Werbung zu Rauchern, sondern aus vielerlei anderen Gründen.

Das Thema Rauchen und Gesundheit soll nicht vernachlässigt werden. Aber wer will denn wirklich einer Industrie, die sich fortwährend selbst beschränkt und dabei stillschweigend rund 17 Mrd. DM Steuern in die Bundeskassen spült, das Recht absprechen, eine Kundschaft von 17 Millionen Bürgern bei der Stange zu halten, indem man sich zum eigenen Produkt bekennt?

Maschinen im Visier

Von WERNER NEITZEL

Die Bemühungen der USA, die Einfuhren von Werkzeugmaschinen aus einigen wichtigen Lieferländern zu begrenzen, haben zu einem ersten Resultat geführt. Vor wenigen Tagen verpflichtete sich Japan den Amerikanern gegenüber zu einer Beschränkung seiner Ausfuhren numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen, darunter in erster Linie Drehmaschinen, Bearbeitungszentren und Stanzmaschinen, auf ein ermäßigtes Niveau, das dem von 1981 entspricht.

Der Countdown für die von der US-Administration mit großer Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit geführten Verhandlungen hatte sechs Monate lang gedauert. Ausgipfeln konnte die Sache, daß die US-Maschinenbau-Lobby massiv in Washington auf der Matte steht, um die Regierung zu veranlassen, eine Bremse bei den Importen einzubauen.

Es geht um eine Liste von einem halben Dutzend Standard-Maschinen, bei denen die Importquote in große Höhen, nämlich bis an die Marke von 70 Prozent emporgeschellt ist.

Im Fadenkreuz bisher unerfüllter amerikanischer Forderungen nach Selbstbeschränkung bei den Maschinen-Exporten bleibt neben der Schweiz und Taiwan die Bundesrepublik Deutschland. Diese Länder ließen – anders als Japan – die von US-Seite gesetzte Frist für eine glückliche Einigung verstreichen. Man wird abwarten müssen, ob Washington nunmehr zum angedrohten Mittel der Quoteneinführung greift, um auf diese Weise dem in seinem Nimbus angekratzten amerikanischen Werkzeugmaschinenbau die von diesem für seine Wiedergesundung geforderte größere Ruhe am heimischen Markt vor der umtriebigen ausländischen Konkurrenz zu verschaffen.

Von den deutschen Maschinenbauern wird diese Gewitterfront an der Exportfront nicht mehr für so dramatisch erachtet, wie es noch vor einem halben Jahr aussah. Zu dieser hierzulande zu beobachtenden relativen Gelassenheit tragen mehrere Faktoren bei. So wirkt die Kursschwäche des Dollars ohnehin schon bremsend auf Maschinenverkäufe in die USA. Die Hemmnisse im Export lassen sich von den deutschen Fabrikanten umso leichter verschmerzen, als sie zwischen eine deutliche Belebung des Inlandsgeschäfts registrieren können.

Dem deutschen Werkzeugmaschinenbau, der zu den technischen Aushängeschildern gehört, – wie

überhaupt dem Maschinenbau – geht es derzeit ausgesprochen gut. Umsätze und Mitarbeiterzahlen sind in den letzten beiden Jahren deutlich angestiegen. Die Auftragsbücher sind so prall gefüllt wie schon lange nicht mehr. Viele Firmen dieser stark mittelständisch geprägten Branche, die vorwiegend im Südwesten ansässig ist, arbeiten an ihrer Kapazitätsgrenze. Wartete dieser Industriezweig schon im vergangenen Jahr mit einem stolzen Produktionsplus von 15 Prozent auf, so rechnet man für das laufende Jahr sogar mit einem Zuwachs von runden 20 Prozent.

An der Verkaufsfrostfront sind deshalb auch Verhandlungen mit dem Ausgangspunkt dabei, die Auslieferung von bestellten Maschinen zeitlich zu strecken, nicht selten. Dies wäre kein Thema, würden sich die deutschen Anlagen nicht einer so großen Wertschätzung erfreuen. Dabei ist es eigentlich noch gar nicht so lange her, daß ängstliche Gemüter dieser Branche in Anbetracht der japanischen Exportwelle einen baldigen Niedergang nach dem Muster anderer Wirtschaftszweige prophezei. Das Gegenteil trat ein.

Den Maschinenbauern hierzulande gelang es, wie man sagen muß, sehr überzeugend, aus der Verknüpfung von traditionell hochwertiger mechanischer Qualität mit modernen Steuerungstechniken maschinelle Anlagen zu entwickeln und am Markt anzubieten, die absolute Spitzenklasse in der Welt darstellen.

Über diese Erfolge und Euphorie hinaus sollte freilich nicht übersehen werden, daß die Mittelständler auch ihre Probleme beispielsweise mit langfristigen Finanzierungen oder dem schnellen Umrüsten auf neue Produktionsverfahren haben.

So werden sie ein waches Auge gerade auf die Verhaltensweise der japanischen Konkurrenz halten. Bei den Maschinenimporten in die Bundesrepublik, die in vollem Umfang an der durch allorts betriebene Modernisierung von Produktionsanlagen in Gang gekommenen Marktausweitung teilhaben, fielen die Japaner (sie rangieren noch hinter der Schweiz an zweiter Stelle) im ersten Halbjahr 1986 durch eine 60prozentige Steigerungsrates auf. Es liegt auf der Hand, daß Nippons Maschinen infolge der Selbstbeschränkung in USA künftig noch stärker nach Europa hereinfinden werden. Für Selbstzufriedenheit bleibt da kein Raum.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Japan hat sich gegenüber den USA zu einer Beschränkung seiner Exporte von Werkzeugmaschinen verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Frist für eine Einigung verstreichen lassen.

Entdecken Sie Amerika jetzt im Flug: Flug für Flug nur 78,- Mark.

Jetzt können Sie die Staaten mit TWA im Flug erobern. Und das so preiswert wie noch nie: ganze 78,- Mark kostet jeder Flug innerhalb der USA. Bei freier Auswahl unter den mehr als 60 Städten, die TWA auf ihrem Flugplan hat. Zu ausgesprochen gastfreundlichen Bedingungen: Sie kaufen das neue TWA Vusa-Rundreise-Ticket mit 6 Flugcoupons – das ist unser Mindestangebot, das Sie beliebig erweitern können – spätestens 7 Tage bevor Sie von Europa aus starten. Natürlich mit einem TWA Transatlantik-Ticket zum günstigen Holiday Tarif. Fragen Sie Ihr Reisebüro nach weiteren Einzelheiten wie Flugdaten etc.

Der bequeme Weg nach USA

TWA

Neuordnung bei Schindler kostet Arbeitsplätze

Der Rückgang des Aufzugmarktes und die Neuordnung innerhalb der gesamten Gruppe kosten bei der Schindler Aufzugfabrik GmbH, Berlin, bis Ende 1988 weitere 200 Arbeitsplätze. Das teilte Geschäftsführer Wolfgang Koch in Berlin mit, als er eine erste Bilanz über das Jahr 1986 der deutschen Tochter des gleichnamigen Schweizer Konzerns zog. Mit 1986 ist Koch noch zufrieden. Der Umsatz werde - wie im Vorjahr - etwas über 300 Mill. DM liegen, das Ergebnis zufriedenstellend sein.

Ihre berufliche Zukunft beginnt heute.

Was Sie tun müssen ist, die Chancen zu nutzen, die Ihnen die BERUFSWELT bietet - mit dem großen überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Jeden Samstag in der WELT. Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 030-4501 (zum Ortsamt). Oder Postkarte an:

DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

DIE WELT

Jeden Samstag mit BERUFSWELT

Zur Erklärung der Anpassungsmaßnahmen bei Schindler weist Koch darauf hin, daß der deutsche Aufzugmarkt von seiner Hochzeit mit damals 18 000 Einheiten je Jahr auf inzwischen 11 000 geschrumpft sei, woran Schindler weiter mit zwölf Prozent Marktanteil beteiligt ist. Der Export, der in den letzten Jahren den Ausgleich gebracht habe, sei wegen Dollarkurs- und Ölpreisanstiegs sowie einer gewissen Marktsättigung eingebrochen. Schindler-Deutschland habe sich deshalb schon im zu Ende gehenden Jahr auf den schrumpfenden Markt eingestellt, die Mitarbeiterzahl ist in diesem Jahr um 100 auf inzwischen 2400 geschrumpft, davon 1250 in Berlin. Ende 1988 sollen es noch 2200 Mitarbeiter sein.

Der Konzern werde im Moment weltweit umgebaut, sagte Koch weiter. Für Berlin kündigte Koch die Schließung des Werkes in der Großbeerenstraße (200 Beschäftigte) an, was aber nicht entsprechende Entlassungen bedeute.

Philips 60 Jahre in Deutschland und immer größer

Die ehrgeizigen Ziele des Vorstandsvorsitzenden: 500 neue Arbeitsplätze in Hamburg und größere Renditen

JAN BRECH, Hamburg

Eigentlich sei die Zeit zum Zurückschauen viel zu kostbar, meint Cornelis Bossers, Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Philips Industrie GmbH (Alldelphi), Hamburg. Für einen Konzern wie Philips, der weltweit und auch in Deutschland zu den führenden Unternehmen der Elektronikbranche gehört, gebe es im Prinzip nur eine Blickrichtung: Die nach vorn. Wenn Bossers für einen Moment eine Ausnahme macht, so deshalb, weil die Philips Organisation in Deutschland dieser Tage 60 Jahre bestet.

Die Deutsche Philips GmbH ist am 4. Dezember 1926 mit einem Stammkapital von 20 000 Reichsmark in das Berliner Handelsregister eingetragen worden. Erster Geschäftszweck war der Verkauf von Leutsprechern, Gleichrichtern, Netzanschlüssen und Ersatzröhren. Ein Jahr später zeigte bereits der Erwerb der traditionsreichen Hamburger Röntgenfirma C. H. F. Müller und der angeschlossenen Tochterfirma Valvo Röntgenröhrenfabrik GmbH, daß der deutsche Ableger des niederländischen Elektrokonzerns sich nicht auf Berlin und ein kleineres Sortiment von Konsumgütern beschränken wollte. Im Blickwinkel der Holländer war von Anfang an der gesamte deutsche Markt.

Röntgen-Müller und Valvo sind noch heute Kernbereiche der deutschen Philips-Gruppe, die 1940 nach Hamburg umsiedelte und in der Hansestadt ihre stärksten Positionen aufbaute. Von insgesamt 36 500 Mitarbeitern sind allein 8700 in Forschung, Produktion, Vertrieb und Verwaltung in der Elbmündung beschäftigt. Valvo hat sich zu dem mit Abstand größten Bauelemente-Hersteller entwickelt, Röntgen-Müller gilt bei medizinisch-technischem Gerät als Nummer zwei am Markt.

Die deutsche Gruppe, so erklärt Bossers, gewinne innerhalb der weltweiten Philips-Aktivität ständig an Bedeutung. Unter der Holding Alldelphi ist neben der Philips GmbH auch die 1982 neugegründete Philips Kommunikation Industrie AG, Nürnberg, angesiedelt, an der 70 Prozent gehalten werden. Seit 1983 gehört außer-

dem die Bauknecht Hausgeräte GmbH, Stuttgart, zur Alldelphi.

Rechnet man das zum Philips-Bereich dazugehörige Unternehmen Grundig mit ein, repräsentiert Philips heute in der Bundesrepublik einen Umsatz von 13 Mrd. DM. Das Anlagevermögen schätzt Bossers auf acht Mrd. DM. Das Philips-Engagement in Deutschland wird international nur noch von der Aktivität in den USA übertroffen.

Die deutsche Gruppe, so Bossers, dürfte in diesem Geschäftsjahr 1986/87 (30.4.) den Umsatz um acht Prozent auf knapp neun Mrd. DM steigern. Auch werde sich das Ergebnis wesentlich verbessern, prognostiziert Bossers. Vorteilhaft wirkt sich vor allem aus, daß zum ersten Mal seit vielen Jahren die Sparte Konsumgüter, die immerhin ein Drittel des Geschäfts ausmacht, wieder schwarze Zahlen schreibt.

Die wirtschaftlichen Fortschritte der Unternehmensgruppe belegt Bossers auch damit, daß Philips in Deutschland in den letzten Jahren 1000 Arbeitsplätze neu geschaffen

hat. In Hamburg werden in den nächsten Jahren nochmals gut 500 dazu kommen, wenn die neue Submikronfabrik fertig ist, in die Philips beäblichlich mehr als die ursprünglich geplanten 500 Mill. DM investieren wird.

Den Blick wieder ganz nach vorn gerichtet, präzisiert Bossers die Ziele für Philips an Hand zweier Zahlen. Der Umsatz soll pro Jahr um acht Prozent steigen, wobei Philips seine dominierende Rolle in der Mikroelektronik und seine zum Teil führenden Marktpositionen nutzen will. Als größte Wachstumsträger nennt Bossers Investitionsgüter sowie Kommunikation und Informatik. Im Konsumgüterbereich setzt er neben dem riesigen Ersatzbedarf auf Produktinnovationen. Jüngstes Beispiel ist die von Philips entwickelte Compact Disc, die dem gesamten Bereich der Unterhaltungselektronik zusätzliche Impulse verliehen hat. Beim Ergebnis hat Philips eine Bruttorendite von 7,2 Prozent als Zielgröße festgelegt, der man nach Angaben von Bossers Schritt für Schritt näher kommt.

Weg frei für das Trollprojekt

Gaz de France darf nun doch Erdgas aus dem Feld beziehen

J. Sch. Paris

Frankreich beteiligt sich nun doch an dem norwegischen Trollgasprojekt - allerdings in geringerem Umfang als ursprünglich vorgesehen war. Statt jährlich acht Milliarden Kubikmeter - von 1993 bis 2020 - darf die Gaz de France nach einer ihr jetzt erteilten Regierungsermächtigung zunächst nur sechs Milliarden kontrahieren. Die Differenz von zwei Milliarden Kubikmeter soll Gegenstand einer Option sein, welche nach „erneuter Untersuchung der französischen Energieversorgungsperspektiven“ eingestuft werden könnte, teilt das Industrieministerium mit.

Von „Kompensationen“, über welche in den letzten zehn Tagen in Paris mit einer norwegischen Delegation intensiv verhandelt wurde, ist offiziell nicht mehr die Rede. Beim Außenhandelsministerium hieß es lediglich, daß die beiden nationalen Mineralölkonzerne Elf und Total an den Arbeiten zur Erschließung der Offshore-Vorkommen Troll und Sleipner beteiligt werden sollen. Entsprechende Verhandlungen mit der norwegischen Statoil dürften allerdings erst

in einigen Monaten zum Abschluß gebracht werden. Schon gestern aber hat Außenminister Michael Noir in Oslo einen Kooperationsvertrag über die „technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit“ der beiden Länder unterzeichnet.

In Paris erwartet man, daß nach der so entschiedenen Kompensationsfrage die übrigen europäischen Gasgesellschaften, darunter Ruhrgas, dem Vertragsprojekt ebenfalls zustimmen. Noch offen ist, ob sie einen Teil der französischen Ausfallquote übernehmen. Offensichtlich hält aber die norwegische Regierung auch ohne die Rentabilität des Projekts, welches Investitionen von insgesamt 30 Mrd. Franc erfordert, für gesichert.

Nach dem Mitte dieses Jahres zwischen den Gasgesellschaften getroffenen Vorvertrag wollten sie jährlich insgesamt 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Norwegen beziehen, davon 40 Prozent die Gaz de France. Der Wert dieser Lieferungen für 27 Jahre wurde auf 500 Mrd. Franc veranschlagt.

Ein dicker Fisch im Netz von Unilever

Übernahmeangebot von 3,1 Milliarden Dollar für Chesebrough-Pond's schlägt Konkurrenz

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Mit der bevorstehenden Übernahme des amerikanischen Unternehmens Chesebrough-Pond's hat der niederländisch-britische Unilever-Konzern einen „ganz dicken Fisch“ an der Angel. Das Angebot von Unilever, 72,50 Dollar pro Aktie und damit insgesamt 3,1 Mrd. US-Dollar für Chesebrough-Pond's zu bezahlen, nannte der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Floris Maljers, gestern in Amsterdam vor der Presse „einen guten Preis“.

Der vor Bekanntwerden des Übernahme-Angebots an der Wallstreet notierte Kurs für Chesebrough - das Unternehmen ist im Bereich Kosmetik, Lebensmittel und Chemie aktiv - betrug 66,75 Dollar. Chesebrough hatte 1985 ein äußerst ertragsschwaches Jahr. Das Unternehmen mußte sich bei einem Umsatz von 2,7 Mrd. Dollar mit einem Reingewinn von 82 Mill. Dollar zufriedengeben.

Er erwartet nicht - so Maljers in Anspielung auf das Konkurrenzangebot durch den Tabakwarenhersteller American Brand für Chesebrough

(Kaufangebot: 2,8 Mrd. Dollar) - „daß uns noch jemand in die Quere kommt. Die Chancen für die Übernahme stehen sehr gut“.

Das Übernahmeangebot von Unilever gilt bis zum 30. Dezember. Bis dahin will das Unternehmen das für die Mehrheit erforderliche 51prozentige Aktienpaket von Chesebrough erworben haben. Nach dem Kauf des niederländischen Duftstoffherstellers Naarden B.V., für den Unilever 379 Mill. Gulden (rund 333,5 Mill. DM) bezahlte, ist das der zweite spektakuläre Zukauf, den Unilever in diesem Quartal tätigte.

Die Modalitäten der Übernahme mit Chesebrough seien bereits weitgehend abgeklärt. „Nur die Juristen müssen noch einige Einzelheiten regeln. Der Zukauf paßt sehr gut in unsere Gesamtstrategie“, erläuterte Maljers. „und wir haben damit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Wir sind mit einem Schlag größter Produzent von Hauptpflegeprodukten und verfügen nun über ein solides Standbein in den USA“. Chesebrough-Chef Ralph E. Ward soll nach

Abschluß der Übernahme in die Geschäftsleitung von Unilever-USA aufgenommen werden.

Auch die Finanzierung des Neuerwerbs ist gesichert, hieß es. „Unilever verfügt über 1,5 Mrd. Dollar liquide Mittel“, erklärte Finanzchef Henk Meij. Den Rest wolle man am amerikanischen Markt beschaffen. „Die Finanzierung stellt für uns kein Problem dar“, so Meij wörtlich. Es werde auch keine Verringerung des Unilever-Nettoergebnisses eintreten. Unilever erwirtschaftete in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits einen Gewinn von rund 1,6 Mrd. Gulden. Auf das Geschäftsjahr 1986 hochgerechnet, wird allgemein mit einem Betriebsergebnis von 2,2 Mrd. Gulden ausgegangen. Der Umsatz von Unilever betrug 1985 weltweit 66,7 Mrd. Gulden. Zwei Drittel davon wurden in Europa erzielt.

Die Amsterdamer Effektenbörse reagierte euphorisch. Der Kurs der Unilever-Anteile stieg am Dienstag um 9,5 Gulden auf 516 Gulden. Dieser Kursanstieg setzte sich gestern fort.

Textilindustrie geht es nun etwas besser

dpa/VWD, Düsseldorf

In der Textilindustrie geht es wieder leicht aufwärts. Die größte Konsumgüterbranche der Bundesrepublik rechnet in diesem Jahr mit einem Produktionszuwachs von zwei Prozent, teilte der Spitzenverband Gesamttextil in Düsseldorf mit. Die Branche setzt mit 1370 Unternehmen und 230 000 Beschäftigten rund 37 Mrd. DM um. In den letzten 20 Jahren waren mehr als 300 000 Arbeitsplätze und die Hälfte der Unternehmen verloren gegangen.

Der deutsche Markt, so der scheidende Verbandspräsident Ernst-Günter Plutte, wächst nicht mehr. Deshalb müsse der Export (derzeit 50 Prozent vom Umsatz) weiter verstärkt werden. Die deutsche Textilindustrie sollte dabei versuchen, auch in Ostasien Fuß zu fassen. In Hongkong, aber auch in Taiwan, Korea und Singapur wachse die Nachfrage nach europäischen Textilien. Die Verlängerung des Welttextilabkommens um weitere fünf Jahre bezeichnete der neue Präsident von Gesamttextil, Wolf Dieter Kruse, als eine „gewisse Flankensicherung“.

Ein guter Abschluß in Sicht

Bayerische Hypo weniger durch Risikoversorge belastet

W. München

Schon jetzt können sich die Aktionäre der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, darauf einstellen, für 1986 zumindest wieder eine Dividende von 12,50 DM je 50-DM-Aktie zu erhalten. Im jüngsten Zwischenbericht des Instituts zum 31. Oktober vermeidet der Vorstand zwar jeden Hinweis auf deren mögliche Höhe, zeigt sich aber „zuversichtlich, einen guten Abschluß vorlegen“ und das inzwischen auf 682 Mill. DM erhöhte Grundkapital „angemessen bedienen zu können“.

Dies dürfte auch deshalb nicht schwerfallen, da 1986 der Bank „nach dem derzeitigen Erkenntnisstand weniger Risikoversorge“ abverlangt wird als 1985 (431 Mill. DM). Denn zum einen wird die von der Bank für erforderlich gehaltene Verstärkung der Vorsorge für Länderrisiken durch die Dollarkursentwicklung erleichtert. Zum anderen seien im übrigen in- und ausländischen Kreditgeschäft „keine außergewöhnlichen“ Ereignisse erkennbar. Auch aus dem „Neue-Heimat-Komplex“ seien keine Risiken zu befürchten.

Daß das Teilbetriebsergebnis per Ende Oktober mit 726,6 Mill. DM um 1,5 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückgegangen ist, wird durch den um 9,6 Prozent auf 951 Mill. DM gestiegenen Verwaltungsaufwand verursacht. Der Zinsüberschuß (einschließlich Einmalnachte) erhöhte sich um 3,1 Prozent auf 1,41 Mrd. DM und der Provisionsüberschuß um gar 12,7 Prozent auf 263 Mill. DM. Da jedoch im Eigenhandel mit Devisen und Wertpapieren „etwa fünfmal mehr verdient“ wurde, als zur Vorjahreszeit, dürfte letztendlich das Gesamtergebnis deutlich besser ausgefallen sein.

Die Bilanzsumme nahm gegenüber Ende 1985 dem Bericht zufolge um 7,1 Prozent auf 80,8 Mrd. DM zu (Konzern: plus fünf Prozent auf 118,3 Mrd. DM). Dabei stieg das Kreditvolumen um 5,5 Prozent auf 61,8 Mrd. DM. Getragen wurde dieses Wachstum im wesentlichen von dem langfristigen Hypothekengeschäft (plus zehn Prozent auf 38,4 Mrd. DM). Auf der Passivseite erhöhten sich die Kundeneinlagen um 4,6 Prozent auf 26,3 Mrd. DM.

Bald heißen wir anders.

Innerhalb von 20 kurzen Jahren seit ihrer Gründung konnte sich OCL zu einer der führenden Container-Firmen der Welt entwickeln.

Erreicht wurde diese hervorragende Stellung dadurch, daß wir internationalen Schiffsverkehrsunternehmen genau das bieten konnten, was sie brauchten - Kundenservice mit einem gewissen persönlichen Erwas, mit einem Auge für auch kleinste Einzelheiten und große Sorgfalt im gesamten Bereich des multi-modalen Verkehrs von Haus zu Haus.

Von nun an - als Teil der P&O-Gruppe, dem wichtigsten Gründungspartner von OCL - können wir uns außerdem auf die volle Unterstützung des bekanntesten Namens im britischen Schiffsverkehr verlassen. Das bedeutet noch bessere, noch mehr Ressourcen und natürlich eine noch umfassendere Produktpalette. Und diese erhöhte Leistungsfähigkeit führt auch gleich zu einem noch besseren Kundenservice.

Vom 1. Januar 1987 an werden also zwei weltberühmte Unternehmen in der Schifffahrt ihre kombinierte Leistungsfähigkeit, Fertigkeiten und fortschrittliche Denkweise zum Einsatz bringen. Mit einem neuen Namen, mit einem Wort - P&O Containers Limited: P&OCL.

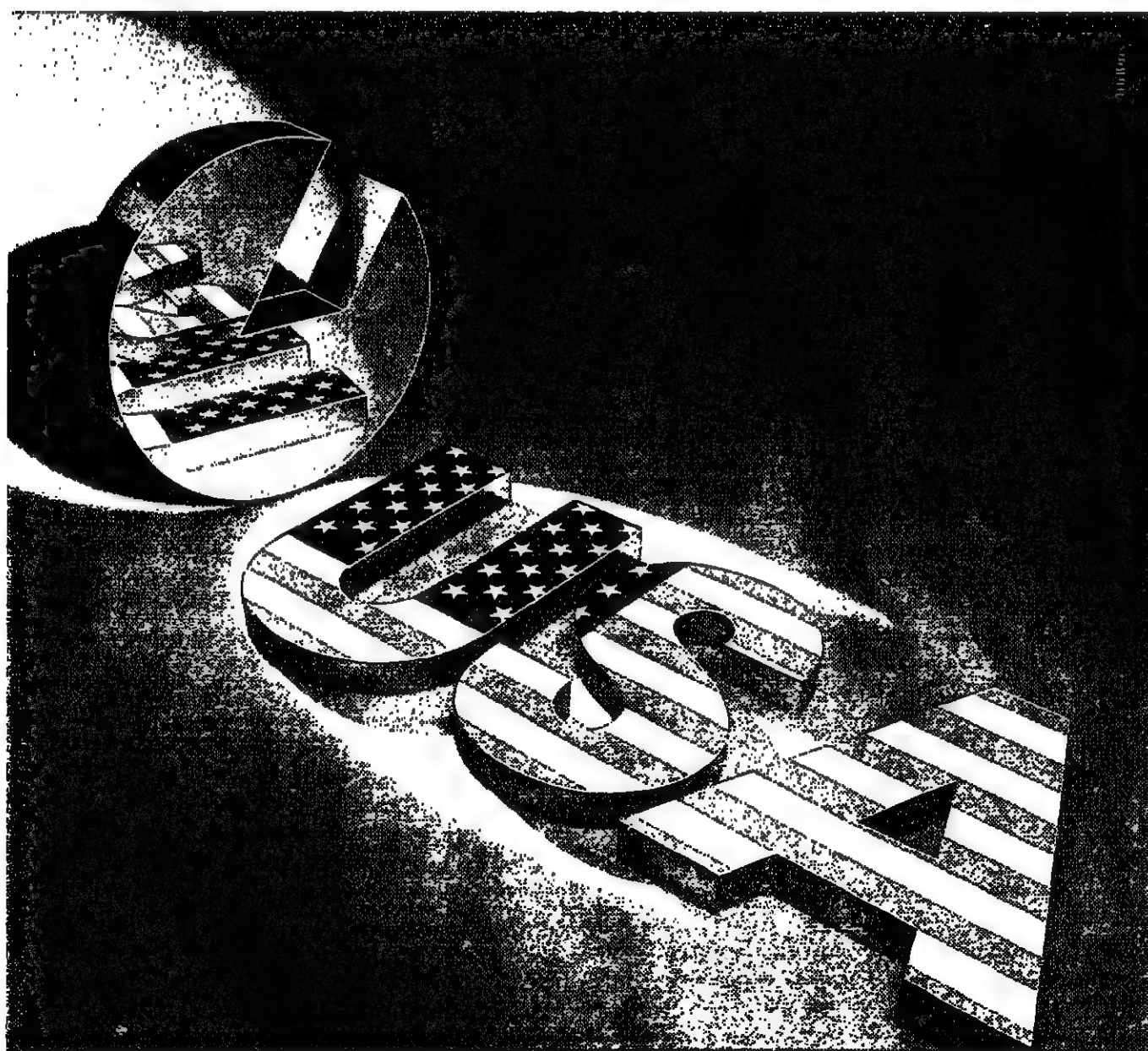
Für uns bringt das sicher einige Vorteile. Für unsere Kunden aber noch viel mehr.

P&OCL



P&O Containers Limited

HEAD OFFICE: Beagle House, Braham Street, London E1 8EP, England
Tel: 01-488 1313. Tlx: 883947
WEST GERMANY AGENT: P&OCL (Deutschland) Container Transport GmbH,
Hamburg, Tel: (040) 339531. Tlx: 2153320



DG BANK zum Thema „Intelligente Kapitalanlagen“:

Haben Sie Ihre Raiffeisenbank schon nach einem Wertpapierdepot in den USA gefragt?

Oder nach einer Festgeldanlage in US-Dollar? Nach einer individuellen Vermögensverwaltung in den USA? Fragen Sie Ihren Anlageberater in der Volksbank oder Raiffeisenbank nach lukrativen Möglichkeiten für die Kapitalanlage. Er hat interessante Antworten für Sie. Denn Ihre Volksbank oder Raiffeisenbank hat einen direkten Draht zu den wichtigen Finanzzentren hierzulande und in aller Welt: durch

die DG BANK, das Spitzeninstitut des genossenschaftlichen Bankensystems sowie ihre Stützpunkte im In- und Ausland. Zum Beispiel New York. Hier ist ein Expertenstab in der DG BANK-Filiale ausschließlich damit beauftragt, deutsche Investoren bei der langfristigen Kapitalanlage in den USA zu beraten und zu betreuen.

Wenn Sie intelligente Möglichkeiten für Ihre Kapitalanlagen zum Beispiel in den

USA suchen, wenden Sie sich bitte direkt an Ihre Volksbank bzw. Raiffeisenbank, oder an die DG BANK Filiale New York, 630 Fifth Avenue, New York, N.Y. 10111, USA, Telefon (001) 212-246-6000, Herrn Dr. Mörtl. DG BANK Postfach 10 06 51, Am Platz der Republik, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 74 47-01, Telex 412291, Btx 59700.

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

DG BANK
Die Geschäftsbank mit der breiten Basis

Projekt
km Feld berie...

Befehl zum Abbruch...
Mittelmeer, das...

n Sicht

Vorsorge habe...
Mittelmeer, das...

lers

L

Limite

MAN-Dividende unverändert

Anlandsgeschäft schmälert Auftragseingang und Umsatz

DANKWARD SEITZ, München
Die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 5,50 DM je 50-DM-Aktie wird die MAN AG, München, für das Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) der Hauptversammlung am 12. Februar vorschlagen. Dies hat der Aufsichtsrat am Dienstag beschlossen, wie bereits gestern in einem Teil der Ausgabe berichtet wurde. Bedient werden muß dabei diesmal von dem Maschinenbaukonzern, der aus der Fusion der GHH Gutehoffnungshütte Aktienverein und der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG hervorgegangen ist, ein Grundkapital von 874,5 (563,2) Mill. DM. Zur Verfügung steht dafür ein Konzern-Jahresüberschuß von 122 Mill. DM, der damit etwa dem um die Rücklagenzuweisung aus außerordentlichen Erträgen bereinigten Vorjahresergebnis entspricht.

Insgesamt verlief 1985/86 nach MAN-Angaben vor dem allgemeinen konjunkturellen Hintergrund „erwartungsgemäß“, obwohl der Konzern-Umsatz um 3,5 Prozent auf 14,08 Mrd. DM zurückging. Im wesentlichen sei er damit den Auftragszuflüssen gefolgt, die um 6,8 Prozent auf 13,95 Mrd. DM anwuchsen. Einem leichten Zuwachs im Inland stand dabei ein schwächeres Auslandsgeschäft gegenüber, zumal auch nicht wie 1984/85 ein Großauftrag über 800 Mill. DM hereingenommen werden konnte. Gleichzeitig hätten aber auch die Wechselkursveränderungen bei den veränderten Bestellmengen im Stahl- und NE-Metalhandel zu geringeren DM-Umsätzen geführt. Der Auftragsbestand lag mit 13,22 Mrd. DM auf Vorjahresniveau.

Die „gute“ Auftragslage habe dafür gesorgt, daß die Betriebe insgesamt gut ausgelastet waren. Erstmals erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter nach einer Reihe von Jahren wieder

Waschmittelverbrauch sinkt

Anteil der Phosphatfreien liegt inzwischen bei 40 Prozent

adn. Frankfurt
Wußten die Kunden Spuren hinterläßt, zeigt auch der kräftige Rückgang bei den Waschhilfsmitteln, vor allem Weichspülern, um 6,5 Prozent (Menge) und drei Prozent (Wert). Auch im kommenden Jahr rechnet der IKW mit einem Anhalten dieser Entwicklung.
Weiter aufwärts dürfte es dagegen nach Einschätzung von Wirtz mit den Körperpflegemitteln gehen, für die ein Verbrauchszuwachs von vier Prozent erwartet wird. In diesem Jahr wuchs der Verbrauch an Körperpflegemitteln sogar um 4,5 Prozent und damit stärker als der gesamte private Verbrauch. Insgesamt entfallen etwa zwei Drittel oder 6,8 Mrd. DM des Produktionswertes der Branche auf den Bereich Körperpflege. Das Marktvolumen veranschlagt der IKW auf 9,25 Mrd. DM (ohne die sogenannten Kabinett-Artikel in Friseur- und Kosmetiksalons).

Olympia noch nicht aus dem Schneider

Warten auf Synergieeffekte - Empfindliche Absatzeinbußen auf dem amerikanischen Markt

D. SCHMIDT, Wilhelmshaven
Der zum AEG-Konzern gehörende Büromaschinen-Hersteller Olympia AG, Wilhelmshaven, ist 1986 zwar in allen Bereichen einen guten Schritt vorangekommen. Das erklärte Ziel aber, nämlich das Erreichen der Gewinnsschwelle, wird nicht realisiert. Olympia-Vorstandschef Karl Ernst Kalkbrenner und Finanzvorstand Uwe Stohwasser rechnen für das zu Ende gehende Jahr mit einem Verlust von rund 20 Mill. DM nach 61 Mill. DM im Jahre 1985. Wesentliche Gründe dafür sind die empfindlichen Absatzeinbußen auf dem US-Markt. Dort sei der weltweit beobachtete Wettbewerbsdruck auf dem Gebiet der elektronischen Schreibmaschinen, der vor allem von Japan ausgeht, am stärksten. Dringende erforderliche Preiserhöhungen, die auch wegen der Währungsänderungen notwendig seien, könnten nicht durchgesetzt werden.
Vor diesem Hintergrund bleibt der Vorstand auch bei seinen Prognosen für 1987 eher vorsichtig. Während 1986 nämlich die Währungsrisiken abgesichert wurden, schlage dieser

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Kooperationsgespräche

Berlin (dpa/VWD) - Vertreter der Daimler-Benz AG und der Klöckner-Humboldt-Deutz AG haben im Bundeskartellamt in Berlin ein Vorgespräch über eine Zusammenarbeit im Landmaschinenbereich geführt. Dabei wurden - wie der Sprecher des Amtes auf Anfrage erklärte - die unterschiedlichsten Möglichkeiten einer Kooperation erörtert.

Man spricht Deutsch

Bonn (dpa/VWD) - Als Fachsprache stößt Deutsch im Ausland auf zunehmendes Interesse. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelsstages (DIHT) bei den Auslandschandelskammern. Wie DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schöser mitteilte, nimmt in Spanien, Brasilien, den USA, Griechenland, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Argentinien das Interesse an Deutsch als Wirtschaftssprache zu.

Siemens startet Kampagne

Traunreut (dpa/VWD) - Im Kampf um Marktanteile will der einzige deutsche Hersteller von Mikrowellenherden eine große Werbekampagne für Mikrowellengeräte starten. Von 100 deutschen Küchen seien erst sechs mit derartigen Geräten ausgestattet, sagte Rudolf Sirch, Geschäftsführer der BSHG-Vertriebsgesellschaft Siemens-Electrogeräte. In Großbritannien verfüge dagegen jeder vierte und in den USA jeder zweite Haushalt über ein Mikrowellengerät.

Kurzarbeit bei Claas

Harzewinkel (dpa/VWD) - Die Claas oHG, nach eigenen Angaben

Komplex 1987 voll durch. Deshalb sei nicht sicher, ob die Ergebnisrechnung bereits ausgeglichen abgeschlossen werden kann. Die Entwicklung der 16 Auslandstöchter lasse sich nur bedingt abschätzen. Positiv, so Kalkbrenner, arbeite aber die mexikanische Tochter, die mit rund 1000 Beschäftigten mechanische Büromaschinen produziert.
Sichtbar zufrieden ist der Olympia-Vorstand mit den bislang erzielten Fortschritten in der Produktionsstruktur. Der Anteil der Eigenfertigung bei elektronischen Geräten ist 1986 auf 33 (44) Prozent gestiegen. Dadurch erhöhte sich der Absatz selbstgefertigter elektronischer Schreibmaschinen, Textsysteme und Drucker auf 440 000 (350 000) Stück. Nach Kalkbrenners Worten soll diese Quote sukzessive auf 70 Prozent ansteigen. Zugleich wurden 1986 die Umschlagshäufigkeit der Vorräte und Wertschöpfung deutlich erhöht.
Der Umsatz weltweit wird 1986 allerdings um gut zehn Prozent auf etwa 1 (1,1) Mrd. DM zurückgehen; rund die Hälfte des Umsatzminus entfalle auf die veränderten Wäh-

lungskurse. Im Inland sei ein leichter Zuwachs erzielt worden. Der Anteil des Auslandsgeschäfts verringerte sich demzufolge und erreichte jetzt noch knapp 70 Prozent. In den USA will die Olympia aber 1987 verlorengegangenes Terrain zurückgewinnen. Vom Olympia-Gesamtumsatz entfielen etwa 70 Prozent auf elektronische Schreibmaschinen.
Die Beschäftigungssituation sei trotz der unzureichenden Kapazitätsauslastung befriedigend. Die Reduzierung der Belegschaft gebe zwar auch 1987 weiter; Entlassungen aber stehen nicht zur Diskussion. Derzeit beschäftigt Olympia 7700 Mitarbeiter, 600 weniger als vor Jahresfrist. In Wilhelmshaven wird es im Dezember an sieben Tagen zu Kurzarbeit kommen. Die Einbindung bei AEG bringt für Olympia eine Reihe von Synergieeffekten, die sich vor allem bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten positiv niederschlagen. Auch produktionsbezogenen seien Vorteile spürbar. Olympia investiere jährlich 50 Mill. DM in die Produktionsentwicklung; die gleiche Summe fließe in die Sachinvestitionen.

Honeywell verkauft Tochter an Bull

J. Sch. Paris
Die Verhandlungen über eine französisch-amerikanische EDV-Allianz unter japanischer Beteiligung sind jetzt mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung zum Abschluss gebracht worden. Danach soll die verstaatlichte Bull-Gruppe die Kontrolle über ihren früheren Hauptaktionär Honeywell Information Systems (HIS) erlangen. Deren Muttergesellschaft Honeywell überträgt zunächst 42,5 Prozent der HIS-Aktien und in zwei Jahren weitere 22,5 Prozent an Bull, während sich die Nippon Electric Company (NEC) mit 15 Prozent (ohne spätere Erhöhung) an HIS beteiligt. Honeywell hält dann nur noch 20 Prozent des Kapitals. Mit der Übernahme will Bull verhindern, daß HIS unter die Kontrolle eines mächtigeren Konkurrenten gerät. Dies hätte die engen auf gemeinsame Systeme und Lizenzen gestützten Beziehungen zwischen Bull und HIS in Frage gestellt, zumal der Bull-Umsatz zu 40 Prozent auf HIS-Material beruht.
Honeywell dürfte aus der Transaktion, abgesehen von seiner 20prozentigen Restbeteiligung, rund 500 Mill. Dollar erlösen. Das sind 250 Mill. Dollar weniger als der Bilanzwert der HIS, die für 1987 aber immer noch 100 Mill. Dollar Gewinn erwartet, nach 200 Mill. Dollar 1986. Bull zahlt zunächst 130 Mill. Dollar und NEC 50 Mill. Dollar. Den Rest beschafft sich Bull dann nach der Übernahme über HIS auf dem amerikanischen Kapitalmarkt. Wie Bull-Präsident Jacques Stern in Paris erklärte, sei die Finanzierung aus den Investitionsmitteln der Gesellschaft von drei Mrd. Franc in 1987 sichergestellt.

Vier Jahre Frist

Bonn (DW) - Das Bundessozialgericht hat klargestellt, daß der Anspruch auf Erstattung zu Unrecht entrichteter Beiträge an die Sozialversicherung in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Beitragsentrichtung verjährt - und nicht wie von verschiedenen Medien behauptet in zwei Jahren. Beim 12. Senat des Gerichts sind zwei Revisionsverfahren anhängig, in denen zwischen einem Versicherten und einer Krankenkasse um die Rückzahlung der von einer Weihnachtsgeld abgeführten Sozialversicherungsbeiträge gestritten wird.

Herold optimistisch

Bonn (dpa/VWD) - Die Deutsche Herold Lebensversicherungs-AG rechnet auch für 1986 wieder mit hohen Zuwachsraten im Neugeschäft, steigenden Erträgen aus Kapitalanlagen und einer leicht sinkenden Stornoquote. Die Steigerung der Neuzugänge wird nach Ablauf von elf Monaten auf deutlich über zehn Prozent geschätzt, gut zweieinhalb Mal soviel wie das auf unter vier Prozent veranschlagte Branchenwachstum, teilte die Gesellschaft mit.

Qualität immer mehr gefragt

Deutsche Ernährungsindustrie gedämpft optimistisch

HENNER LAVALL, Köln
Eine insgesamt gedämpfte Aufwärtsentwicklung gab es 1986 bisher für die Hersteller von Nahrungsmitteln. „Und wenn die allgemein gute Konjunktur anhält, wird der Zuwachs auch 1987 gedämpft bleiben“, meinte der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), Hermann Bahlsen, zum Auftakt der 4. Unternehmertagung seiner Branche in Köln. Im Mittelpunkt dieser zweitägigen Veranstaltung stehen diesmal Anregungen und Informationen zu der Frage „Wo steht die Branche heute?“. Die rund 500 Teilnehmer werden sich mit der Wettbewerbspolitik (hier gibt es in der Branche immer mehr Befürworter einer Kartellgesetznovelle), der Tarifpolitik im Verlehrssektor und vor allem mit dem Thema „Nahrungsmittel und Gesundheit“ beschäftigen. Bahlsen: „Wir müssen auf diesem Kongress klarmachen, daß deutsche Lebensmittel sicher sind.“

Gleichzeitig legte der BVE gestern aktuelle Zahlen über die Entwicklung der Industrie vor. Danach stieg der Umsatz der überwiegend mittelständischen Branche (4293 Betriebe mit 423 000 Beschäftigten) in den ersten neun Monaten 1986 um 1,5 Prozent oder knapp 500 Mill. DM auf 114,8 Mrd. DM. Für das ganze Jahr hochgerechnet liegt der Umsatz damit über 156 Mrd. DM, während es in 1985 rund 154,5 Mrd. DM waren.

Der Export verringerte sich dem Wert nach um 4,3 Prozent auf 15,6 Mrd. DM. Eine erste Analyse zeigt nach Ansicht der Bundesvereinigung allerdings, daß die Exportpreise wegen der festeren DM erheblich zu rückgenommen werden mußten. Bei der Menge habe es kaum Veränderungen gegeben. Alles in allem könne aber festgestellt werden, daß die Aus-

fuhr von Ernährungsprodukten - anders als in den vorangegangenen Jahren - nicht mehr das Gesamtwachstum der Branche mitträgt.
Dafür sieht es im Inland rosiger aus. Der heimische Markt ist zwar quantitativ gesättigt, der Verbraucher gebe aber heute mehr Geld für seine Nahrungsmittel aus als früher. So sei im laufenden Jahr der Absatz der höheren Qualitäten deutlich angestiegen. „Essen ist nicht mehr nur Befriedigung von Hunger, sondern Genuß“, stellte Bahlsen denn auch zufrieden fest.
Hoffnungsvoll stimmt die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie darüber hinaus die Tatsache, daß ein statistischer Haushalt rund 16 Prozent seines Einkommens für Essen ausgibt, aber 50 Prozent vom Rest nicht näher definieren kann. „Wenn es uns gelingt, ein oder zwei Prozentpunkte davon für Ausgaben rund um das Essen abzuweihen, erleben wir einen kräftigen Schub“, meinte Bahlsen.

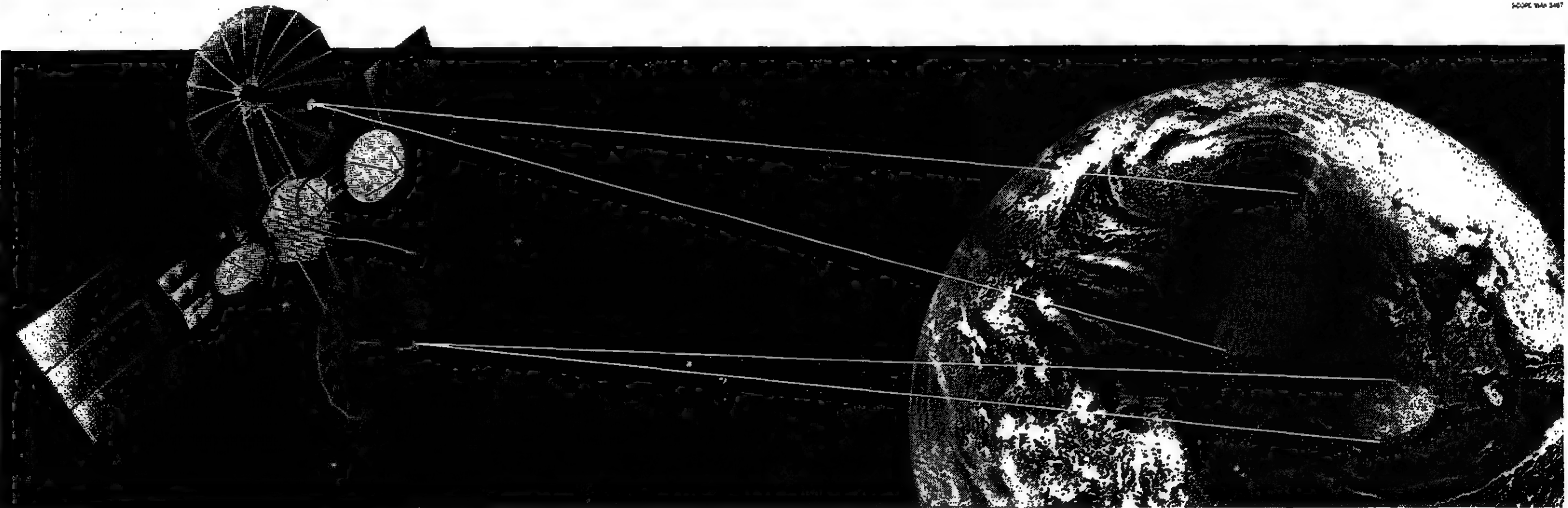
Meeting
199^{DM}
Die exklusive Tagung zum Inklusivpreis von 199,- DM pro Person und Tag (ab bestimmten Tagen) mit Übernachtung, Frühstück, Lunch oder Dinner. Konferenzraum, Kofferpause, Getränk. An Wochenenden noch günstiger. Fragen Sie uns! Tel. 089.78552388.
Canadian Pacific Hotels
Hamburg Platz Bremen Platz Hannover Platz

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Hans Bierlein, Inh. d. Baugeschäftes Hans Bierlein, Bruckberg; Bad Segeberg: Holger Pahlitzsch Erdarbeiten GmbH, Böckhorn; Berlin-Charlottenburg: Nachl. d. Frieda Graben: Bielefeld: BSH GmbH Befestigungssysteme; Bochum: Hans-Joachim Luckey; Braunschweig: Erika Hoffmeister, Silberbüttel; Gelsenkirchen: Nachl. d. Alfred Hinzke; Hannover: Nachl. d. Karl Max Günther Schultze; Krefeld: Nachl. d. Karl Poethen, Kaufmann, Kempen; Landau: „RIKA“ Löffel GmbH, Fensterbau, Herxheim; Leverkusen: Schwane GmbH; Nordhorn: Nachl. d. Friedrich Hermann Willy Nowy; Nürnberg: Heimbau Technabrun GmbH; Osnabrück: Freundeskreis f. Rollstuhlfahrer e.V.; Rufe f. Behinderte; Remscheid: Horst Böhmhaus GmbH, Solingen; Schweitzer: Heinz Chodan, Lüftungsbaumeister, Gevelsberg; Stuttgart: Nachl. d. Helmut Kufelner; Stuttgart-Möhringen; Weiden: Lupunkt Vertriebs GmbH, Starnberg.
Anschlußkonkurs eröffnet: Remscheid: Radenberg & Rademacher, Remscheid-Hasten; Marie Rademacher.
Vergleich beantragt: Hamburg: DI-KRA Fruchthandelsge. mbH; Friedrich-Carl Paul Fischer, Schwarzenbek.

Hanomag plant Absatzsteigerung

dos. Hannover
Überaus optimistisch beurteilt die Geschäftsführung der Hanomag Baumaschinen Produktion und Vertrieb GmbH, Hannover, die Geschäftsaussichten im kommenden Jahr. Das Unternehmen will 1987 den Baumaschinenabsatz um 280 auf 1800 Stück erhöhen und den Umsatz auf dann 345 (Plan 1986: 305) Mill. DM steigern. Die Ertragslage, die Geschäftsführer Wolfgang Freimuth als „befriedigend“ bezeichnet (ohne Zahlen zu nennen), werde sich weiter verbessern. Nachdem die Beschäftigtenzahl 1986 um rund 300 auf 1325 Mitarbeiter aufgestockt wurde, sei auch 1987 mit weiteren Einstellungen zu rechnen. Gründe für den Erfolg sind nach den Worten Freimuths die nahezu verdoppelte Produktivität der Mitarbeiter und das stabile Händlernetz. Aber auch die niedersächsische Landesregierung, die die Versteuerung der Übernahmegewinne bis 1990 aussetzte, habe ihren Teil beigetragen.



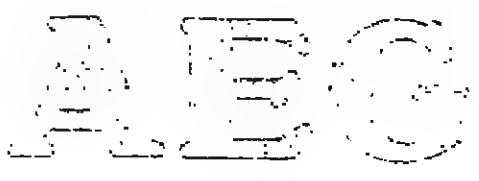
Ihr Anschluß an die Welt. Kommunikationstechnik von AEG.

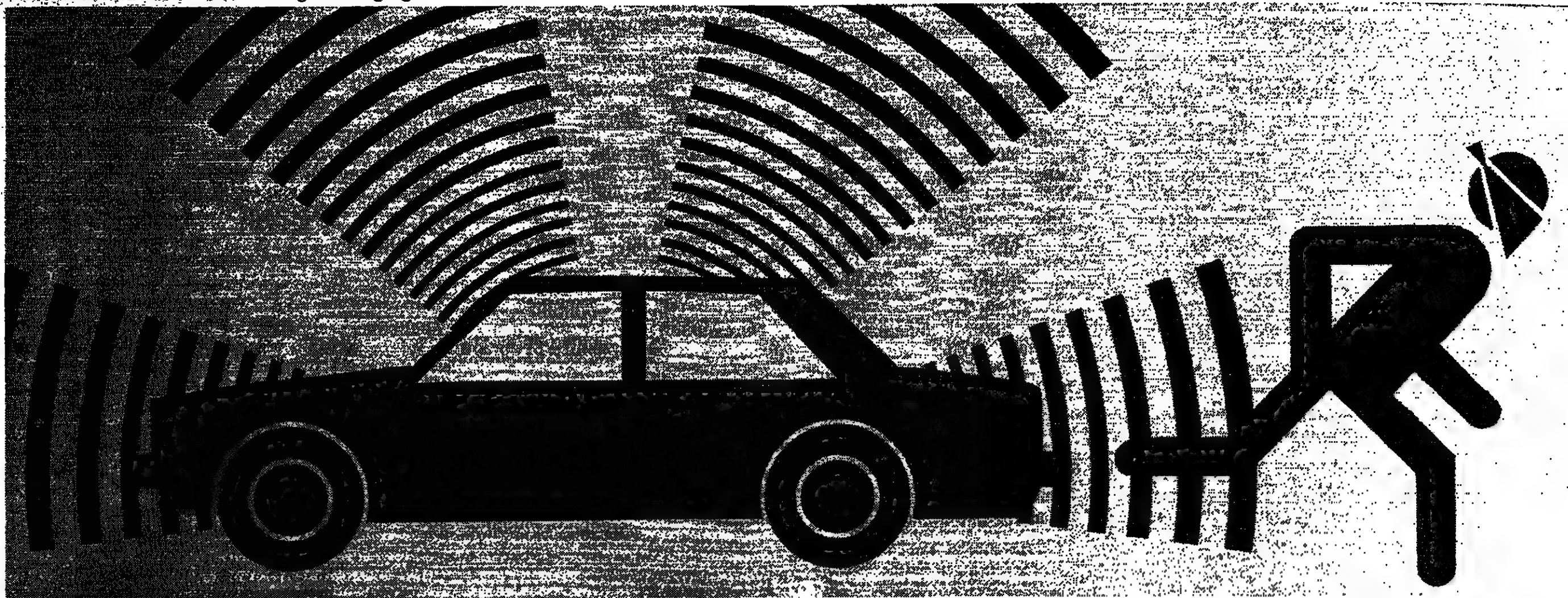
Wo schnelle und zuverlässige Informationen entscheidend sind, muß Kommunikation problemlos funktionieren. Überall dort, wo Nachrichten als Daten, Ton, Bild oder Schrift schnell übermittelt werden müssen, ist die

AEG mit Geräten, Komponenten und Systemen dabei: wie z. B. mit Glasfaserkabeln, solar-gespeisten Relaisstationen und Fernsehfüllsendern, Wanderfeldröhren und solaren Stromversorgungen für Satelliten. Kommunikation ist heute an kein Kabelnetz mehr gebunden. Mit Sprechfunk und Eurosignal, dem Autotelefon und dem schnurlosen Telefon gibt es den heißen Draht auch ohne Draht. Moderne Sprech- und Datenfunkanlagen sind aber auch aus dem Verkehr nicht mehr wegzudenken. Mit ihrer Hilfe können Flugzeuge

sicherer landen, Bahnen zügiger durch das dichte Schienennetz finden, Rettungsfahrzeuge ihren Einsatzort und Schiffe ihren Anlegeplatz schneller erreichen. Schnelligkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sind auch die Anforderungen an die moderne Büroorganisation. Hier kommt Olympia, eine Tochtergesellschaft der AEG, mit telexfähigen Schreibsystemen zum Einsatz. Die AEG weiß, worauf es ankommt. Und hat die Kommunikationssysteme, mit denen jede Nachricht sicher ankommt. Überall auf der Welt.

Technologien von AEG: elektrische und elektronische Geräte, Systeme und Anlagen für Automation, Kommunikation und Information, für Industrie- und Energieelektronik, für Verteidigung und Verkehr, für Büro und Haushalt.





Diebstahl macht erfinderisch.

Die Profis unter den Autodieben gehen immer raffinierter ans Werk.

Doch schließlich sind auch wir Profis.

Und so lag es bei uns, noch raffinierter vorzugehen, um die Autos zu schützen.

Was dabei herauskam, gehört zu den professionellsten Auto-Schutzsystemen, die es derzeit gibt.

Zur Wahl stehen verschiedene Alarmanlagen, die jede für sich umfassenden Basisschutz bieten.

Dieser Schutz kann mit entsprechenden Zusatzanlagen individuell und gezielt erweitert werden.

Für alle Fälle.

Zum Beispiel die Basisanlage Bosch Auto-Alarm 1.

Ein elektronischer Diebstahlschutz, der schon auf den geringsten Spannungseinbruch in der Autoelektrik reagiert. Wie etwa auf das Einschalten des Innenlichts beim Öffnen einer Tür. Zusätzliche Kontakte sichern Radio, Motor- und Kofferraum.

Noch sicherer fährt man mit den neuen Bosch Auto-Alarmanlagen 20c und 20i.

Es gibt zwei Systeme, sie scharf zu machen.

Entweder von innen mit einem Geheimcode und einer Tastatur, die so viele Kombinationsmöglichkeiten bietet, daß er praktisch nicht zu entschlüsseln ist.

Oder besonders bequem von außen mit einer Infrarot-Fernbedienung.

Sicher ist sicher.

Beide Basisanlagen quittieren unlautere Manipulationen am Pkw mit einem so lauten Signalton, daß jeder Einbrecher das Weite sucht. Und zwar ohne Ihr Auto, denn Zündanlage oder Starter werden automatisch blockiert.

Nun gibt es aber auch solche Diebe, die sich nur auf die teuren Reifen und Felgen spezialisiert haben. Oder jene, die kurzerhand das ganze Auto abschleppen oder es in einem geräumigen Lkw verschwinden lassen.

Aber auch hier waren wir raffinierter und haben einen elektronischen Abschlepp- und Rad-schutz entwickelt.

Die Zusatzanlage Bosch Auto-Alarm plus 3.

Sie hat einen Computer, der sich exakt merkt, wie abschüssig zum Beispiel die Straße ist, welche Seitenneigung sie hat und wie hoch die Bordstein-

kante ist, auf der das Auto parkt.

Wird diese Position verändert, gibt er Alarmbefehl.

Die Basis-Alarmanlage tritt in Aktion.

Kommen wir jetzt zu den Dieben, die sich durch Einschlagen eines Fensters Zugang ins Auto verschaffen.

Denn auch für diese Langfinger haben wir uns etwas einfallen lassen.

Die Ultraschallsonde der Zusatzanlage Bosch Auto-Alarm plus 4.

Damit wird der gesamte Innenraum des Pkw elektronisch überwacht. Und sobald sich im abgestellten Auto etwas rührt, gibt sie Alarmbefehl an die Basis-Alarmanlage.

Diese Auto-Schutzsysteme haben dafür gesorgt, daß Bosch auch in den einschlägigen Kreisen bestens bekannt ist. Wir finden das gut.

Denn dort haben solche Erfindungen eine höchst abschreckende Wirkung.

100 Jahre Bosch Ideen.



BOSCH

Renten kräftig erholt

Der Wiederanstieg der Rentenkurse in den USA und der sich befestigende Dollar haben die Ausländer an den deutschen Rentenmarkt zurückgelockt. Die zeitweise stürmische Nachfrage ließ die Kurse öffentlicher Langloose bis zu 0,75 Prozent steigen. In Börsenkreisen wird dies auf Bonitätsunterschiede zurückgeführt. Auch die Pfandbriefrenten wurden zurückgesetzt. Zehnjährige Papiere erzielen im Handel unter Banken 6,48 Prozent, 5-jährige 5,70 Prozent.

Bundesanleihen

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37
10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Bundespost

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Industrieanleihen

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Optionsscheine

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Währungsanleihen

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Wandelanleihen

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Frankfurt

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

DM-Auslandsanleihen

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Düsseldorfer

10-jährig	10,12	10,12
7-jährig	9,87	9,87
5-jährig	9,62	9,62
3-jährig	9,37	9,37
1-jährig	9,12	9,12
6-monatig	8,87	8,87
3-monatig	8,62	8,62
1-monatig	8,37	8,37

Für jeden Anlaß eine fertige Rede.

Nutzen Sie sofort einsetzbare „Musterreden“ für Ihre persönlichen Redeeerfordernisse bei betrieblichen Anlässen, privaten Festlichkeiten oder öffentlichen Verpflichtungen. Interessant für Sie? Dann rufen Sie uns unter Telefon 0823/23217 an. Wir schicken Ihnen dann ausführliche Informationen.

WEKA-VERLAG
Postfach 1180
8901 Kissing

1986 ist Zeit wirklich Geld denn...

Das Finanzamt schläft nicht. Deshalb jetzt für 12 Jahre persönliche Steuerberatung sichern und umsetzen mit einer gut vermittelten Eigentumswohnung in Berlin. Diese Möglichkeit gibt für alle die die 70-515-Berlin-PC noch bis zum 31.12.1986 nutzen können. Als Kenner des Berliner Marktes bieten wir Ihnen die besten Lagen.

MONDSCHNEI-SERVICE
Montag bis Donnerstag 18-21 Uhr
Sonntag 17-20 Uhr

Die Kalenderedition zugunsten der DEUTSCHEN KREBSHILFE

FRANZ BECHTOLD-VERLAG

DOMIZILADRESSE
im Kanton Zürich

• Weiterleitung/Erledigung Ihrer Korrespondenz, Telefon, Telex, Fax

• Übersetzungen D/E/F/USP

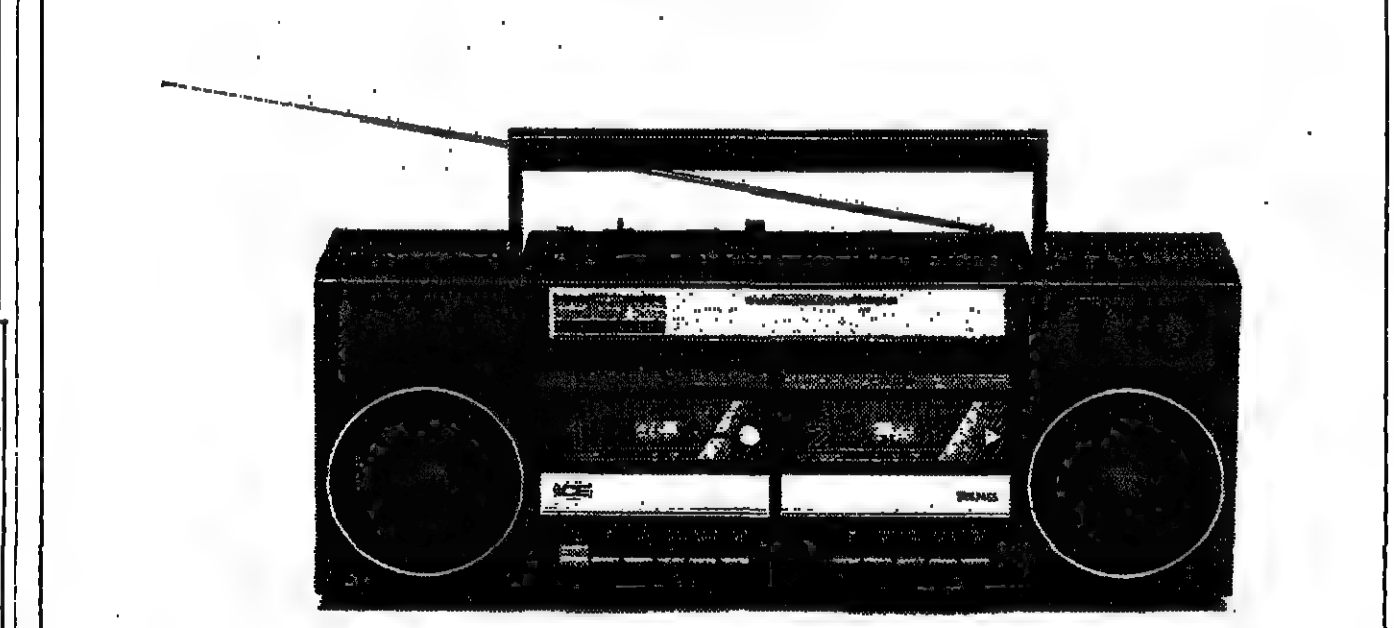
• Eigene RDV, daher Textverarbeitung, Adressverwaltung, Buchhaltung, inkl. Abschlässe durch uns möglich

• Erfahrene Fachleute übernehmen Ihre Geschäftsgrundlagen und beraten Sie bei Steuer-, Rechts-, Versicherungs- und administrativen Problemen

AMC-STEUERKONZIL UND SEKRETARIATSGES. mbH
Bürogemeinschaft

Postf. 21, CH-8004 Zürich-Herrliberg, Tel. 0041/1/9 15 30 01, Telex 8 23 112, am ch Telefax 0041/9 15 31 97

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen



Doppel-Cassetten-Radiorekorder

Ein tragbares Stereogerät mit Spitzenausstattung: Radioteil für UKW, MW, KW, 2-Weg/4 Lautsprecher System. Drehbare Teleskopantenne, eingebaute Ferritantenne. Cassettenteil mit vielen Möglichkeiten: 2 Cassettedecks – ideal zum Überspielen. 2 Geschwindigkeiten. Auto-Stop, externes Mikrofon und eingebautes Mikrofon, Mischmöglichkeiten. Ausgangsleistung 14 Watt (max.). Batterie- und Netzbetrieb. Maße 49 x 18 x 10 cm.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (rechtmäßige Abmeldung) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Die BAG Hilfe für Behinderte ist die Dachorganisation von 37 Behinderten-Selbsthilfverbänden mit über 300.000 Mitgliedern. Sie vertritt die Interessen aller behinderten Menschen und arbeitet seit 15 Jahren parteipolitisch, konfessionell und regierungspolitisch unabhängig.

Unser Leitmotiv:
Hilfe durch Selbsthilfe

Unser Ziel:
Ein gleichberechtigtes Leben behinderter Menschen in unserer Gesellschaft.

Informationsmaterial erhalten Sie kostenlos:
BAG Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Kirkfeldstr. 149, 4000 Düsseldorf
Telefon: (0211) 34 00 85

Abonnieren Sie DIE WELT - Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon: 040/37 38 13

Bitte liefern Sie mir vom nächstreicheren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Nachname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Vorw./Tel.: _____

Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtmäßige Abmeldung) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift: _____

Lesenswerter denn je DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtmäßige Abmeldung) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Grüße von Ossian

Mat - Wer kennt nicht den Hapting Seattle, den international-Heiligen der Grünen und Ökos? Schließlich hat er vor mehr als 130 Jahren dem amerikanischen Präsidenten die Leviten so gelesen, daß Umweltschützer, Kämpfer für die Rechte von Minderheiten und alle, die amerikanische Präsidenten nicht mögen, weidlich daraus Honig saugen können. Nun aber kommen auf einmal die Bayern daher und wollen uns diese ideologische Vielzweck-Waffe vermiesen.

In der Bayerischen Staatsbibliothek war eine Ausstellung über „Literarische Fälschungen der Neuzeit“ zu sehen. Dort fand man neben dem keitschen Barden Ossian und dem Fremdenlegionär und Lyriker Georges Forester auch den Hapting Seattle. Daß es in der einen Version eine „Rede an die Regierung in Washington im Jahre 1854“, in der anderen eine „Rede vor dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1855“, in der dritten gar ein „Brief

an den weißen Happling“ gewesen sein soll, ist nicht so entscheidend. Schließlich wurde die älteste Fassung erst mehr als 30 Jahre nach dem Ereignis in einem Artikel im „Seattle Sunday Star“ vom 29. Oktober 1887 gedruckt. Der Autor, Dr. Henry A. Smith, der die Sprache der Duwamish-Indianer beherrschte, soll sie nach seinen Notizen rekonstruiert haben.

Auf diesem schütterten Grunde bauen recht unterschiedliche Versionen auf, die alle eines gemeinsam haben, daß sie der wissenschaftlichen Textkritik nicht standhalten. So merkt der Ausstellungskatalog zurückhaltend an: „Die ‚Körperwärme der Ponys‘, der ‚Schrei des Ziegenmelkervogels‘, ‚tausend verrottende Büffel‘ stammen nicht aus dem Land der Duwamish an der Nordwestküste (deren Happling Seattle war), denn dort waren Pferde bis ins 19. Jahrhundert hinein unbekannt und im übrigen für ein Volk von Fischern nur wenig sinnvoll; Büffel lebten in den Ebenen und Ziegen wie Ziegenmelker kannten die Duwamish nicht.“ Und so geht es weiter.

Ossian läßt grüßen. Und Happling Seattle. Hugh.

Mailand: Theater mit Pasolini und Th. Bernhard

Komisch – oder nicht?

Pier Paolo Pasolinis einziges aufgeführtes Stück „L'Assabulazione“ (Der Königsmord) ist die quälende Auseinandersetzung mit einem Urthema, seitdem Kronos seine Kinder verschlang und Odipus seinen Vater erschlug: die Rivalität zwischen Vater und Sohn, das Problem des Alterns, der dem Jungen Platz und Rechte einräumen soll. Bei Pasolini wird das zum Psychodrama der Eifersucht, mit der ein wohlhabender Geschäftsmann seinen Sohn und dessen erotische Erfolge betrachtet. Er verfolgt ihn mit seiner Häßlichkeit, kränkt sein Mädchen mit schamlosen Vorwürfen, wird zum selbstquälerischen Zeugen des Liebesaktes des jungen Paares. Am Schluß wird er von seinem Sohn erstochen.

Das klingt so grüßlich, wie es auf der Bühne wirkt, auch wenn es lange Textpassagen von dichterischer Kraft gibt. Vittorio Gassman, der wohl international bekannteste italienische Schauspieler, spielt den Vater, führt selbst Regie und hat, um die Tragödie noch grausamer zu machen, seinem Sohn Alessandro die Rolle des Sohnes auf der Bühne gegeben. Gassmans doppelte Vaterrolle ist nun eine Attraktion, die das Mailänder Teatro Manzoni allabendlich bis auf den letzten Platz füllt.

Nicht minder verstörend ist Thomas Bernhards „Theatermacher“. Bei Bernhard darf man wenigstens am Anfang noch über die Metapher des Theaters und seine sublim-schöne Scheinwelt lachen. Ist er nicht komisch, dieser alte Schmierenschauspieler, der, Erbsen vor sich hinbräutelt, mit seiner Familie von einer Donsaupelz zur nächsten zieht? Er ist nicht komisch. Das Lachen vergeht einem.

Kann man diesen raffinierten Sinn übersetzen, diese poetische Sünde ohne Punkt und Komma, diese profunde Persiflage unseres oberflächlichen Tiefsees? Das Stadttheater von Bozen zeigt mit seiner italienischen Erstaufführung, daß man es kann und erntet mit seiner Tournee durch Italien Beifallsstürme.

Der junge Regisseur Marco Bernardi läßt den alten Theatermacher (Tino Schirini) in der Gaststube des „Schwarzen Hirschen“ an der Donau sein Wortelirium zwischen ausge-

stopften Krähen und vergilbten Hitlerbildern vortragen. Hier beschwört er Größe und Elend des Theaters, das mit ihm sterben wird. Denn seine tumulen Kinder und seine Frau befragen es so wenig wie der Wirt, der nur an seine Blutwürste denkt.

Der Weg vom fiktiven zum realen Theatermacher führt zu Carlo Fornigioni, Schauspieler, Regisseur und Autor. Sein Stück „Cenerentola“ (Aschenputtel), wurde als bester Text für das Kinder- und Jugendtheater Italiens 1986 ausgezeichnet. Die Truppe Kismet aus Bari (Apulien), die das Stück gerade in Mailand vorstellte, erhielt den Preis für die beste Aufführung des Jahres.

Wer Formonion Inszenierungen mit deutschen Truppen, die Aufführungen des frühen von ihm geleiteten Teatro del Sole und seinen „Sindbad“ mit Kismet gesehen hat, weiß, daß dieser Theatermacher eine ungewöhnliche Sprache in der europäischen Bühnensprache spricht. Gemacht aus Disziplin, Phantasie und Poesie, läßt sie den Zuschauer den Zauber der Bühne neu erfahren. Wie jedes gute Kinder- und Jugendtheater will Kismet zum Nachahmen und Improvisieren anregen. Mit wenigen, einfachen Requisiten spielt es daher Stücke, in denen Märchenatmosphäre und Realität sich bruchlos und glaubhaft vermischen.

Das Mädchen Lella, das Aschenputtel in „Cenerentola“, ist vom Putzbeutel besessen. Es wischt und wischt die bereits blutige, leere Bühne, bis, na, bis ihre ganze Familie darauf ausruht. Lella, so begreifen auch die Kinder im Parkett, fürchtet, vom Vater nicht geliebt zu werden, und sie hat Schuldgefühle. Darum putzt sie unermüdlich und rettet sich in Träumen, die vor uns sichtbar werden. Mit Masken zu grotesken Gästen am Königstisch stilisiert, zieht ihre Familie – Lella bleibt daheim und putzt – zum Fest des Prinzen. Das wird als eine Parodie auf das Werbefernsehen gefeiert, über die man Lachtränen vergießt. Nach vielen spannenden, rührenden, heiteren, zwischen Alltag und Märchen pendelnden Ereignissen bekommt Lella schließlich ihren Prinzen und wird von ihren Komplizen erlöst. MONIKA v. ZITZEWITZ

Neue Oper: „Reise zum Mittelpunkt der Erde“

Höllenslarm der Seele

Die Direktion der Frankfurter Oper denkt sozial, zumindest, wenn sie Aufträge vergibt. In der „Operation“ über die „Reise zum Mittelpunkt der Erde“, die jetzt im Kammerspiel einem ratlosen Publikum als Uraufführung präsentiert wurde, sorgt eine bessere Autorenregie für Sinnverwirrung und Zusammenhanglosigkeit. Ursula Baiser ist für Raum und Aktion zuständig, Gerd Kaul, der Texter, der nicht viel zu texten hat, versucht sich als Regisseur, und Hans-Joachim Hespos, bewährter Frontkämpfer der Avantgarde, ersonnt die Partitur.

Das schauerliche Öuvre beginnt, einer Nonsense-Action gleich, mit dem Lallen, dadaistischem Gestammel und schwer zu ergründenden Bewegungsspielen. Immerhin kapiert man schon recht bald, daß diese „Reise zum Mittelpunkt der Erde“ mit dem Roman des Jules Verne allenfalls den Titel gemeinsam hat, haben muß, weil sich – so behauptet das Programmheft – die herkömmliche Form, eine Geschichte zu erzählen, verbraucht hat.

Vielleicht. Doch die trostlose Botschaft, die die Sprach- und Bewegungsartisten (Nancy Shade, Gisela Saur-Kontarsky, Werner Gerber und Mike Hentz) auf dubiose Weise verkünden, wird nicht recht plausibel. Jedenfalls geht die Reise in die Unterwelt der menschlichen Existenz. Endstation ist eine grauenvolle Lärmhölle. Mehr schlecht als recht quält sich die Performance aus visuellen und

phonetischen Elementen dorthin. Nachdem bereits eine Stunde vertan ist, zerrt der allgegenwärtige, stumme Arbeiter (Ursula Baiser) lemmenrühliche Puppen aus dem Bühnenboden, exemplifiziert an einer einen scheußlichen Ritualmord und bewirft die anderen mit Stroh.

Drei Metallarbeiter (Ulrich Spies, Andreas Nowack und Knut Remond) an perkussiven Instrumenten schwersten Kalibers leisten aufopferungsvolle Arbeit, und das bei extremen akustischen Zumutungen. Man muß ihnen rhythmische Versiertheit und außerordentliche Resistenz gegen Lärmabstimmung attestieren. Sie sind wohl nicht gewerkschaftlich organisiert, denn sonst hätten sie diese Tätigkeit, die etwas mit Tönen durch Musik zu tun hat, als unzumutbar und gehörlos zurückweisen können. Und das Fatale an dieser „Endspiel“-Provokation des Hans-Joachim Hespos ist, daß sie sich radikal von allem unterscheiden will, was selbst neonale und postmoderne Gemüter noch für zumutbar erachten. Anfanglich hält sich der Schlagzeuglärm ja noch in Grenzen. Doch wenn sich die scheußlichen Zustandsbilder verdichten, die perkussive Atomisierung in akustisches Chaos ausartet, ist dann im wahrsten Sinne des Wortes die Hölle los. Aber trotz der Lärmexzesse ist das Ganze langweiliger als zwei „Parsifal“-Aufführungen hintereinander und dreimal so laut wie Strauss' „Elektra“. HEINZ LUDWIG

Jüngerer Herr mit spitzer Zunge in Kölner Penthouse: Ein Porträt des Kabarettisten Thomas Freitag

Als Trittbrettfahrer durchs Nadelöhr

Eine enge Straße in der Nähe der Kölner Universität, gesäumt von Altbauten, die nichts von der Pracht renovierter Jugendstilvillen ahnen. Auf dem Klingelschild steht kein Name, aber nach einmaligem Knopfdruck meldet sich der richtige Mann, der „begabteste Nachwuchskabarettist Deutschlands“, wie ihm Kollegen und Kritiker bescheinigt haben: Thomas Freitag. „Ganz oben, bitte“, sagt er durch die Sprechanlage, bevor der Türöffner summt.

Unterm Dach hat er sich eine Penthousewohnung eingerichtet. Wir sitzen in seinem Arbeitszimmer mit Plauderdecke, aber damit man sich nicht zu sehr verplaudert, steht momentan wohl eher dekorativ als spontanen Gedankenblitzen zur Verfügung dienend, unter dem Glasdach eine Schreibmaschine mit ein paar Sätzen auf dem eingesperrten Bogen. Die Stirnwand wird beherrscht von einem metallenen Regal mit Akten und Büchern; an der gegenüberliegenden Wand hängen glasgefaßte Plakate von Freitag-Programmen – von den „Ansichten eines Trittbrettfahrers“ bis zum vorletzten, „Wer kommt mit durchs Nadelöhr?“ Das jüngste, mit dem Freitag derzeit auf Deutschland-Tournee ist, hat noch keinen Platz gefunden neben seinen Vorgängern. Es heißt: „Was sind denn das für Leute?“ „Ein Programm zur freien Wahl“.

Kabarett, sagt er gleich zu Beginn unseres Gesprächs, sei für ihn „verarbeitete Wut“. Man merkt's an seinem aktuellen Programm, in dem er die aktuellen Themen mit bissiger Häme kommentiert. Aber nur Wut – nein, das dürfte man die Leute nicht zu sehr spüren lassen, schließlich wollen die ja auch unterhalten werden. „Sonst könnten wir ja gleich an die Volkshochschule gehen.“

Wie sieht er sich selbst als Kabarettist? Auf jeden Fall, da schätzt er sich ganz selbstbewußt ein, facettenreicher als viele seiner Kollegen. „Ich habe ein komödiantisches Talent, ich bin gelernter Schauspieler. Ich könnte meine Begabung als Liebhaber im Kleiderschrank eines schwächmütigen Boulevardistens ausüben. Ich bin der Meinung, ich muß mein Talent mit etwas Sinnvollem ausfüllen. Ich nenne das „engagierte Unterhaltung“. Die Mehrheit der deutschen Fernsehunterhaltung z. B. hat doch mit dem wahren Leben der Menschheit nichts zu tun.“

„aspekte“-Literaturpreis an Barbara Honigmann

Doppelt verzeichnet

Barbara Honigmann, die morgen Abend den mit 10.000 Mark dotierten Prosadedebütanten-Preis des ZDF-Kulturmagazins „aspekte“ erhalten wird, ist eine starke Begabung, obwohl bei einer Probestimmung der Jury, nach langen Diskussionen, der junge Schweizer Flurin Spescha mit seinem Buch „Das Gewicht der Hügel“ (Nagel & Kimche Verlag, Zürich) nur knapp zurücklag. Spescha beschreibt sehr differenziert eine Kindheit auf der römischen Sprachinsel, darin verwoben die Abfolge vom Vater und der Welt des Vaters. Von Vätern spricht, auf einer zweiten Ebene ihrer Erzählweisen, auch Barbara Honigmann. Ohne anklagendes Pathos, mit verstörender Trauer berichtet sie von deren Versagen – gegenüber Hitler wie Stalin.

Die sechs Prosastücke, die diesen Herbst erschienen sind („Roman von einem Kinde“, Luchterhand Verlag, Darmstadt), hätte sie am liebsten mit dem Titel versehen: „Verzeichnete Selbstbiografie und Landschaften“, bewußt doppeldeutig. Sie verzeichnet, indem sie registriert. Sie verzeichnet aber auch – notwendigerweise – indem sie sich dem Fluß der Erinnerung überläßt. Das dahinter stehende Problem hat Goethe mit seinem Memoiren-Titel „Dichtung und Wahrheit“ auf den Begriff gebracht. Wo das ich das Es der Welt ganz aus sich heraus schafft, sozusagen keine Gegenwelt mit eigenem Recht zuläßt, verkürzt es zu gleich, zwangsläufig.

Barbara Honigmann ist 1949 in Ost-Berlin geboren; die Eltern – der Vater war bei der DEFA tätig – waren kurz zuvor aus dem englischen Exil zurückgekehrt. Sie wurde Dramaturgin, zuletzt am Deutschen Theater Berlin. Es entstanden erste, auf Bühnen der Bundesrepublik uraufgeführte Texte, darunter eine stark lyrisch eingefärbte Collage über den „Schneider von Ulm“ – eher ein Hörspiel als ein Drama.

1984 verließ Barbara Honigmann die DDR, mit Mann und Kindern. Sie lebt jetzt mit ihrer Familie in Straßburg. Diese Ortswahl verrät viel über die innere Entwicklung jener Jahre. Die Autorin



Findet in allen politischen Lagern Stoff für hässliche Sottisen: Der Kabarettist Thomas Freitag

Hoppla – und wie war das mit seiner TV-Sendung „Freitag's Abend“? Da gab's doch auch mehr Klamauk als hintergründige Komik. Das sei eine sehr problematische Sache gewesen, gibt er zu. „Es wurde als Satire verkauft, und es war bloß Pseudo-Satire. Der andere Effekt: die jetzige Tournee läuft riesig. Es kommen nämlich viele „Freitag's Abend“-Leute. Das ist doch toll, wenn ich die wegen der Sendung zum ersten Mal in ein Kabarett bringe.“

Entdeckt hat ihn Kay Lorentz, Chef des Düsseldorfer „Kommjödchens“. Wie fühlt man sich als Anfänger neben einer erfahrenen Kabarettistin wie Lorentz? „Sie ist eine bemerkenswerte Frau, eine starke Persönlichkeit. Es ist ihr Laden, und es ist immer heikel, neben dem Chef vom Ganzen auf der Bühne zu stehen. Da war schon eine gegenseitige Anerkennung da“, setzt er hinzu. Spannungen, die habe es natürlich gegeben. „Wenn mich die Leute fragen, wie ist die Lore eigentlich, dann sage ich: ungewöhnlichen Leuten billige ich ungewöhnliche Macken zu.“

Das Kabarett, sagt er, habe in den letzten Jahren einen großen Wandel

erlebt. Man sei weggekommen vom personifizierten Kabarett, die Themen seien komplexer geworden. „Nach dem Regierungswechsel kamen damals natürlich häufig Anrufe: Na, nun könnt ihr ja wieder. Da hab ich gesagt: Kinder, in den 13 Jahren der sozialliberalen Koalition sind doch die ganzen, die alternativen Kabarettisten aus dem Boden geschossen, die Solisten, von Jonas, Riehl, Freitag, Polt. Ihr tut ja so, als ob ich jetzt heimlich CDU wählen würde, damit ich meinen Arbeitsplatz erhalte.“ Nur gegen „die Rechten“ zu schießen, das wäre Freitag zu platt. Schließlich hält jede Regierung Stoff für spitzfindige Sottisen bereit.

Die gegenüberliegenden Häuserfassaden liegen im kalten Licht der herbstlichen Nachmittagssonne, die erdarmungslos die Renovierungsbedürftigkeit bestrahlt. Straßenlärm dringt leise herauf. Das ist keine Gegend, in der „man“ wohnt, keine Kölner Kennenadresse. Aber Freitag fühlt sich wohl in dieser Umgebung mit zahlreichen Kneipen, Studententreffen und kleinen Läden, nachdem er zuvor sieben Jahre in Düsseldorf gelebt hat.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Herder-Initiative“

Inkarnate des Heiligen

Die von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebene Vierteljahresschrift „Herderbücherei Initiative“ (Hermann-Berder-Str. 4, 7800 Freiburg) streut zwischen primär politische Nummern, die den Fragen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gewidmet sind, Nummern, die ein religiöses Thema aufgreifen. Daß Religion dabei nicht im Sinne der Kirchen und ihrer Theologie zu verstehen ist, zeigen schon die Titel der betreffenden Hefte: „Die Suche nach dem anderen Zustand. Wiederkehr der Esoterik“, „Antichristliche Konservative. Religionskritik von rechts“.

In Kaltenbrunners Hefen spiegelt sich die Zeitlosigkeit der religiösen Erfahrung ebenso wie der aktuelle Trend, daß das Gewicht des Religiösen zunimmt, während die Kirchen sich leeren. Beiseite bleibt die Vorstellung der Religion als eines therapeutischen Kunstgriffs, der das Gleichgewicht des Einzelnen und der Gesellschaft wiederherzustellen vermag, ohne sich dabei allzusehr auf das Jenseits einzulassen. Das von unseren Sozialkritikern herauskomplimentierte Transzendenz stellt sich in der „Herderbücherei Initiative“ in voller Deutlichkeit wieder ein.

In Heft 67 „Im Bannkreis des Heiligen. Die Erfahrung des Göttlichen“ ist die Hinwendung zur Erfahrungsbildung besonders prägnant. Kaltenbrunner möchte mit dem Heft an die „sowohl von Gläubigen“ wie von „Nichtgläubigen“ vielfach vergessene Wahrheit erinnern, daß das Göttliche nicht bewiesen oder reduziert, sondern nur erfahren werden kann – in einer Fülle von Erscheinungsweisen, in unterschiedlicher Intensität, die von der Ekstase über ein gelassenes Vertrauen in einen bergenden Grund

Er träumt davon, ein halbes Jahr zu arbeiten und ein halbes zu leben. „Ich bin an dreihundert Abenden im Jahr auf der Bühne. Das reicht. Die Grenze zwischen Kabarettist und Privatmann ist ohnehin fließend.“ Und womit beschäftigt sich der Privatmann? Er überlegt eine Weile. „Ich beobachte gerne Leute...“ Und dann ein Gedankensprung: „Man soll sich nicht so wichtig nehmen. Ich habe zwei Freunde verloren durch Krebs. Ich habe meinen Zivildienst angefangen im Altersheim. Wenn man als junger Mensch am Endpunkt anfährt, relativiert das die Einstellung zum restlichen Leben enorm. Ich habe auch zum Tod ein ganz gutes Verhältnis. Nicht, daß ich jetzt sterben möchte. Die vielen Reisen und die schönen Dinge, die ich erlebt habe – wenn ich wüßte, das kannst du alles nicht mehr, das wäre schon schlimm. Aber rechnen muß man schon damit, nicht wahr? Ich finde es fatal, daß das so verdrängt wird.“

Ist Kabarettist ein lukrativer Job? „Ich bin zufrieden. Ich habe keine Ambitionen, Reihenhäuser zu bauen. Trotz meiner Ausbildung zum Bankkaufmann habe ich zu Geld keine besondere Beziehung. Ich wünsche mir vielmehr, daß ich mich auf einem Niveau halten kann. Wenn mir so etwas gelänge wie dem Loriot, immer auf einem Level zu sein – was Schöneres gibt es eigentlich gar nicht, und es ist das Schwerste, was es gibt. Aber so viel Ehrgeiz, die Nummer eines zu werden, habe ich überhaupt nicht.“

„Rau oder nicht Rau?“ beginnt ein Sketch in seinem jüngsten Programm. Den Hamlet-Monolog hat Freitag zynisch auf den Kandidaten zurechtgeschneidert; er richtet ihn an einen weissen Salat. „Letztes hab ich den Rau im Wochenspiegel gesehen, und da sagt der doch tatsächlich, ich träume davon...“ Bei diesen Worten springt Freitag auf: „Mensch, träum nicht, hab ich gerufen, du bist Politiker, also tu was. Mit Träumen kommst nicht weit!“

Apropos Rau: Mit seinem neuen Programm wird er durchs Land ziehen bis zur Bundestagswahl; nach dem 25. Januar ein paar Tage pausieren, um seinen Abend zu aktualisieren. Hat er auch Vorsorge getroffen für den Fall eines Regierungswechsels? Freitag schüttelt den Kopf. „Es gibt keinen Regierungswechsel.“ Und nach kurzer Pause: „Ganz sicher nicht, nee.“ RAINER NOLDEN

JOURNAL

Abmahnung für Bochums neuen Intendanten

AP, Bochum Der neue Intendant des Bochumer Schauspielhauses, Frank-Patrick Steckel, hat von der Stadtverwaltung eine Abmahnung erhalten, weil er Hausbesetzer während einer Premiere Zugang zum Schauspielhaus gewährte. Steckel hatte letzte Woche 30 Hausbesetzer, deren Häuser einer Umgebungsstraße zum Opfer gefallen waren, unmittelbar vor der deutschen Erstaufführung des Stückes „Quai West“ von Bernard-Marie Koltès die Bühne des Schauspielhauses für eine Protestkundgebung gegen das Vorgehen der Stadt Bochum zur Verfügung gestellt. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und dem anwesenden Oberstadtdirektor Herbert Jähof. Allen Protesten Jähofers zum Trotz ließ es Steckel auch zu, daß die Hausbesetzer Sammelbüchsen im Publikum kreisen ließen.

Goyas „Kriegsschrecken“ erstmals vollständig

dpa, Braunschweig Erstmals in der Bundesrepublik ist jetzt im Braunschweiger Herzog-Anton-Ulrich-Museum der vollständige Zyklus „Schrecken des Krieges“ von Francisco de Goya (1746-1828) zu sehen. Die bis zum 14. Januar befristete Sonderschau enthält alle 80 Radierungen des Künstlers zu diesem Thema. Sie konnten, wie Museumsdirektor Rüdiger Kleinmann sagte, mit Hilfe von Mitteln aus niedersächsischen Spielbank-Erträgen vor etwa einem Jahr für rund 60.000 Mark in Hamburg ersteigert werden. Der Zyklus „Los Desastres de la Guerra“ gibt die Eindrücke wieder, die der Künstler beim spanisch-französischen Krieg gewonnen hat.

Aquarelle und Zeichnungen von Hermann Hesse

DW, Würzburg Daß Hermann Hesse auch gemalt hat, ist weithin bekannt. Trotzdem überraschen seine Bilder in ihrer schwebend unbeschweren Farbfröhlichkeit, mit der sie Landschaften vorwiegend des Südens wiedergeben, immer wieder. Das läßt sich bis 11. Januar in der Städtischen Galerie Würzburg nachlesen, wo eine Auswahl von mehr als hundert Zeichnungen und Aquarellen gezeigt wird, die zwischen 1921 und 1935 entstanden. Der Katalog (112 S., mit 50 Abb., 18 Mark) ist zugleich der Erinnerung an den kurzen Besuch des Dichters 1928 in der Stadt gewidmet, der sich in dem hier nachgedruckten Essay „Einst in Würzburg“ spiegelt.

Baden und Württemberg zur Zeit Napoleons

dpa, Stuttgart Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons heißt eine große Ausstellung, die von Mai bis August nächsten Jahres im württembergischen Kunstverein Stuttgart gezeigt wird. Damit begehrt das württembergische Landesmuseum, Veranstalter dieser neuen bedeutenden Schau nach der Staufer- und der Keltensammlung, das Jubiläum seines 125-jährigen Bestehens. Die Napoleon-Ausstellung präsentiert rund 1500 Objekte „von den Kroninsignien bis zur Mistgabel“ aus der Zeit des Umbruchs um 1800.

Londoner Musikdirektor André Previn tritt zurück

dpa, London André Previn hat seinen Rücktritt als Musikdirektor des Royal Philharmonic Orchestra in London angekündigt. In der jetzt veröffentlichten Erklärung kritisiert der 56-jährige Künstler die Arbeitsbedingungen der Musiker und ihre schlechte Bezahlung. Der gebürtige Berliner und heutige amerikanische Staatsbürger will aber weiter der Hauptdirigent des Orchesters bleiben. Sein Nachfolger als Musikdirektor wird vom 1. Januar an Vladimir Ashkenazy.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Den „Dunst jener finsternen Zeit“ vermeinte Theodor Storm in den Hexengeschichten zu spüren, die Ludwig Bechstein 1854 veröffentlichte. Die schaurigen Erzählungen haben bei weitem nicht die Popularität seiner Märchenabhandlungen erreicht, denn es geht hier um Hexenverbrennungen und Folterungen, um Teufel in allen möglichen Inkarnationen und schreckliche Todesarten. Bechstein fand die Anregungen zu diesen Geschichten als Bibliothekar in Meiningen; hier standen ihm als Quellen Akten und Handschriften verschiedener Archive zur Verfügung. Monika Wurm-dobler hat die Erzählungen mit gruselig-schönen Bildern illustriert. Warnung: Für zartbesaitete Seelen ist dieser Band vermutlich nicht die geeignete Betlektüre. no Ludwig Bechstein: „Hexengeschichten“. Insel Taschenbuch, 272 Seiten, 16 Mark.



Prosadedebüt Barbara Honigmann, ehemals Ost-Berlin, jetzt Straßburg

THEATERKALENDER

- Hamburg, Thalia Theater; Goldoni: Die zwei Herren (R. Filiani)
- Düsseldorf, Schauspielhaus; Matoroff u. Bob: Cabaret (R. Savary)
- Düsseldorf, Schauspielhaus; Reinschagen: Die Clowin (U) (R. Helsting)
- Zürich, Schauspielhaus; Shakespeare: Die lustigen Weiber von Windsor (R. Hollmann)
- Berlin, Schiller-Theater; Broch: Die Geschichte des Baron Laborde (R. Berndt)
- Berlin, Freie Volksbühne; Euripides: Elektra (R. Neuenfels)
- Nürnberg, Stadt. Bühnen; Rolf Schneider: Joseph Fouché, zu dienen (U) (R. Stenzel)
- Berlin, Schiller-Theater; Mishima: Madame de Sade (DE) (R. Fendel)
- Berlin, Freie Volksbühne; Bond: Gerettet (R. Neuenfels)
- Wien, Akademietheater; Tschchow: Die Möwe (R. Clemen)
- München, Theater im Marstall; Pinter: Der Hausmeister (R. Paltzsch)
- München, Kammerspiele; Krocet: Der Weihnachtsbaum (U) (R. Krotz)
- Wiesbaden, Staatstheater; Ayckbourn: In Gedanken (DE) (R. Lotzsch)
- Stuttgart, Staatstheater; Tschchow: Der Kirschgarten (R. Erdolph)
- Darmstadt, Staatstheater; Walzer: Die Ohrringe (U) (R. Haag)
- Frankfurt, Schauspiel; Sternheim: Die Hölle (R. Groß)
- Köln, Schauspiel; Sternheim: Die Kassette (R. Karge)

„Warum bestraft man die Menschen mit Indifferenz?“

Von H.-H. HOLZAMER

In der Gemeinschaft der Staaten dieser Welt ist Ciskei ein Outcast, ein Ausgestoßener. Ciskei, heute seit fünf Jahren aufgrund eines Vertrages mit der Republik Südafrika unabhängig, ist ein Homeland, ein Bantustan. Es ist Ausdruck des Versuchs der südafrikanischen Regierung, die Völker der Schwarzen auszuklammern, so daß im verbleibenden Staatsgebiet Südafrikas das demografische Gewicht sich zugunsten der Weißen ändert. In der Ciskei leben ebenso wie in der Transkei Xhosa, eine wichtige Gruppe unter den Schwarzen Südafrikas, wenn auch nicht so zahlreich wie die Zulus. Würden wir, so lautet die Haltung, die von eigentlich allen Regierungen, auch der Bundesregierung, vertreten wird, Ciskei anerkennen, unterstützen wir die südafrikanische Rassenpolitik und verletzen damit unser Prinzip des „Ein-Mann-eine-Stimme“ für Südafrika. Aus diesem Grund kommt das Land auch nicht in den Genuß irgendwelcher internationaler Hilfe.

So stichhaltig das Argument auf den ersten Blick erscheinen mag, so eindeutig offenbart es doch seine Schwächen bei näherer Betrachtung. Die Regierung Ciskeis weiß, daß sie mit 9000 Quadratkilometern für eine Million Xhosa nur ein kleines Gebiet bekommen hat, das zudem nur im Küstenbereich fruchtbar ist. Wie es der Berater der Republik Ciskei, Bolschafer Douw Steyn, gegenüber der WELT formulierte: „Es ist richtig, daß Pretoria mit den Homelands Monster geschaffen hat, aber warum straft man uns, die Menschen, die dort leben, dafür mit Indifferenz?“

Auch diese Frage hat ihre Berechtigung. Jedenfalls humanitäre Hilfe hätte man geben sollen, um zu helfen, aus den „Monstern“ eine Heimat zu machen. Daß diese Hilfe ausblieb, kann nur politische Gründe haben. Bemühte man den extremsten Vergleich und beschrieb Ciskei als ein KZ, was es nicht ist, würde man dann nicht jede Gelegenheit nutzen müssen, mit den „Insassen“ Kontakt aufzunehmen und ihnen zu helfen? Ciskei ist alles andere als ein KZ. Die Leute können sich frei bewegen auf dem Land, auf dem schon vor den Briten die Xhosa wohnten. Es gibt hier keine Apartheid. Es hungert keiner, auch keiner von denen, die aus den Townships von East London ins Land kamen und mitversorgt werden müssen. Man rechnet sogar damit, in absehbarer Zeit Lebensmittel exportieren zu können.

So dicht besiedelt, wie es scheint, ist das Land auch nicht. Hätten die 60 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik soviel Platz wie die eine Million Xhosa in Ciskei, müßte die Bundesrepublik 540 000 Quadratkilometer groß sein, mithin mehr als doppelt so groß, wie sie heute ist.

Ein weiteres Argument für die internationale Diskriminierung lautet, daß Ciskei wirtschaftlich von der Republik Südafrika abhängig sei und sich zu dieser auch um gute Beziehungen bemühe. Beides ist richtig und bedingt einander. Ciskei ist Mitglied der südafrikanischen Zollunion und bezieht daraus Einnahmen. Das trifft indes auch für den Frontstaat Botswana zu. Ciskei ist wirtschaftlich auch vom Import und Export abhängig, der über das Gebiet der Republik Südafrika geht, aber das trifft für eigentlich alle Frontstaaten zu, für Mosambik ebenso wie für Zimbabwe.

Warum also die Nichtachtung? Natürlich kann Ciskei auch ohne die internationale Akzeptanz leben, und vielleicht ist es dem Ausbleiben internationaler Hilfe zu verdanken, daß das Land sich so gut entwickelt hat. Wo es keine Almosen gibt, kann sich auch nicht die Mentalität von Almosenempfängern entwickeln. Wie die Zukunft des südlichen Afrikas aussieht, vermag heute noch niemand zu sagen. Ob und welche Rolle dabei die Homelands spielen, auch nicht. Selbst wenn man nicht für eine internationale Aufwertung Ciskeis plädiert, mag, kommt man nicht an dem Faktum vorbei, daß hier und damit in Südafrika ein Staat ohne Apartheid und mit einer Regierung durch die Mehrheit funktionsfähig ist.



Trotz intensiver industrieller Bemühungen lebt Ciskei durch und von der Landwirtschaft



FOTO: DIE WELT

Ein dornenvoller Weg zur Unabhängigkeit

Unsere Vorfahren kämpften länger als 100 Jahre gegen das mächtige britische Empire“, sagt Präsident Lennox Sebe, um ihre Unabhängigkeit wieder zu erlangen, und verloren schließlich. Aber unsere Ideale starben nicht. Wir fochten mit friedlichen Mitteln und bekamen die Unabhängigkeit schließlich von Südafrika im Jahre 1981 zurück. Es war ein hartes Ringen, aber doch friedlich und professionell und nicht durch den Lauf eines Gewehrs. Was das berechtigte Eintreten für die Gleichheit von Schwarz und Weiß in Südafrika oft in den Hintergrund treten läßt, ist, daß ebenso wie die weißen Buren nicht gleichzusetzen sind mit den weißen Briten, auch die Schwarzen keine amorphe Masse sind, sondern sich durchaus entsprechend in verschiedene Völker gliedern.

In allen Ländern, die nach der Kolonialzeit ihre Unabhängigkeit wiederlangten, tauchten alsbald die alten Stammesgegensätze wieder auf. Der Tribalismus ist heute Schwarzafrikas zentrales Problem, zumal die Kolonialherren bei ihrer Aufteilung

Afrikas auf die Stammesgrenzen keinerlei Rücksicht nahmen. Will man in Südafrika die Fehler vermeiden, die in anderen Ländern des Kontinents begangen wurden, darf man die Stämme und ihre Sitten und Traditionen nicht aus den Augen verlieren.

In diesem Sinne ist die Ciskei „keine Schaffung von Südafrika“ oder ein „Produkt der Apartheid“, sagt Lennox Sebe, „die Ciskeier arbeiteten und wurden unterdrückt mehr als 100 Jahre, bis sie ihre Selbstachtung und ihre Unabhängigkeit wiedererlangten.“

Die Xhosa sind Teil der Nguni-Völker, die zu den mutigsten und freiheitsliebendsten unter der Schwarzen zählten. Sie kamen infolge großer Wanderungen im 16. und 17. Jahrhundert von den großen afrikanischen Seen Zentralafrikas herab in die Subkontinent. Aufzeichnungen über die Xhosa datieren zurück bis ins Jahr 1610. Der herrschende Stamm unter den Xhosa sind die amaTshaka. In das Gebiet der heutigen Transkei und Ciskei kamen sie im Jahre 1702 nach dem Tod von Hapting

Tshiwu. Im ersten Aufeinandertreffen zwischen Xhosa und Weißen kam es 1702 in der Nähe des Great Fish River, und 1770 zogen die Xhosa bis in die Nähe des Ortes, wo heute Port Elizabeth liegt.

Die Dutch-East-India-Company, die damals am Kap der Guten Hoffnung regierte, verfügte eine Politik der Isolation, die jede Kommunikation der Weißen mit den Xhosa verbot. Doch Konflikte konnten nicht ausbleiben, weil die Xhosa ebenso wie die weißen Farmer Viehzüchter waren. Gegenseitiges Stehlen der beiden „Vieh-Kulturen“ waren an der Tagesordnung und regelmäßige Überfälle folgten. 1778 wollte Gouverneur van Plettenberg für klare Verhältnisse sorgen und erklärte den Great Fish River zur Grenze zwischen Schwarz und Weiß und untersagte jeden Handel zwischen den beiden Gruppen. Aber weder die Afrikaner und die britischen Siedler, die 1820 kamen, auf der einen, noch die Xhosa auf der anderen Seite verstanden und respektierten die Befehle. Die Folge war eine Reihe von neuen Frontkrie-

gen, die zwischen 1778 und 1878 ausgetragen wurden. Aber ebensowenig wie die Weißen untereinander waren die Schwarzen frei von Stammeskriegen.

1835 wurde aus dem Land zwischen dem Keiskamma und den Great Kai Flüssen zur Provinz der Königin Adelaide. Ein Jahr später wurde der Name in British Kaffraria geändert und die frühere Buffolomission wurde als King Williams Town Hauptstadt und militärisches Hauptquartier des Landes. Ein verstärkter Zustrom von Siedlern führte zum Abdrängen der Xhosa in Reservate, bis schließlich dann British Kaffraria der Kapkolonie im Jahre 1868 zugeschlagen wurde.

Ausgelöscht wurde auch die hierarchische Verwaltungs- und Regierungsform der Xhosa. An der Spitze stand der Chef des Stammes. Sie galten als Väter des Volkes, als Schützer des Landes, Garanten von Recht und Ordnung und als Regenspendler. Sie regulierten die Ernte mit dem Festival der ersten Frucht und schlichteten Streitigkeiten zwischen Stam-

mesangehörigen. Mit seiner Verfassung aus dem 1881 versucht Ciskei eine Mischung von traditioneller Verwaltung und modernem Parlamentarismus zu praktizieren.

So sind die Haptinge der einzelnen Provinzen automatisch Mitglieder der Kammer, andere werden gewählt und andere wiederum vom Präsidenten ernannt. Natürlich hat in dieser Mischung der Präsident als Hapting der Haptinge eine starke Position, die nach westlichen Kriterien durchaus als autoritär bezeichnet werden kann.

Präsident Lennox Sebe beruft sich auf die Abstammung von den Haptingen früherer Zeiten. Seit unendlichen Zeiten hat meine Familie immer eine führende Rolle gespielt, und ich war entschlossen, für mein Volk zu kämpfen, um unsere Würde wiederzugewinnen. Ich entschied mich, das war vor 30 Jahren, für eine politische Karriere, und betrat den Pfad friedlicher Entwicklung. Ich war imstande, meine Mission erfolgreich abzuschließen.“

EGON v. LEU

Xhosa schufen ein Gemeinwesen, das wirtschaftlich existieren kann

Trotz des relativen Wohlstands: Immer mehr Zuzüger bedrohen das Gleichgewicht

Mit der Ciskei haben eine Million Xhosa vor genau fünf Jahren im Rahmen der Apartheid-Politik Pretorias zwar ein Land bekommen, das sie selbst verwalten können, ohne weiße Vorherrschaft, aber sie haben eben doch nur bekommen, was die Weißen glaubten ungefährdet abgeben zu können.

Sie erhielten zwar eine traumhaft schöne Küste von 50 Kilometer Länge, den Flußlauf des Keiskamma, das Hochland von Hwenu und den heiligen Berg der Xhosa zurück, wo der letzte freie Hapting und Vorfahre des jetzigen Präsidenten Sebe im Kampf gegen die Briten fiel, aber sie bekamen King Williams Town nicht, weil die Mehrheit der Weißen das nicht wollte und das jetzt als Insel innerhalb der Ciskei liegt.

Die Xhosa bekamen auch nicht Fort Beaufort und schon gar nicht East London, sondern nur dessen Township Mdantsane. Sie bekamen auch keine Landverbindung zur Transkei, einem Land, wo ebenfalls Xhosa leben. Zwischen beiden Staaten blieb wohl aus militärischen Überlegungen ein Streifen in süd-afrikanischer Hand. Dies steht schon im Widerspruch zu dem Prinzip Pretorias, den schwarzen Stämmen je ein getrenntes Homeland zuzuweisen. Aber das ist nur eine der vielen Ungeheimheiten im Umgang Pretorias mit den schwarzen Südafrikanern.

Die Leute mit dem Klicklaut in der Sprache

Und doch, die Leute mit dem Klicklaut in der Sprache und ihrer langen Geschichte, in der Widerstand gegen die weiße Herrschaft das entscheidende Element war, haben aus dem kleinen Land ohne wesentliche Bodenschätze ein Gemeinwesen geschaffen, das wirtschaftlich existieren kann.

Ungefähr 12 Millionen Schwarze leben heute in Homelands, überwiegend sind es abgelegene spärlich besiedelte Gebiete, überbevölkert und arm, und da von der Außenwelt mit Mithilfe gestützt, angewiesen auf finanzielle Unterstützung der Republik Südafrika. Nur wenige haben Böden, mit denen sich etwas machen läßt, wie etwa Bophuthatswana, wo sich Platinminen befinden.

Die übrigen, wie etwa auch Venda oder Transkei, sind arm und - geschaffen, entsprechend dem Prinzip divide et impera - es möchte sich auch in den meisten der unabhängigen Homelands keine Freude an der Eigenständigkeit einstellen, und auch der Beginn in der Ciskei war schwierig. Präsident Lennox Sebe

unterdrückte Widerspruch mit harter Hand, und sein Halbbruder General Charles Sebe, der früher als Sergeant in Südafrikas Sicherheitsstreitkräften Dienst tat, schuf ein Klima der Furcht in den benachbarten Townships.

Lennox Sebe nahm die Unabhängigkeit seines Landes wörtlicher, im Guten wie im Schlechten, als es Pretoria eigentlich sich vorgestellt hatte. Futschgerichte tauchten auf, als sich Sebe zu einem Besuch in Israel befand im Juli 1983, und zwangen ihn zu unverzüglicher Rückkehr. Einige seiner internen Widersacher fanden sich im Gefängnis wieder.

Aber die entscheidenden Probleme drohen von einer anderen Seite. Das relative Wohlergehen und der Frieden in Ciskei haben zu einem Zustrom von Schwarzen aus den Townships von East London geführt, die jetzt in Zeltlagern untergebracht werden. Auch Pretoria sieht den relativen Wohlstand und plant, weitere 60 000 Xhosa in die Ciskei zu drücken.

Doch der Spielraum für die Regierung Sebe ist schmal. Zwar konnte mit einer radikalen Investitionspolitik die Wirtschaft beflügelt werden, aber alles bewegt sich doch in bescheidenen Maßstäben. Im vergangenen Jahr hat die Republik Ciskei, um die Prinzipien des freien Unternehmertums im Land zu verankern, ein Gesetzeswerk verabschiedet, das zum Gegenstand hat:

- die Aufgabe der Gesellschaftsteuer;
- die Aufgabe jeder Beschränkung für den Bereich der kleinen und mittelständischen Industrie;
- die Einkommensteuer wurde auf einen Maximalsatz von 15 Prozent für Einkommen gesenkt, die 8000 Rand jährlich übersteigen;
- freier Rechtserwerb an Grundstücken;
- ungehinderter Zugang zu einem Großteil des Marktes südlich der Sahara unter Einschluss von acht Staaten im südlichen Afrika (darunter allerdings mehrere Homelands).

Zusätzlich hierzu gibt es keine Abgaben auf Grund und Boden, keine Steuern auf Kapitalerträge und Schenkungen. An Steuern verbleiben de facto nur die Umsatzsteuer, die durch den Verbraucher zu entrichten ist auf alle Güter mit Ausnahme der Grundnahrungsmittel; eine Steuer von 15 Prozent bei Gewinnausschüttungen und die Einkommensteuer von 15 Prozent bei Einkommen von mehr als 8000 Rand jährlich.

Die Regierung bemüht sich darum, auch den Besuch der Sekundarschule zur Pflicht zu machen, da der Erziehungs- und Bildungssektor als

Schlüsselbereich der Entwicklung gilt. Es gibt eine Reihe von Handels- und landwirtschaftlichen Schulen in Buchulu, an der technischen Hochschule werden theoretische und praktische Lehrgänge als Elektriker, Mechaniker, Maurer und Installateur gegeben.

Die Mdantsane-Textilschule bietet eine ausgerüstete Fabrik, in der Textilarbeiter ein On-the-job-Training erhalten. Das Maquoma-Technische-Institut erteilt Unterweisungen im Bereich Schneiderei, Zimmermannsarbeit, Holzbearbeitung und Polstererei. Es gibt drei Schulen zur Lehrerausbildung und die Universität von Fort Hare in Alice, die Alma mater für viele afrikanische Führungspersonlichkeiten.

Schönheit an der Küste und im Landesinnern

Ciskei bietet eine Vielzahl von Naturschönheiten. Da gibt es etwa die 50 Kilometer Küste am Indischen Ozean mit endlosen Stränden aus feinem weißen Sand, unterbrochen lediglich durch Flussmündungen und Nehrungen. Im Landesinneren locken unberührte Wälder und die Amatola-Berge. Der Wanderer entdeckt hier eine Vielzahl von Bäumen, Farnen, Blumen, Vögeln und Fossilien. Das Katberg-Hotel bildet den Ausgangspunkt, von dem aus die Region erforscht werden kann.

Höher im Norden, im Hwenu-Distrikt, liegt der Tsolwana-Tierpark. Im Jahre 1979 gegründet, ist es ein Gebiet von mehr als 10 000 Hektar unberührten Buschlands. Durch weitere intensivere Besiedlung könnte das Erreichte alsbald aufgezehrt sein. Bodenerosion und Überweidung machen dem Land zu schaffen, und Arbeitsplätze in der Industrie sind nicht beliebig vermehrbar.

Doch das Land steht noch vor weiteren Herausforderungen, die das innere Gleichgewicht bedrohen: Da ist einmal das Bevölkerungsproblem, da ist aber auch das ungewisse Schicksal der Einnahmen aus der Zollunion mit der Republik Südafrika. Verschärft sich die Isolation des Landes am Kap, könnte auch diese Einnahmequelle austrocknen.

Kein Wunder, daß Ciskei versucht, die Außenwelt auf sich aufmerksam zu machen. Präsident Sebe: „Es ist eine Ironie, daß die ganze Welt Beifall klatscht, wenn auch die kleinste der Nationen unabhängig wird, und ihr dann anschließend zu Hilfe kommt, daß sie aber taub ist für die Nöte von mehr als einer Million Ciskeier.“

H.-H. HOLZAMER

Entdecken Sie Ciskei!



... das aufregende Land der Gegensätze!

Ciskei, die historische Heimat des Xhosa-Volkes am Rande des Indischen Ozeans, heißt seine Gäste herzlich willkommen!

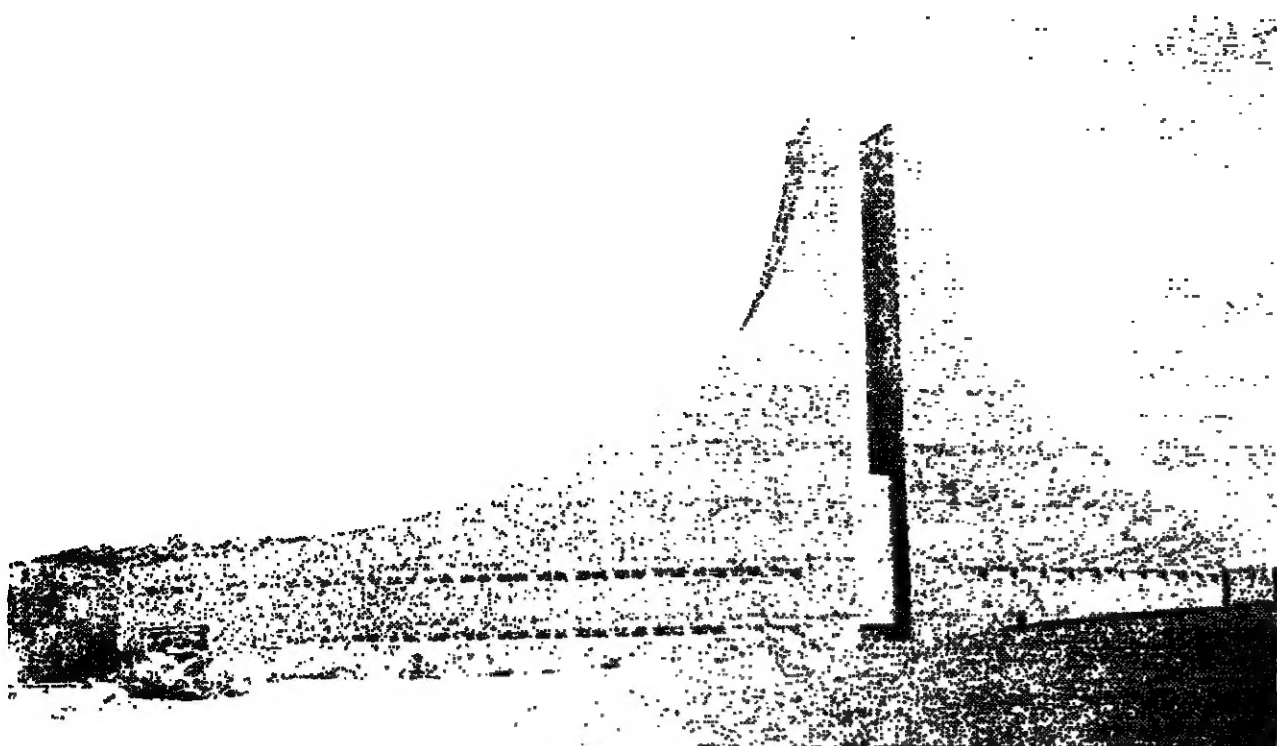
Genießen Sie das einmalig anregende Erlebnis... Ciskei! Jungfräulich weiße Sandstrände, eine fruchtbare Küstenebene und dann das majestätische Amatola-Gebirge... in kurzer Zeit gelangen Sie von den Spieltischen des Casinos in der Hauptstadt Bisho zur rauen Wildnis im

Norden, wo ungezähmtes Getier durch die Landschaft streunt!

Ciskei - der perfekte Einklang von Stammes- und zeitgemäßem Urlaubskomfort.

Nähere Auskünfte erhalten Sie von
CISKEI TOURIST BOARD
P.O. Box 56, Bisho, Republik Ciskei
Tel. +27 401 91131-2, FS (95) 250 795 cx

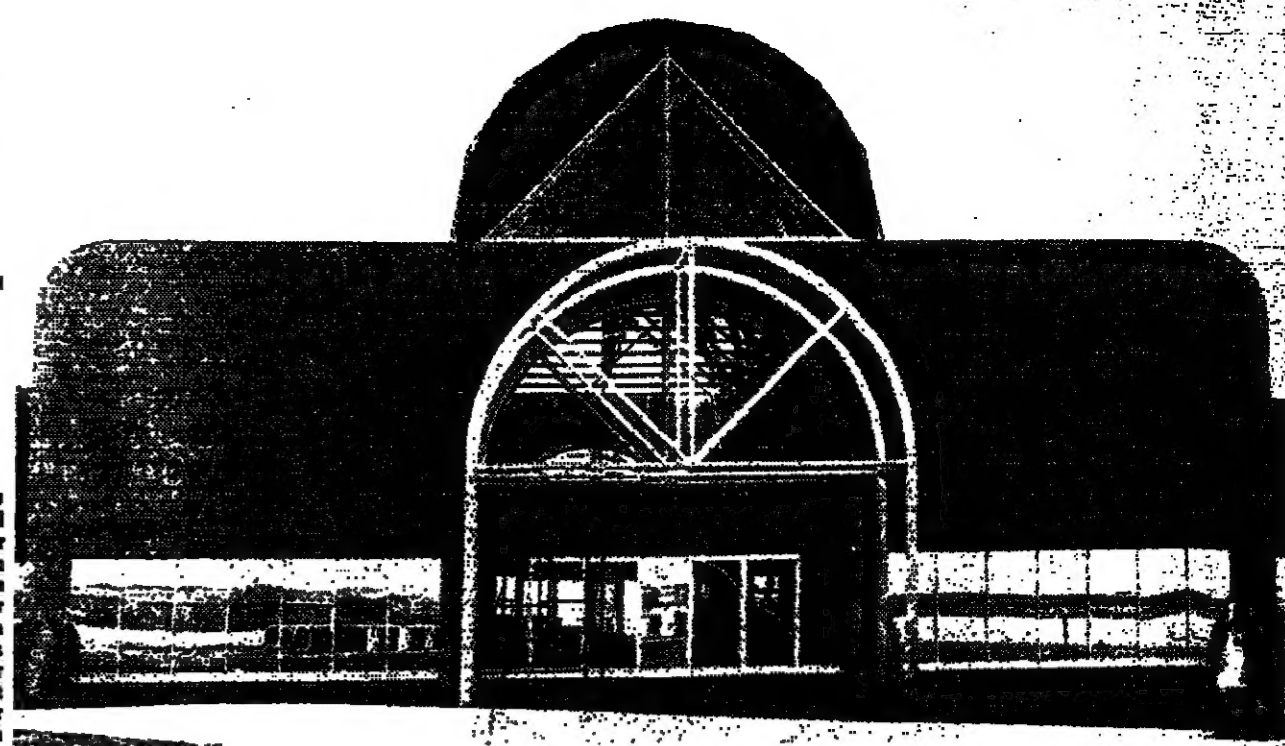




Der National Shrine bei Bisho, hier, wo der letzte freie Xhosa-Häuptling im Kampf gegen die Briten fiel, verknüpft sich Tradition mit politischem Bewußtsein

FOTOS: HHH

Der Bulembu International Airport liegt nur 40 Autominuten von East London entfernt. Aber junge Staatsbürger können auf dieses Attribut ihrer Eigenständigkeit nur schwer verzichten



Für Xhosas zwei Staatsbürgerschaften? Eine Wanderung am Great Fish River

„Eine der positivsten legislatorischen Maßnahmen der letzten Jahre der Regierung in Pretoria“

Mit der Gewährung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft für die Schwarzen in den Homelands hat die Regierung Botha Abschied genommen von ihrem ursprünglichen Konzept der Ausgrenzung der schwarzen Völker – und damit von einem Eckstein der Apartheid.

Tatsächlich war diese Frage bei der zweiten Lesung im Parlament im Juni dieses Jahres zwischen den politischen Flügeln und Fraktionen heftig umstritten. Stoffel van der Merwe, Abgeordneter aus Helderkruid, sagte für die regierende NP, daß „dieses Gesetz eine der positivsten Maßnahmen ist, die die Regierung in den letzten Jahren ins Parlament gebracht“ habe. Er meinte, daß den Einwohnern der Homelands bei deren Unabhängigkeit automatisch die südafrikanische Staatsbürgerschaft

genommen worden sei, habe zu einer tiefen Entfremdung zwischen Schwarzen und Weißen geführt, die „Unruhestiftern und Revolutionären das leichte Argument zugespielt“ hätte, das Gespräch ohne Bürgerrechte sinnlos wären. Die Gefahr, daß das neue Gesetz, dessen dritte und endgültige Lesung bevorsteht, es leichter mache, illegal nach Südafrika einzuwandern und dann die südafrikanische Staatsbürgerschaft zu erhalten, sei gering.

Jan Hoon aus Kuruman lehnte in der Debatte für die CP das Gesetz ab, weil es zur „Gründung eines Einheitsstaates“ führen würde, mit einem Ein-Mann-eine-Stimme-System. Das Ergebnis wäre „Machtteilung mit den Schwarzen auf allen Ebenen der Regierung“.

In die gleiche Kerbe hieb Daan van der Merwe aus Rissig,

der in seinen Ausführungen mit der These, die Regierung würde das niederreißen, was in den Jahren zuvor mit Mühe aufgebaut worden sei, die Meinung der Rechten im Abgeordnetenhaus wiedergab. Für die Gemäßigten vertrat Professor Nic Olivier die Auffassung, daß die Regierung kein Recht habe, Leute, die in Südafrika geboren worden seien und hier gelebt hätten, aus ihrer Staatsbürgerschaft zu treiben. Auch die Führer der unabhängigen schwarzen Homelands hätten dieses Recht nicht.

Die Auffassung der Regierung ist nach den Ausführungen von Stoffel Botha, dem Minister für Innere Angelegenheiten, dahin zu skizzieren, daß Pretoria bereit ist, den Schwarzen der Homelands doppelte Staatsbürgerschaft zu gewähren, und zwar die Südafrikas und die ihres Homelands.

In der Ciskei betrachtet man das Vorhaben der Regierung in Pretoria mit gemischten Gefühlen. Auf der einen Seite nehme eine doppelte Staatsbürgerschaft den Xhosas außerhalb der Ciskei die Furcht, sie würden, gingen sie ins Homeland, abgeschoben werden.

Auf der anderen Seite jedoch untergrabe die südafrikanische Staatsbürgerschaft das in den fünf Jahren seit der Unabhängigkeit mit Mühe aufgebaute Gefühl einer eigenen staatlichen Identität. Man wird sich aber einer Wiederherstellung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft für die Ciskeier nicht widersetzen und damit eine andere Haltung einnehmen als Bophuthatswana, das in Gesprächen mit der südafrikanischen Regierung dies ausdrücklich ablehnt.

Was Touristen bei Tagestouren unbedingt beachten müssen – Übernachtung in der Mbabala-Lodge

Tief im Tal des Great Fish River, wo das heiße Klima nur die stärksten Pflanzen überleben läßt, findet man einen Wanderpfad für Naturliebhaber, den Double Drift Hiking Trail. Wem es nichts ausmacht, sich durch Dornbüsche und über Felsen voranzukämpfen, stößt hier auf Stromschnellen, eine faszinierende Vielfalt von unbekannten Pflanzen und wilden Tieren. Hier ist der Kudu zu Hause, den Brehm in seinem Tierleben mit Schraubenantilope übersetzt.

Eine Umwelt, die nicht für jedermann geschaffen ist. Aber Wanderer und Naturliebhaber, die den Trail entlanggehen, am Fluß entlang und über die Hoch- und durch verfallene Forts und das Farmland, werden eine Ciskei kennenlernen, die sich nicht wesentlich seit der Zeit der Grenzverträge geändert hat.

Die Wanderung beginnt am Double Drift. Hier teilt sich der Fluß vor einer Insel, bildet so zwei Ströme, durch die im 19. Jahrhundert die Wagen zogen. Stromaufwärts liegt das Double Drift Fort und schützt das Kudu-Schutzgebiet Andries Vosloo. Gegenüber am Keiskamma River liegen die Ruinen von Fort Willshire und alle Wagen, die von Fort Willshire, wo die Xhosas Elfenbein, Fell, Getreide und Handarbeiten tauschten, nach Grahamstown ins militärische Hauptquartier wollten, mußten durch den Fish River beim Double Drift.

Die Wanderung kann in zwei oder drei Tagen geschafft werden. Der Trail ist 54 Kilometer lang und mit einem blauen Kranich auf weißen Untergrund gut gekennzeichnet. Für die Zweitages-Wanderung benötigt man einen Rucksack mit Wasser,

Verpflegung, Regenkleidung, Erste-Hilfe-Material und ähnliches mehr. Übernachtet wird in der Mbabala-Lodge.

Auch wer sich drei Tage Zeit lassen will, startet bei Double Drift, wo man auch die Fahrzeugbeaufsichtigung zurücklassen kann. Die erste Nacht verbringt der Wanderer am Zusammenfluß von Fish und Cat River, die zweite im Schatten der alten Farn Grootdraai auf einer grasbewachsenen Ebene am Fluß. Wer die Drei-Tage-Tour wählt, muß mit allem Notwendigen ausgestattet sein.

Die Buchung erfolgt über das Ciskei Tourist Board, PO Box 56, Bisho, Ciskei, Telefon 04 33-212 09 oder 04 01-9 11 31. Man findet das Ciskei Tourist Board im Pick and Pay Center, Bisho, gegenüber vom Amatola Sun Hotel. Die Mbabala-Lodge kostet zehn Rand pro Person. Sie

bietet Schlafmöglichkeiten auch für größere Gruppen. Die Campinganlage kostet 2,50 Rand die Nacht.

Wer die Wanderungen macht, muß sich über die wechselnden Temperaturen im klaren sein. Im Winter kann es nachts kalt und windig werden. Im Sommer muß man sich gegen Insekten schützen und aufpassen, daß man sein Lager nicht in der Nähe von Ameisen- oder Termitennestern aufschlägt. Auch Schlangen gibt es reichlich, und für sie gilt das gleiche wie bei der Begegnung mit größeren Tieren: Langsam zurückziehen.

Neben dem Double Drift Hiking Trail soll nicht unterschlagen werden der Wanderpfad zu den Amatola-Bergen, der ebenfalls gut gekennzeichnet und auf sechs Tage angelegt ist. Auskünfte hierüber beim Ciskei Tourist Board.

Idylle am Meer: Hamburg im südlichen Afrika

Wo der Keiskamma-Fluß in den Indischen Ozean mündet, das träge Gewässer Mühle hat, seinen Weg über die weißen Dünen und durch die Gischte der Brandung zu finden, dort liegt Hamburg. Deutsche Legionäre, so will es die Geschichte wissen, ließen sich im Jahre 1857 hier nieder. Von East London aus waren sie südwärts gezogen, in Richtung auf die Amatola-Berge, und stießen auf einen Platz, der bei den Xhosas Imthonjeni hieß, was soviel heißt wie Ort der Wasser.

Doch Hamburg, Ciskei, hat mit der großen Schwester nur den Namen gemein. Hier im Süden Afrikas gibt es nur ein Hotel, das „Hamburg-Resort“, und eine Anzahl von Villen, darunter das Landhaus des Präsidenten, die sich über dem Strand an die begrünten Sandberge drücken. Hamburg hat auch nur eine Straße, und die ist in diesem Sommer auf den Namen Reeperbahn getauft worden. Keine tausend Seelen leben hier, und entsprechend unberührt sind die Strände der Keiskamma-Mündung.

Kein Platz der Unruhe

Hier ist absolut nichts los, und diejenigen, die hier ihr Quartier bezogen haben, beäugen jeden Ankömmling skeptisch, ob er keine Unruhe in die Idylle am Meer bringt. Wer unbedingt was tun will, der kann auf dem Keiskamma angeln, er ist reich an Fischen, er kann auf dem Fluß surfen oder auf dem Ozean, wo allerdings niemand denjenigen zurückbringt, den die Kräfte oder die Gunst des Windes verlassen haben. Hamburg,

Ciskei, ist kein Platz der Unruhe. Wer hierher kommt, wird von der Schönheit der unberührten Natur überwältigt und ist voll auf damit beschäftigt zu begreifen, daß es Derartiges in einem so kleinen und so dicht bevölkerten Land wie Ciskei gibt. Wem Hamburg zu ruhig ist, der findet ein Stück weiter in Richtung Süden das Resort Mpekwini, eine Anlage, die sich für Familien anbietet, aber auch für Seminare, wenn nicht mehr als 120 Delegierte teilnehmen.

Ideales Surf-Revier

Auch Mpekwini liegt an einer Flußmündung, nur ist der Mpekwini-Fluß nicht stark genug, die Sandküste und die Brandung des Meeres zu durchbrechen. Einem stillen See gleich, ist er ideales Revier einer Surf-Schule. Die Anlage bietet Pools, Tennis, Squash, Bowling und andere sportliche Angebote. Das Leben vollzieht sich hier ein paar Takte schneller als in Hamburg, aber immer noch ruhig genug, daß die Natur und ihre Schönheiten ihre Tempi setzen können.

Fünf touristische Attraktionen zählt die Küste Ciskeis. Kayers Beach, Kiwane, Hamburg, Mpekwini und Gibraltar Rock. Die gesamte Küstenlinie ist 50 Kilometer Länge. Sie bekommt ihren Reiz durch die zahllosen Flüsse, die sich hier ihren Weg ins Meer suchen. Von dem Neera im Norden, über den Keiskamma bis hin zum Great Fish, der im Süden die Grenze zur Republik Südafrika bildet.

Zehn programmatische Ziele für die Republik Ciskei

- Die Schaffung eines lebensfähigen Staates Ciskei.
- Der Aufbau einer freien Gesellschaft, in der Ciskeier in Sicherheit mit Selbstrespekt und Würde leben können.
- Der Aufbau freundschaftlicher internationaler Beziehungen zu allen Ländern in der Welt, die eine vergleichbare Gesinnung haben.
- Der Aufbau eines Staatenbundes im südlichen Afrika.
- Schaffung von Arbeitsplätzen und eines Zuhauses in Ciskei für alle Ciskeier, wo immer sie auch sein mögen.
- Fortsetzung des Kampfes in der Republik Südafrika, Gleichheit für unser Volk mit den Völkern anderer Rassen herzustellen.
- Jeden Ciskeier mit einem Essen täglich zu versorgen.
- Eine gesunde Wirtschaft in Ciskei aufzubauen, die sich auf Landwirtschaft gründet.
- Eine stabile demokratische Regierung zu etablieren, die den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt, nicht nach dem westlichen Demokratieverständnis, sondern entsprechend unseren traditionellen Konzepten.
- Für Gerechtigkeit und Frieden arbeiten.

Dr. L. L. Sebe, Präsident der Republik Ciskei

Ciskei, allgemeine Angaben: Gebiet: 9000 Quadratkilometer, Bevölkerung eine Million (1985), Hauptstadt Bisho, Amtssprachen Xhosa und Englisch, Währung: Südafrikanischer Rand, Bruttoinlandsprodukt: pro Kopf 700 Rand (1985), Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes: 6,3 Prozent, Inflation: 17 Prozent (1985).

Industrie: Ciskei wertvollstes Gut sind seine Arbeitskräfte. Um diese zu mobilisieren, hat die Regierung eine innovative Wirtschaftsordnung eingeführt, die Ciskei zu einem Steueroasise machte und so wirtschaftliche und industrielle Aufmerksamkeit auf das Land zog. Es gibt eine Reihe von Körperschaften, die darauf spezialisiert sind, ihre Dienstleistungen bei der Entwicklung Ciskeis anzubieten. Zu nennen sind die Ciskei Peoples Development Bank für die Industrie, die Ciskei Small Business Corporation für kleine und mittelständische Firmen, die Agriculture Corporation für die Landwirtschaft. Diese Organisationen haben zusammen mit der Regierung dazu geführt, daß Tausende Ciskeier in Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft Beschäftigung fanden und Millionen Rand im Land investiert wurden. Man spricht heute schon davon, daß Ciskei Afrikas „industrielles Wunder“ sei. Es gibt expandierende Industriezonen in Dimbaza, Fort Jackson und Soda, ebenso wie Fabrikkomplexe in Mdantsane und Zwelitsha, während Verarbeitungsbetriebe auch in den ländlichen Bereichen an Popularität gewinnen. Während einer Wirtschaftskrise, die generell von Depressionen gezeichnet ist, blühen Ciskeis wirtschaftliche und industrielle Sektoren in einem Ausmaß, wie es im südafrikanischen Kontext nicht gegeben ist. Bei der Unabhängigkeit betrug das investierte Kapital in die Industrie 42 Millionen Rand. Heute stieg es auf auf mehr als 300 Millionen, mit einem korrespondierenden Zuwachs an Arbeitsplätzen von 6000 auf mehr als 30 000.

Industrielle Anreize: Zusätzlich zu den Steuererleichterungen bietet die Ciskei folgende Anreize im Herstellungsektor: 1. Eine 60prozentige Kostenersparnis für den Transport von Fertigwaren zu Zielen irgendwo in Südafrika auf der Grundlage von Schiffs- oder Eisenbahntarifen. 2. Ein Wohnungsförderungszuschuß für das Spitzenmanagement in Höhe von 40 Prozent der Zinsforderungen des Bauunternehmers, für ein Minimum von sechs Jahren. 3. Ein Zuschuß bei den Stromkosten. 4. Eine zehnprozentige Preisprämie bei Ausschreibungen der Regierung.

Entscheidend für den Erfolg im industriellen Bereich waren die Serviceleistungen der Ciskei Peoples Development Bank, die von der Wirtschaftlichkeitsprüfung bis zu Marktstudien das Investitionsvorhaben begleitete. Auch während des Betriebs garantieren Berater das problemlose Funktionieren des Unternehmens.

Industriebetriebe: Vielzahl von herstellenden Betrieben, mit zwei größeren Industriebereichen Dimbaza und Fort Jackson. Ciskei exportiert

AUF EINEN BLICK

überwiegend Textilien und Bekleidungsgegenstände.

Landwirtschaft: Vor allem Ananas und Gemüse an der Küste, Getreide, Zitrusfrüchte, Tierhaltung, darunter Schafzucht im Inland. Subsistenzlandwirtschaft spielt noch eine große Rolle, Anteil am Bruttoinlandsprodukt 12,2 Prozent.

Außenhandel: Die Handelsbilanz hat sich verbessert aufgrund der industriellen Entwicklung und des Exports fertiger Produkte nach Südafrika und ins Ausland. Exportiert werden industriell gefertigte Güter, vor allem Dingen Textilien und Kleidungsstücke, Ananas, Zitrusfrüchte, Fleisch, Mohair

trägt 21 Grad, die Wintertemperatur 13 Grad.

Einreiseformalitäten: Beim Eintritt in die Republik Südafrika wird ein Paß verlangt, zwischen Südafrika und Ciskei gibt es keine Paßkontrollen. Die Visa-Bestimmungen sind die gleichen wie für Südafrika.

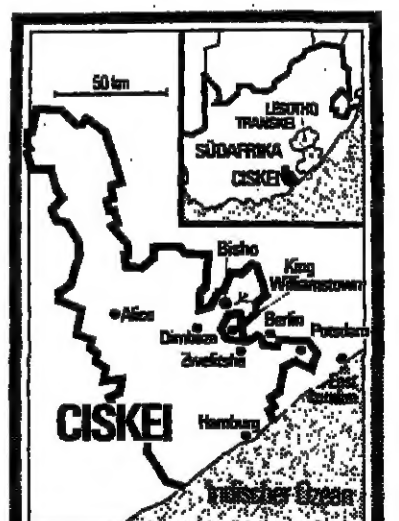
Gesundheitszeugnisse: Zur Zeit werden keine Impfungen verlangt.

Flughäfen: Der Bulembu-International-Airport ist im November eröffnet worden. Der Flughafen von East London befindet sich in 40minütiger Entfernung von Bisho.

Land- und Seeverbindungen: Ciskei ist mit den Städten Südafrikas über



Chiefminister Lennox Sebe führt die Xhosas in eine Unabhängigkeit, die keine Anerkennung findet



Straßen und Schienen verbunden, an Häfen stehen East London und Port Elizabeth zur Verfügung.

Medien: Radio-Ciskei bringt Programme auf Englisch und Xhosa, in Ciskei können auch die gängigen südafrikanischen Stationen empfangen werden. Eine eigene Fernsehstation soll im Frühjahr 1987 eröffnet werden, derzeit werden die südafrikanischen Fernsehprogramme empfangen.

Feriendat: 1. Januar, 6. April, 31. Mai, 10. Oktober, 4. Dezember, 16. Dezember, 25. Dezember, 26. Dezember. Veränderung der Ferientage: Karfreitag, Ostermontag, Himmelfahrt.

Arbeitszeit: In den Banken Montag bis Freitag 9 bis 15.30, Samstag 8.30 bis 11.00 Uhr, Regierung: 8 bis 13, 14 bis 16.30 Uhr, Geschäfte: 8 bis 17 Uhr.

Wichtige Verbindungen: Amatola Sun, Hotel und Casino, Tel.: 04 01-9 11 11, Telex 25-0407; Mpekwini-Holiday-Resort, Tel.: 04 03-61 31 26, Telex 25-0841; Fremdenverkehrsamt, Tel.: 04 01-9 11 31, Telex: 2-0795; Informationsabteilung, Tel.: 04 01-9 14 14, Telex 25-0476; Ciskei Peoples Development Bank, Tel.: 04 01-9 20 11, Telex 25-0134, Telex 9401-91442; Ciskei Agricultural Corporation, Tel.: 04 01-9 21 91, Telex 25-0458; Ciskei Small Business Corporation, Tel.: 04 01-9 21 67.

Telefon: Die Internationale Vorwahl Ciskei ist die gleiche wie für Südafrika, nämlich 00 27.



Nur ein Hotel hat die Hauptstadt Bisho, das Amatola Sun, sein Kasino wird vor allem von Südafrikanern besucht

FOTOS: HHH

REPUBLIK CISKEI



Ruinen einer Soldatenkaserne im Gebiet von Padda.

DAS ERSTE STEUERPARADIES AFRIKAS

Die kleine, arme, aber reichlich mit Rohstoffen und Arbeitskräften gesegnete Republik Ciskei hat sich als erstes Steuerparadies Afrikas etabliert. Der Einkommensteuersatz von 15 % ist der niedrigste in der Region. Die sehr einfache Besteuerung ist ein großer Anreiz für Investoren, die in die Region einwandern wollen. Die Regierung hat auch eine Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft zu stimulieren.

INVESTITIONSMÖGLICHKEITEN

Die Regierung von Ciskei bietet eine Reihe von Investitionsmöglichkeiten an. Die Regierung hat eine Reihe von Unternehmen gegründet, die in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft tätig sind. Die Regierung hat auch eine Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft zu stimulieren.



Das Industriegebiet Dimbaza – das Herz von Handel und Industrie in Ciskei.



Einige Beispiele traditioneller Ciskei-Handarbeit.

WICHTIGE ANGABEN

Offizielle Staatsbezeichnung: Republik Ciskei

Staatschef: Dr. James F. M. M. Nkomo
Präsident: Dr. James F. M. M. Nkomo
Vizepräsident: Dr. James F. M. M. Nkomo



Fläche: 3.000 km²
Einwohner: 1,5 Mio.
Hauptstadt: Bisho
Amtssprachen: Xhosa und Englisch
Währung: Rand (R) = 100 Cent
Unabhängigkeitstag: 4. Dezember 1991

Schwarz und Weiß trafen auf dem heutigen Gebiet von Ciskei erstmals vor etwa 100 Jahren aufeinander. Die beiden Gruppen waren sich gegenseitig feindlich. Der Kampf währte etwa 100 Jahre.

Die Überreste von Schleifsteinen, Kesseln und Pfeilen kann man heute noch bestaunen. Sie sind zu einer gewöhnlichen Attraktion für Touristen geworden. Heute ist Ciskei das erste Steuerparadies Afrikas und eines der jüngsten der ganzen Welt. In der Grundbesitzreform ist Ciskei Spitzenreiter in Afrika. Sein Gebiet umfasst landschaftlich einmaligen Vielfalt, wie es sie kaum noch anders gibt.

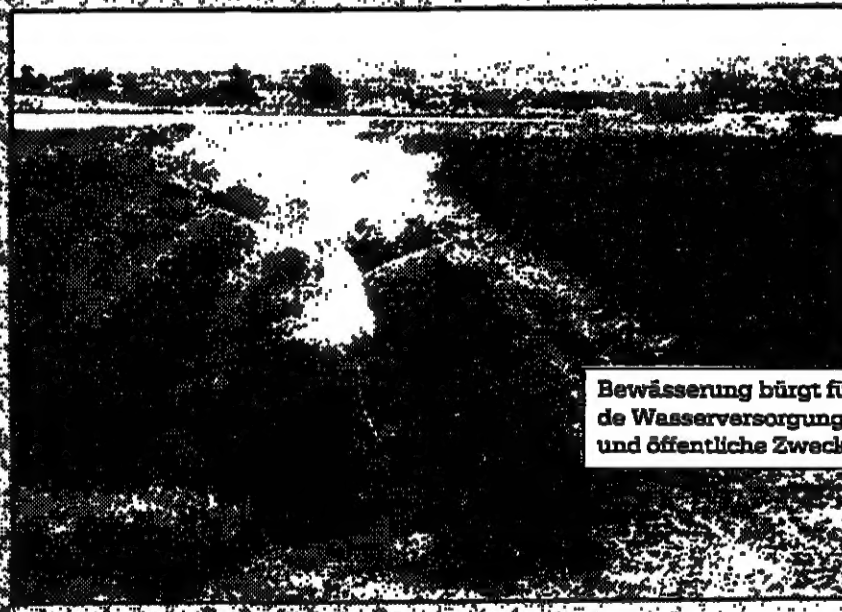


Eine der vielen Teppichfabriken, für ihre Webarbeiten bekannt.

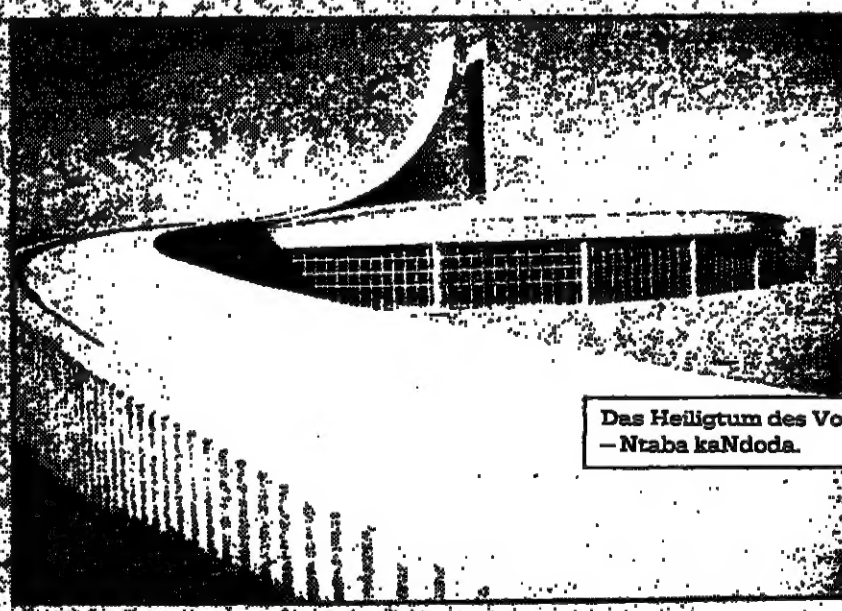
TOURISTISCHE ATTRAKTIONEN

Ciskei ist einmal etwas anderes... das Beste aus Afrika trifft hier auf gewohnte westliche Attraktionen. Ciskei wurde von der Natur gesegnet und ist eines der schönsten Länder des gesamten Kontinents. Auf seinem kleinen Gebiet gibt es nicht weniger als drei deutlich unterschiedliche Klimazonen – von der jungfräulich unberührten wilden Küste über das neblige Amatola-Gebirge mit seinen kristallklaren Forellenbächen und Wäldern bis zum trockeneren Norden, wo sich das wunderschöne Tsolwana-Naturschutzgebiet befindet und wo mehr als 3000 wilde Tiere auf 10.000 ha unberührten Buschfeldes zu Hause sind.

Ciskei bietet seinen Besuchern Fischen in Süß- oder Salzwasser, Überlandwanderwege und vieles mehr an Land und See. Es steht ein Luxus-Casinohotel ebenso zur Auswahl wie Strandhotels, abgelegene Herbergen im Gebirge oder die freie Landstraße zum Campen.



Bewässerung bürgt für ausreichende Wasserversorgung für private und öffentliche Zwecke.



Das Heiligtum des Volkes von Ciskei – Ntaba kaNdoda.

SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

Das Ziel der Regierung von Ciskei ist es, eine Reihe von sozialen Dienstleistungen zu bieten. Die Regierung hat eine Reihe von Unternehmen gegründet, die in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft tätig sind. Die Regierung hat auch eine Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft zu stimulieren.

DIE ZUKUNFT

Das Ziel der Regierung von Ciskei ist es, eine Reihe von sozialen Dienstleistungen zu bieten. Die Regierung hat eine Reihe von Unternehmen gegründet, die in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft tätig sind. Die Regierung hat auch eine Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft zu stimulieren.

Korrespondenz und Anfragen werden erbeten an:
The Development Manager
Ciskei People's Development Bank Ltd.
P.O. Box 55
Bisho, Republik Ciskei
(Südliches Afrika)
Telefon: 00 27 / 4 01 / 9 20 11 FS: (95) 2 50 134 ex

Anfragen in deutscher Sprache richten Sie bitte an:
International Media Service (Pty) Ltd.
Box ECM 7101, London WC2N 3XX



Eine Herausforderung für die junge Wirtschaft Ciskeis ist der starke Zustrom von Neubürgern aus dem benachbarten Südafrika, dem Boden droht Überweidung, der Infrastruktur Überlastung



Auf den Spuren von Häuptling Jongamsobomvu

Die überschaubare Fläche von nicht einmal 9000 Quadratkilometern und ein hervorragend ausgebautes Straßennetz, überwiegend geasphaltet, laden dazu ein, Ciskei mit dem Auto zu erobern. Für Rundkurse empfiehlt das Tourist-Board den Bisho-Circuit, den Alice-Circuit, den Peddie-Circuit und den Northern-Circuit.

Der Ausgangspunkt Bisho bietet sich deswegen an, weil hier mit dem Amatola-Sun-Hotel eine Unterkunft gegeben ist, die sich nicht nur mit fünf Sternen, sondern auch einem Spielcasino, einem Nachtclub, einem Swimmingpool und einem Kunstgaleriezentrum schmücken kann. Es liegt in der Nähe des Parlaments und des Obersten Gerichts, und von seinen Gärten hat man einen Blick auf das, was einmal das Geschäftszentrum von Bisho werden soll, was aber heute noch ein wenig an Potemkin erinnert.

Eigentlich wäre King Williams Town, die südafrikanische Stadt, die rundum von Ciskei-Territorium umgeben ist, die geborene Hauptstadt für die fünf Jahre alte Republik, aber die Mehrheit seiner Bürger wollte den Anschluss nicht, obwohl der Nachbar heute wichtiger ist als die Republik Südafrika, so daß schon darüber spekuliert wird, ob sich nicht Williams

Town früher oder später Ciskei anschließt.

Die erste Station auf dem Bisho-Rundkurs ist King Williams Town. Hier ist das Kaffrarian Museum, auf deutsch das Museum der Kaffer, und das Museum der Missionare in der Wesleyan Church, die beide zusammen einen Eindruck von der Vergangenheit des Landes vermitteln.

Von King Williams Town geht es auf der 850 Kilometer geplanten Tour durchs Stammesgebiet der amaXhosa zur Bryce Roast Memorial Church, durch die Industriestadt Dimbaza hinab ins Becken des Keiskamma zum Memorial von Leutnant Baile, der mit seinen Leuten im Frontier War 1894/95 mit seinen Leuten dem Xhosa-Häuptling Maqoma unterlag. Ihre Gräber liegen im Schatten einer uralten Eiche, gegenüber einer Kirche deutscher Siedler, heute noch so da wie seinerzeit, als die Choräle zur Beerdigung verhallten.

Wenige Kilometer entfernt tobte 1818 die Schlacht von Amalinde, als sich Ngqika und Ndlambe um die Macht in Ciskei stritten. Nicht weit ist es von hier zum National Shrine, dem Nationalheiligtum NtabakaNdoda. Es wurde von Präsident Sebe 1981 als Erinnerung an die Xhosa-Häuptlinge eröffnet, die, wie er sagte, „auf dem Berg im Kampf für ihr Vaterland fielen“. Das Memorial ist für die Ciskeier das, was vielleicht die Westminster Abbey für die Briten ist.

Hinter dem Amphitheater liegt auf

dem Berg das Grab von Häuptling Jongamsobomvu Maqoma, dem wohl größten Heerführer unter den Xhosa. Von seinem Berg führt eine gerade Linie über den National Shrine hin zum Parlament, und wenn der Speaker das Wort ergreift, blickt er durch die geöffnete Tür zum heiligen Berg.

Auf der Straße, die einst von britischen Soldaten gebaut wurde, geht es dann nach Keiskammahook, das zwischen 1843 und 1846 ein Grenzposten war. Die Ruinen von Castle Eyre sind heute ein National Monument. Zwei Wege von Keiskammahook zurück nach Bisho bieten sich an. Einer gen Süden am Staudamm Sandile vorbei, am Grab von Ngqika, der in der Schlacht am Bompaß einen Erfolg gegen die Briten erfocht.

Wer auf der Südroute Glück hat, dem begegnet vielleicht bei Debe Nek ein Riesenregenvurm. Von hier stammt auch das Exemplar, das Eingang in das Guinness-Buch der Rekorde als Weltmeister gefunden hat. Diese mehr als drei Meter langen Riesen haben ihre Spuren in der Landschaft hinterlassen. Sie selbst trifft man am besten, wenn es geregnet hat.

Die Nordroute führt am Sankt Matthew College, einer anglikanischen Mission, vorbei. An den Hängen des Amatola erreicht man den Dontsapaß und das Grab von Häuptling Sandile, der bis zu seinem Tod 1878 seine Leute im Grenzgebiet führte. Sandiles Vater war übrigens vorn erwähnter Ngqika. An der Sankt Thomas

School, einer Einrichtung für Taubstumme, geht es an einer Forellenzuchtanstalt vorbei in den Piriforest. Hier nehmen der Amatola-Hiking-Trail und andere Ausflugsrouten ihren Ausgang. Auf dem Weg zurück nach Bisho bietet sich die Auswahl an, ob man über Frankfurt oder Braunschweig fahren möchte.

Der zweite Rundkurs führt im Cat River Valley entlang nach Alice, einer Stadt, die den Namen der Tochter von Queen Victoria trägt. Alice beherbergt die Universität von Fort Hare, gegründet 1961 als erste gemischtsprachige Hochschule Südafrikas. Heute streben 3000 Studenten nach den Diplomen, die Zutritt zur Karriereleiter versprechen. Alice beherbergt auch die Lovedale Mission, benannt nach John Love von der Glasgow Missionary Society, das heute ein bedeutendes pädagogisches Zentrum ist, in dem auch Präsident Sebe seine Ausbildung erhielt.

Der dritte Rundkurs führt nach Peddie, einer Stadt, die ihre Bedeutung nicht der Bildung, sondern dem Widerstand der Xhosa gegen die Briten verdankt. Colonel John Peddie von den 72 Highlanders legte hier einen der wichtigsten Posten an der Ostgrenze der Kap-Kolonie an, das sternförmige Fort, das später errichtet wurde. Die Baracken der Kavallerie sind heute noch zu besichtigen. Der vierte Kurs führt in den Norden nach Seda, zum Tafelberg und den Tsolwana Tierpark. Ho.

Gute Chancen für Investoren in Afrikas neuem Steuerparadies

Alle einschränkenden Vorschriften für die Kleinindustrie wurden außer Kraft gesetzt

Schachmatt in einem Zug, diese Aussicht würde selbst Karpow oder Kasparow erleben lassen. Daß diese Mattdrohung für das Finanzamt gelten soll, läßt die Herzen vieler Investoren schneller schlagen. Versprochen wird das von Afrikas neuem Steuerparadies, der Ciskei. Das Versprechen des Landes, das etwa so groß ist wie die britische Provinz Wales, klingt so, als habe jemand den Mund zu voll genommen. Aber die Regierung unter Präsident Lenox Sebe sah sich zu dieser extremen Form einer freien Wirtschaft veranlaßt, um aus Ciskei, einem Land ohne Bodenschätze und mit überweidetem Land, ein wirtschaftlich gesundes Staatswesen zu machen.

Die steuerparadiesischen Zeiten begannen am 1. März 1985, als Ciskei die Gesellschaftssteuern strich, alle einschränkenden Vorschriften für den Bereich der Kleinindustrie aufgab, die persönlichen Steuern zu einem Maximum von 15 Prozent auf Einkommen über 8000 Rand beschränkte und Ausländern Industrieland anbot.

Andere Anreize schließen eine 60prozentige Reduzierung auf Eisenbahntarife innerhalb Südafrikas ein, eine 60prozentige Unterstützung bei Hypotheken für Manager in Schlüsselbereichen, billigen Strom und eine 10prozentige Preispräferenz bei Aus-

schreibung der Regierung. Die einzige Steuer für Geschäftsleute sind geringe 15 Prozent bei repatriierten, das heißt ins Ausland verbrachten Profitten.

Die Entscheidung der Investoren, einen steuerfreien Status zu verliehen, entsprang der Erkenntnis, daß die bestehenden Anreize, die in Abstimmung mit Pretorias Politik zur industriellen Dezentralisierung gegeben worden waren, zu teuer waren. Diese wurden oft von bedeutungslosen Gesellschaften mißbraucht, die die Unterstützung für die Lohnzahlung einstrichen und nicht einmal diese an ihre Arbeitskräfte weitergaben.

Wie Dave Hart, der General Manager der Ciskei Peoples Development Bank, sagt, ist die Steuerfreiheit nicht nur billiger für die Ciskei und ebenso für Pretoria, das die Dezentralisierungsbemühungen zur Hälfte unterstützt, es lockt auch eher gesunde, profitable und dynamische Firmen an. Nach Angaben des Verwaltungsdirektors der Development-Bank, Zecil Vander, konnten in den vergangenen Jahren 40 neue Gesellschaften nach Ciskei gelockt werden, und 19 bereits bestehende Fabriken expandierten. Neues industrielles Investment in Höhe von 68,7 Millionen Rand kam in das Land und schuf dort 5744 neue Arbeitsplätze. Damit über-

traf zum ersten Mal das privat investierte Kapital das der öffentlichen Hand um 29 Prozent.

Vor zehn Jahren bei der Gründung der Ciskei Development Bank gab es nur vier Fabriken in der Gegend. Zusammen beschäftigten sie 1100 Arbeiter. Heute gibt es 141 mit mehr als 30 000 Arbeitsplätzen. Man findet sie vor allem in den drei Wachstumspunkten Dimbaza, Fort Jackson und Dissa. Nimmt man Dimbaza etwa, 50 Bahn- oder Straßenkilometer von East London entfernt, sieht man, daß die Entwicklungspolitik Ciskeis Früchte getragen hat.

Wo vor wenigen Jahren die Kamele der britischen BBC in einer Dokumentarserie über das Elend der Schwarzen in den Homelands eine Grabeslandschaft ausmachten, leben heute mehr als 50 000 Menschen in einer Industrielandschaft, in der unlängst Inder den 100. Betrieb, eine Farbenfabrik, eröffneten, die Niederlassungen in Johannesburg und Durban hat. Diese bezeichneten als Hauptmotiv, nach Ciskei zu gehen, weniger die billigen Arbeitskräfte, als die Zollfreiheit.

Auch der Chairman der Ciskei Peoples Development Bank, P. K. Hoo-gendyk, zog im März 1985 eine positive Bilanz. Sein Institut habe seit 1976 Arbeitsplätze für mehr als 35 900 Ciskeier besorgt. e. r.



Erziehung und Ausbildung sind Schlüsselfragen des Dritten-Welt-Landes Ciskei. Bei der Siemens-Niederlassung erhält dieser Lehrling einen Einblick in moderne Computertechnik

WIR HABEN DAS FLIEGEN ZWAR NICHT ERFUNDEN, ABER WIR HABEN ES PERFEKTIONIERT. BEWEIS: SAA-GOLD-CLASS.

Wir Südafrikaner verstehen was von wertvollen Dingen. Das gilt nicht nur für Metalle, sondern auch fürs Reisen. Deshalb ist ein Flug in unserer Gold-Class eine der besten Investitionen für Ihren Komfort, Ihre Bequemlichkeit, Ihr Wohlbefinden und somit für Ihre Gesundheit.

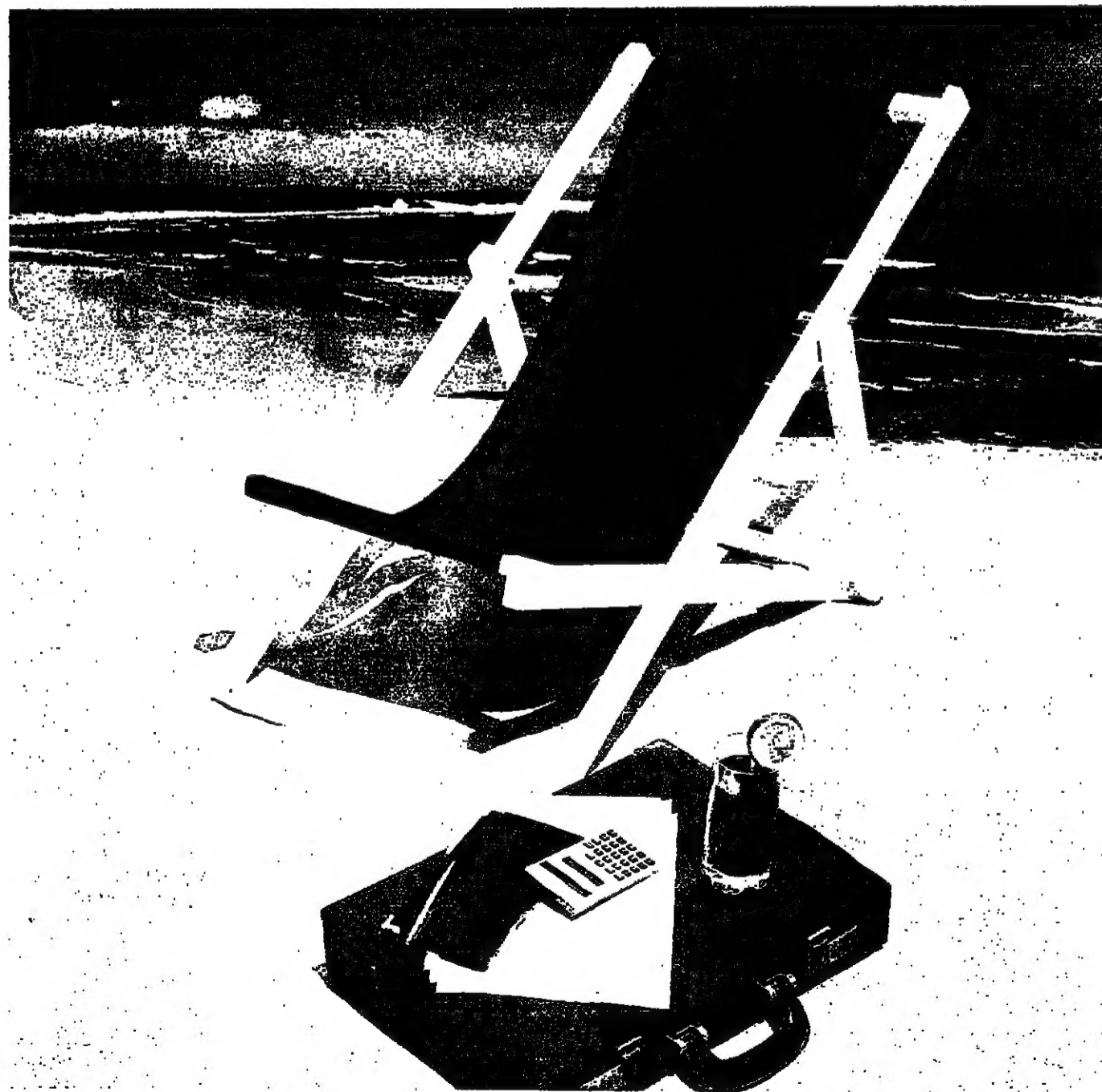
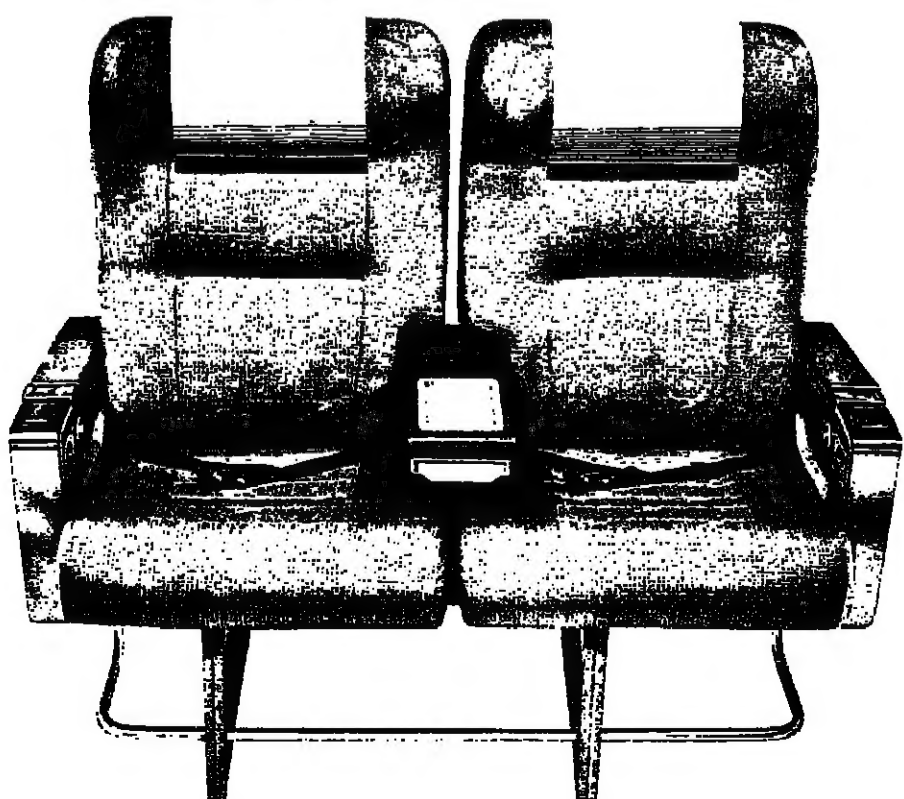
Oft heißt diese Klasse Business-Class, aber weil sie mehr wert ist, nennen wir sie stolz „Gold-Class“. Das werden Sie verstehen, wenn Sie ihren Mehr-Wert erst mal genossen haben: die extrem breiten, satt gepolsterten Sitze. Die Sitzfreiheit von 99 cm. Die tief neigbaren Rückenlehnen. Die Fußstützen. Nur 8 Sitze in einer Reihe. Sitzplatz-Reservierung bereits bei der Buchung, separater Check-In und freie Menü-Wahl.

Das klingt alles nach First-Class, ist aber typisch Gold-Class von SAA. Und typisch für unseren Flug-Perfektionismus ist auch unser Flugplan, der mit idealen Abflug- und Ankunftszeiten auf Ihren gewohnten Wach-Ruhe-Wach-Rhythmus Rücksicht nimmt, so daß Sie ausgeschlafen und munter in Südafrika ankommen.

Reisen Sie deshalb nur noch nach der goldenen Geschäfts-Regel und investieren Sie dort, wo es für Sie persönlich Gewinn bringt: in die Gold-Class der SAA.

SAA
SOUTH AFRICAN AIRWAYS

Es gibt keinen besseren Weg nach Südafrika und Ciskei. Und keinen bequemeren.



Schachmatt der Steuer – mit einem gekonnten (Um-)Zug!

Ciskei hat dem ausländischen Geschäftsmann mehr als wunderbare Landschaften und erstaunliches Wirtschaftswachstum zu bieten. Ciskei ist der erste Staat in Afrika, in dem die Körperschaftsteuer vollständig abgeschafft wurde.

Sie können in Ciskei ein Unternehmen gründen oder Ihren Standort nach Ciskei verlegen und zahlen künftig keinen Groschen Körperschaftsteuer, egal, wie hoch Ihre Gewinne sind!

Lediglich bei der Rücküberweisung Ihrer Gewinne müssen Sie dem Finanzamt von Ciskei beschuldene 15% Steuer gönnen. Diesen Satz zahlen Ihre Mitarbeiter übrigens auch als Lohn- oder Einkommensteuer in Ciskei – aber nur auf Einkünfte über R 8000,- im Jahr.

Für Erzeugerindustrien gibt es darüber hinaus einen 60%igen Zuschuß zu Bahnfrachtkosten innerhalb des südlichen Afrikas sowie großzügige Subventionen für Stromkosten und Personalunterkünfte.

Wenn Ihnen diese Vorschläge nicht zusagen, können Sie auch das wahrscheinlich interessanteste Investitionspaket der Welt beantragen, im Rahmen dessen Sie namhafte Barzuwendungen zu Ihren Zins-, Miet- und Lohnkosten erhalten. Der (Um-)Zug nach Ciskei, das naturbelassene Landschaft und eine moderne Industrie-Infrastruktur einmalig vereint, könnte leicht Ihre produktivste und gewinnträchtigste Entscheidung werden.

Lassen Sie sich über das erste Steuerparadies Afrikas genauer informieren! Schreiben Sie an

The Development Manager
Ciskei Peoples Development Bank
P.O. Box 66, BISHO
Republik Ciskei (Südl. Afrika)
Tel. *27 401 9 20 11, FS (85) 2 50 134

Ciskei
Peoples
Development
Bank Limited

Designed by Gibbs & Associates, Durban